

Forschungsschwerpunkt
Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa
an der Universität Mannheim

Olga Abramova

Integration zwischen Realität und Simulation

Die belarussisch-rußländischen Beziehungen seit 1991

Dezember 1998

Untersuchungen des FKKS 19/1998



Die »Untersuchungen des FKKS«
werden herausgegeben vom Forschungsschwerpunkt
Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa
an der Universität Mannheim.

ISSN 0947-1359

- Online-Ausgabe -

Forschungsschwerpunkt Konflikt- und Kooperationsstrukturen
in Osteuropa (FKKS)
Universität Mannheim
Seminargebäude A 5

<http://www.uni-mannheim.de/fkks>

D-68131 Mannheim
Tel.: 0621/181-2088
Fax: 0621/181-2087
e-mail: LSJahn@rumms.uni-mannheim.de

Inhalt

Vorwort	1
Kurzfassung	2
Einleitung	4
1 Das sowjetische Erbe der belarussischen Volkswirtschaft und seine Bedeutung für die vorherrschende Ausrichtung nach Osten in der belarussischen Außenpolitik der 90er Jahre	6
2 Auseinandersetzungen um den außenpolitischen Kurs von Belarus in den Jahren 1991-1994	12
2.1 Die unerfüllten Hoffnungen auf die GUS und die ersten Schritte zu einer vertieften Integration zwischen Belarus und Rußland	13
2.2 Der umstrittene Beitritt zum Taschkenter Sicherheitspakt als Konfliktlinie im Machtkampf zwischen Premierminister Kebič und Parlamentschef Šuškevič	15
2.3 Die Verträge zur Währungsunion mit Rußland als zentrales Thema des belarussischen Präsidentschaftswahlkampfes	17
3. Unter Präsident Lukašenko: Belarus zwischen Reintegration mit Rußland und Konsolidierung der belarussischen Eigenstaatlichkeit	22
3.1 Die Neuintensivierung der belarussisch-rußländischen Beziehungen Anfang 1995	23
3.2 Die ambivalenten Resultate der Integrationspolitik am Beispiel der Zollunion	27
3.3 Die Annäherung an Rußland als Instrument der persönlichen Machtsicherung Lukašenkos und die Gründung der Gemeinschaft von Belarus und Rußland	30
3.4 Die Unterzeichnung des Unionsvertrags und die Zunahme der Konflikte zwischen den Führungen beider Länder	36
4 1998 - ein wechselhaftes Jahr ohne Integrationsfortschritte	42
Chronologie	44

Dezember 1998

Die Autorin ist Forschungsdirektorin am Nationalen Zentrum für strategische Initiativen „Vostok-Zapad“ (Ost-West) in Minsk.
Übersetzung: Barbara Christophe und Astrid Sahn
Redaktion: Astrid Sahn und Volker Weichsel

Vorwort

Integration in Europa wird heute vor allem als ein von Brüssel ausgehender und auf Brüssel konzentrierter Prozeß verstanden. Folglich wird multilaterale Kooperation zwischen den ostmitteleuropäischen Staaten mit Europaabkommen unterstützt. Diese Kooperation wird als hilfreich für die Anpassung an die Normen der Europäischen Union und der Nordatlantischen Vertragsgemeinschaft betrachtet. Demgegenüber steht auf Moskau ausgerichtete Zusammenarbeit in der Regel unter dem Verdikt des Antagonismus zur westlichen Staatengemeinschaft. Diese Wahrnehmung verweist auf die Existenz einer „strukturellen Integrationskonkurrenz“ zwischen Brüssel und Moskau, die angesichts der politischen und wirtschaftlichen Krise in Rußland derzeit nur einen asymmetrischen Charakter haben kann.¹ Gleichwohl existiert die ernstzunehmende Gefahr, daß im Zuge der partiellen Erweiterung von EU und NATO neue Grenzen und Zusammenschlüsse in Europa entstehen, die zur Entstehung eines neuartigen Ost-West-Konflikts führen können. Angesichts derartiger Entwicklungsmöglichkeiten scheint es notwendig, die Perspektive der zwischen Brüssel und Moskau gelegenen Staaten sowie ihre Motive für eine - reale oder simulierte - Integration mit Rußland verstärkt in die westlichen Überlegungen einzubeziehen.

Die Autorin dieser Studie, Dr. Olga Abramova, ist Politologin und arbeitet seit 1995 als Forschungsdirektorin am Nationalen Zentrum für strategische Initiativen „Vostok-Zapad“ (Ost-West) in Minsk, welches das wohl bekannteste unabhängige sozialwissenschaftliche Institut in Belarus ist. Gleichzeitig ist sie eine aktive Politikerin: Im November 1995 wurde sie als unabhängige Kandidatin in den Obersten Sowjet gewählt, in dem sie Sekretärin des auswärtigen Ausschusses war. Olga Abramova gehört zu den Abgeordneten, die die Ergebnisse des Verfassungsreferendums und die Bildung einer neuen Legislative im Form der Nationalversammlung im November 1996 nicht anerkennen. Stattdessen ist sie weiter im Obersten Sowjet aktiv, der als Rumpfparlament fortexistiert und von den europäischen Organisationen als legitime Legislative anerkannt wird. Im April 1997 hat Olga Abramova außerdem die gesellschaftliche Vereinigung „Jabloko“ ins Leben gerufen, bei der es sich um eine belarussische Partnerorganisation der gleichnamigen rußländischen Partei von Grigorij Javlinskij handelt. Sie ist damit einer der wenigen politischen Akteure in Belarus, die eine - nicht exklusiv verstandene - prorußländische Linie mit einem dezidierten demokratischen Programm verbinden. Angesichts dieses Spektrums unterschiedlicher Tätigkeiten vermag Olga Abramovas Darstellung einen interessanten Insider-Einblick in die Entwicklung der belarussisch-rußländischen Beziehungen seit 1991 zu geben.

Da die vorliegende Studie aus dem Russischen übersetzt wurde, sind sämtliche Namen für die deutsche Fassung in ihrer russischen Variante transliteriert worden. Dabei wird aus Gründen der Genauigkeit die wissenschaftliche Umschrift verwendet. Ein ě entspricht dabei einem tsch, ein š ist als stimmloses, ein ž als stimmhaftes sch zu lesen, ein z schließlich als stimmhaftes s.

Astrid Sahn und Volker Weichsel

¹ Vgl. hierzu Jahn, Egbert, Neue Ost-West-Beziehungen in Europa nach dem Zusammenbruch des Sowjetsystems, in: Mitteilungen der Gesellschaft der Freunde der Universität Mannheim, 46 (1997), Nr. 1, S. 18-27.

Kurzfassung

Die Autorin gibt in der folgenden Studie einen chronologischen Überblick über die Entwicklung der belarussisch-rußländischen Beziehungen von 1991-1998. Sie untersucht am Beispiel der bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Staaten die Bedingungen, Chancen und Hindernisse für Kooperation und Integration im postsowjetischen Raum.

Ausgangspunkt der Analyse ist die wirtschaftliche Verflechtung zwischen der Belarussischen SSR und der Rußländischen SFSR im gesamtsovjetschen Arbeitsteilungssystem. Geologische und klimatische Faktoren einerseits - fruchtbares Ackerland und wenig Bodenschätze in Belarus, riesige Rohstoffmengen in unbesiedelten Gebieten mit Permafrostböden in Rußland - sowie die zentralistische Planwirtschaft andererseits bedingen eine ökonomische Interdependenz, die die Beziehungen zwischen den beiden Staaten auch nach dem Zerfall der Sowjetunion prägt. Belarus ist zu 90 Prozent auf Energie- und Rohstoffimporte aus Rußland angewiesen, die Produkte der belarussischen Maschinenbau- und Leichtindustrie sind inzwischen auch auf dem rußländischen Markt nicht mehr konkurrenzfähig. Andererseits ist Belarus wichtiges Transitland für rußländische Gas- und Ölexporte nach Westeuropa, die 25 Prozent des gesamten rußländischen Exportumsatzes ausmachen. Hinzu kommt, daß Rußland in schlechten Erntejahren auf Lebensmittelimporte angewiesen ist, wobei sich Belarus als Handelspartner anbietet.

Aus der Studie geht hervor, daß man die Beziehungen zwischen Belarus und der Rußländischen Föderation in zwei Phasen einteilen kann, deren Ablösung sich auch in der Zunahme der antiwestlichen Rhetorik widerspiegelt. Während die bi- und multilateralen Verträge von 1991 bis 1993 (Auflösung der Sowjetunion und gleichzeitige Gründung der Gemeinschaft unabhängiger Staaten, Vertrag über kollektive Sicherheit, Verträge über den Erhalt einer gemeinsamen Währungszone) eher die rapide politische, ökonomische, militärische und kulturelle Desintegration abbremsen sollten, lassen sich seit 1994 in den Abkommen reintegrative Bestrebungen ausmachen. Hierbei ist jedoch der Vertragstext streng von seiner Umsetzung zu unterscheiden. Dies nicht nur, weil die Abkommen oftmals lediglich eine allgemeine Agenda für ein gemeinsames Vorgehen formulieren, konkrete Implementierungsvorschriften aber nicht zustandekommen. Auch die massive Verletzung bereits in Kraft getretener Verträge ist Teil postsowjetischer Realität. So sind trotz zahlreicher Verträge zunächst über den Erhalt, später über die Wiedererrichtung einer gemeinsamen Währungszone seit 1993 in Rußland und Belarus zwei eigenständige Zahlungsmittel in Gebrauch. Eine gemeinsame Währung ist weiterhin nicht in Sicht.

Die Autorin erklärt diese Widersprüche aus der Dynamik der belarussischen wie der rußländischen Innenpolitik. In beiden Staaten ist die Außenpolitik wichtiges Thema im innenpolitischen Machtkampf. In Rußland fordert vor allem die Opposition aus Nationalisten und Kommunisten, die nach der gewaltsamen Auflösung des Obersten Sowjet und der Verabschiedung einer neuen Verfassung in der institutionell schwachen Staatsduma agiert, eine Reintegration im postsowjetischen Raum bis hin zur Wiedererrichtung der Sowjetunion. Die in enger Verbindung mit den einflußreichsten ökonomischen Interessengruppen stehende Exekutive unter Präsident Boris El'cin ist, wie sich z.B. an der Anpassung der Energiepreise an die Weltmarktpreise zeigt, nicht an einer Subventionierung der belarussischen Wirtschaft interessiert. Gleichwohl spielt Belarus als Transitland für rußländisches Gas sowie in militärstrategischen Überlegungen eine Rolle in der außenpolitischen Konzeption Rußlands. Hinzukommt, daß sich die Regierung angesichts des sozialen Niedergangs und der immer noch nicht abgeschlossenen Suche nach einer neuen

Identität für den rußländischen Staat gezwungen sieht, zumindest in ihrer Rhetorik die Forderungen der Opposition zu übernehmen.

In Belarus stellt sich die Situation umgekehrt dar. Während der seit Mitte 1994 regierende Präsident Aleksandr Lukašenko das politische System immer stärker auf seine Person zuschneidet, ist die Opposition weitgehend vom öffentlichen politischen Geschehen ausgeschlossen. Spätestens seit der Auflösung des Obersten Sowjets im November 1996 läßt sich von einem autoritären Regime sprechen. Wichtige Ressource des nur im Gesamtzusammenhang der belarussischen politischen Kultur und der sozialen Lage zu verstehenden Phänomens ist Lukašenkos Rolle als charismatischer Führer. Zu dieser Rolle gehört auch, daß er die baldige Wiedervereinigung der slawischen Brudervölker ankündigt und Ambitionen auf die Präsidentschaft in einem gemeinsamen belarussisch-rußländischen Staat hegt. Integration fungiert als Ersatz für eine fehlende ökonomische Reformstrategie. Die NATO und ihre geplante Osterweiterung spielen in diesem Zusammenhang als Feindbild eine wichtige Rolle.

Die Autorin zeigt am Beispiel der Gründung einer "Gemeinschaft", später einer "Union" zwischen Belarus und Rußland, wie die komplexe Wechselwirkung zwischen inhaltlich paralleler innenpolitischer Instrumentalisierung der Beziehungen der beiden Staaten und ökonomischen Interessendivergenzen besondere Formen der symbolischen Politik prägt. Verkündete Lukašenko noch im November 1996, die Vereinigung von Rußland und Belarus stehe unmittelbar bevor, so haben die Organe der "Union" bis heute lediglich konsultativen Charakter. Von einer Bildung supranationaler Organe durch echte Souveränitätsdelegierung sind die beiden Staaten weit entfernt. Die Grundlagen für intensivere Kooperation könnten sich allerdings mit der im August 1998 ausgebrochenen Finanzkrise in Rußland verbessert haben. Nimmt der Einfluß finanzindustrieller Gruppen auf die rußländische Politik ab und greift der Staat wieder stärker regulierend in das Wirtschaftsgeschehen ein, so verbreitert sich die gemeinsame Interessenbasis zwischen Belarus und Rußland, was letztendlich Voraussetzung für Kooperation bleibt.

Einleitung

Noch beim Referendum im März 1991, als sich mit Ausnahme der baltischen Republiken in allen Unionsrepubliken eine Mehrheit der Bevölkerung für den Erhalt der Sowjetunion auf der Grundlage eines neuen Unionsvertrags aussprach, schien eine Auflösung der Sowjetunion in weiter Ferne zu liegen. Gleichwohl war der nationalstaatliche Atomisierungsprozeß der Union zu diesem Zeitpunkt bereits weit fortgeschritten, nachdem sich die neue rußländische Führung mit dem populären Aufruf El'cins an die nationalen Verwaltungseinheiten der Sowjetunion "Nehmt euch soviel Souveränität, wie ihr schlucken könnt" im Sommer 1990 an die Spitze dieser Bewegung gesetzt hatte. Dabei handelte es sich um eine langfristig angelegte politische Strategie, die auf die Lösung der innerrußländischen Probleme zielte. Die liberalen Reformer um El'cin wollten Rußland erneuern, ohne dabei von benachbarten Trittbrettfahrern mit Subventionswünschen, die den Reformprozeß bremsen würden, gestört zu werden. Aus dieser Sicht sollten alle Unionsrepubliken daher für mehrere Jahre ihrem eigenen Schicksal überlassen werden. Später, wenn die Reformen in Rußland reale Früchte tragen würden und der Lebensstandard der rußländischen Bevölkerung sich sichtbar erhöht hätte, so daß das Land für seine Nachbarn neue Attraktivität gewinnen würde, sollten die Grundlagen für eine neue Dominanz Rußlands im postsowjetischen Raum geschaffen werden und ein neuer Prozeß des "Sammelns der Erde" einsetzen.

Ein neuer Unionsvertrag war für eine solche Strategie demnach überflüssig. Als ein Katalysator, der die Legalisierung des Auflösungsprozesses beschleunigte, wirkte der gescheiterte Putschversuch des selbsternannten Notstandskomitees unter dem damaligen Vizepräsidenten Gennadij Janaev gegen den sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow im August 1991. Am 8. Dezember 1991 unterzeichneten der rußländische Präsident Boris El'cin, sein ukrainischer Amtskollege Kravčuk und der belarussische Parlamentsvorsitzende Stanislav Šuškevič, der in dieser Eigenschaft zugleich das nominelle belarussische Staatsoberhaupt war, die Erklärung über die Auflösung der Sowjetunion und die Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Nach dem Unterzeichnungsort, der Residenz Viskuli im Belovežer Naturschutzgebiet (*Belovežskaja pušča*) ging sie als Belovežer Abkommen in die Geschichte ein.

Die Republik Belarus schien auf die damit erlangte Eigenstaatlichkeit kaum vorbereitet zu sein. Dementsprechend gab es viele Stimmen, die dem belarussischen Staat keine lange Zukunft voraussagten. Als typisch kann die Einschätzung des Moskauer Professors für Sozialpsychologie Leonid Gosman gelten, der noch 1997 meinte, wenn Belarus verschwinde, würde dies niemanden wundern: „Es handelt sich hier nicht um die baltischen Länder. Belarus wurde stets für eine rußländische Provinz gehalten, die zufällig unter den Bedingungen ... des Jahres 1991 die Eigenstaatlichkeit erlangt hat.“² Auch die belarussische Republikführung, die das Jahr 1991, sieht man von der Wahl des der nationaldemokratischen Opposition nahestehenden Stanislav Šuškevič am 19. September 1991 zum Parlamentsvorsitzenden ab, ohne personelle Veränderungen überstand, schien von der Perspektive der Unabhängigkeit eher erschrocken zu sein. Diese vorsichtige Haltung der belarussischen Elite zeigte sich deutlich in der Rede, die der damalige Premierminister Vjačeslav Kebič am 25. August 1991, d.h. am Tage der Unabhängigkeitserklärung der Republik, vor dem 12. Obersten Sowjet hielt: „Lassen Sie uns ehrlich sein. Denn oft, wenn wir über die Souveränität geredet haben, hat uns etwas gebunden, zurückgehalten, und wir

² „Esli Belarus' isčeznet, eto nikogo ne udivit“, in: Imja, 16.5.1997.

haben doch immer vor allem auf das [Moskauer] Zentrum geblickt. Wir glaubten, daß wir ohne das Zentrum, ohne die Union nicht zurecht kämen, daß wir nicht selbständig leben könnten. Doch heute gibt es de facto kein arbeits- und handlungsfähiges Zentrum mehr, das die wirtschaftlichen Beziehungen regulieren würde. Und dies ist bereits seit geraumer Zeit so. Vielleicht haben wir in unserem Alltagstrott bisher noch nicht weiter darüber nachgedacht, doch wir leben mindestens schon ein Jahr ohne das [Moskauer] Zentrum.“³

Wie in der Folgezeit die Chance zur Ausgestaltung der Unabhängigkeit in Belarus genutzt wurde, darauf hatten zahlreiche Faktoren Einfluß, die im folgenden analysiert werden sollen. Hierzu gehörten vor allem die Stellung, die die belarussische Volkswirtschaft innerhalb der sowjetischen Arbeitsteilung eingenommen hatte, die Verfaßtheit der herrschenden Eliten und ihre traditionellen Lenkungsmethoden, das allgemeine politische Kräfteverhältnis und die Spezifika der belarussischen politischen Kultur sowie das internationale Umfeld. Bis zur Energiekrise des Jahres 1993 war eine Konkurrenz von zwei alternativen Modellen, nach denen die künftige geopolitische Orientierung der Republik Belarus gestaltet werden sollte, zu beobachten. Das erste Modell sah den konsequenten Aufbau eines Nationalstaates, die allmähliche Einbindung in den europäischen Integrationsprozeß sowie die Durchführung konsequenter politischer und ökonomischer Reformen vor. Im zweiten Modell fiel die Entscheidung zugunsten einer Orientierung auf den östlichen Nachbarn aus, die mit einem Verzicht auf eine eigenständige Außenpolitik gekoppelt war und die Absage an ökonomische Reformen sowie die Aufrechterhaltung einer subventionierten Volkswirtschaft beinhaltete, um einen Anstieg von sozialer Unzufriedenheit zu vermeiden. Dieses Modell mußte daher den Verlust der staatlichen Selbständigkeit oder zumindest die Beschränkung auf eine nur nominelle Eigenstaatlichkeit zur Folge haben.

Die Realisierungschancen des ersten Modells wurden dadurch erhöht, daß die politische Führung der Rußländischen Föderation in den Jahren 1991-1993 keine durchdachte Strategie zur Gestaltung der Beziehungen zum Nachbarland Belarus besaß. Es gab lediglich zu minimalen Einmischungen der rußländischen Seite in die inneren Angelegenheiten von Belarus, wobei es vor allem um Fragen des Exportes von Energieträgern nach Westeuropa und um die Beibehaltung von taktischer militärischer Präsenz in Belarus ging. Geschwächt wurde die Idee einer westlichen Orientierung von Belarus aber dadurch, daß die Republik in dieser Phase nicht nur an der Peripherie der Interessen Rußlands, sondern auch des Westens verblieb. Da es in der Republik, im Unterschied zu vielen anderen GUS-Staaten, keine offenen ethnischen und nur geringe soziale Konflikte gab und die politische Stabilität offensichtlich hoch war, erregte Belarus praktisch keine internationale Aufmerksamkeit. Lediglich der freiwillige Verzicht des Landes auf die von der Sowjetunion ererbten Atomwaffen garantierte Belarus ein kurzfristiges Interesse des Westens, das sich allerdings nicht in langfristige Programme zur Unterstützung der Wirtschaftsreformen umsetzte. De facto überließ die internationale Gemeinschaft die junge Republik Belarus mit ihrer Ressourcenarmut, den Folgen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, dem kaum reformierbaren Militärisch-Industriellen Komplex und zahlreichen anderen Problemen weitgehend sich selbst.

Der seit dem Amtsantritt von Präsident Aleksandr Lukašenko im Juli 1994 zu beobachtende Rückfall in die Vergangenheit des kommando-administrativen Sowjetsystems erklärt sich vor diesem Hintergrund nicht nur dadurch, daß sich in Belarus die konservative Nomenklatura an der Macht hielt, die sich allen gesellschaftlichen Neuerungen widersetzte und keine bewußte Entscheidung für die Modernisierung der Wirtschaft zu treffen vermochte. Es fehlte auch an einem äußeren Impuls für die Durchführung demokratischer

³ Kebač, V., U našego naroda chvatit mudrosti, in: Narodnaja gazeta, 27.8.1991.

Reformen, wie ihn beispielsweise die Gewährung westlicher Kredite dargestellt hätte. Hinzu kam, daß durch den Zusammenbruch des sowjetischen Wertesystems in der belarussischen Gesellschaft mit ihrer dominanten patriarchalischen politischen Kultur traditionalistische Stereotypen bei der Bevölkerung wieder verstärkt zum Tragen kamen. Das Gefühl des Fatalismus und der sozialen Apathie, die durch die Erfahrung individueller Ohnmacht gegenüber den Folgen der globalen Katastrophe von Tschernobyl verstärkt wurde, erfaßte weite Bevölkerungskreise. Gleichzeitig lebte der paternalistische Glaube an den „guten Zaren“ wieder auf, an einen starken Führer, der die Verantwortung für sein Volk auf sich nehmen wird, der die „räuberischen Beamten“ strafen wird, der auf wundersame Weise das Leben eines jeden verbessert. Angesichts der tiefgreifenden wirtschaftlichen Krise und der dadurch ausgelösten rasanten sozialen Marginalisierung, die die belarussische Bevölkerung aufgrund des überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstums in der Nachkriegszeit besonders hart empfand, erschien nur ein radikaler Machtwechsel, eine totale Konzentration der Macht als geeignetes Mittel zur Überwindung der permanenten sozialen Frustration. In einer derartigen gesellschaftlichen Atmosphäre gab es keinen Platz für einen rational-legalen Politiker bürokratischen Typs, sondern nur für einen charismatischen Führer.⁴

Die Ergebnisse soziologischer Umfragen zeigen, daß die nationaldemokratische Idee, wie sie insbesondere die oppositionelle Belarussische Volksfront propagierte, von der Bevölkerungsmehrheit nicht akzeptiert wurde. Die Wählerentscheidung bei den ersten Präsidentschaftswahlen im Jahre 1994 wurde vielmehr dadurch bestimmt, welches Verhältnis die Kandidaten zu Rußland hatten. Der Glaube an das große Rußland, die geistige Verbundenheit mit dem Nachbarvolk sowie die Überzeugung, ohne Rußland nicht leben zu können, gehört in Belarus zu den Archetypen des Massenbewußtseins. Die Entwicklung der belarussisch-rußländischen Beziehungen ist somit von zentraler Bedeutung für die innenpolitischen Machtkämpfe, die wirtschaftliche Krisenbewältigung und die Ausgestaltung der nationalen Eigenstaatlichkeit in Belarus. Eine Analyse der belarussisch-rußländischen Beziehungen stellt daher einen wichtigen Schlüssel zum Verständnis sowohl des belarussischen Transformationsprozesses als auch der Neugestaltung des postsowjetischen Raums dar.

1 Das sowjetische Erbe der belarussischen Volkswirtschaft und seine Bedeutung für die vorherrschende Ausrichtung nach Osten in der belarussischen Außenpolitik der 90er Jahre

In kaum einer anderen Unionsrepublik dürfte die Erfahrung von ökonomischem Wachstum und steigendem Lebensstandard derart als Verdienst des sowjetischen Systems der Nachkriegszeit erscheinen wie in Belarus. Während des Zweiten Weltkriegs waren in der Belarussischen Sowjetrepublik (BSSR) 85 Prozent aller Fabriken und Betriebe vernichtet worden. Nach 1945 setzte in der Republik eine vom Unionszentrum forcierte Industrialisierung ein, so daß die belarussische Industrieproduktion bereits um das Jahr 1950 wieder das Vorkriegsniveau erreicht hatte. Dieses hohe Industrialisierungstempo wurde in den folgenden vier Jahrzehnten beibehalten. Zwischen 1951 und 1990 stieg die Industrieproduktion jährlich um durchschnittlich 10 Prozent, während das Wachstum auf Unionsebene lediglich 7,2 Prozent betrug. Auch der Anteil der in der Industrie Beschäftigten

⁴ Vgl. hierzu ausführlicher: Bugrova, Irina: Politische Kultur in Belarus. Eine Rekonstruktion der Entwicklung vom Großfürstentum Litauen zum Lukašenko-Regime, Untersuchungen des FKKS, Nr. 18, Oktober 1998. (Anm.d.Übs.)

erhöhte sich dementsprechend in der BSSR schneller als in anderen Unionsrepubliken. Waren 1960 lediglich 14,5 Prozent der arbeitenden Bevölkerung in der Industrie beschäftigt, so waren es 1985 bereits 25,9 Prozent. Gleichzeitig reduzierte sich der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten von 57,1 auf 28,6 Prozent.⁵

Die forcierte Entwicklung der belarussischen Industrie war Teil der Strategie der Unionsregierung, die drei slawischen und die drei baltischen Unionsrepubliken wirtschaftlich miteinander zu verflechten. Zu den wesentlichen Absichten des Moskauer Zentrums gehörte es dabei, der vom Ost-West-Konflikt geprägten Welt mittels des wirtschaftlichen Erfolgs der am westlichsten gelegenen Republiken die Vorteile des sowjetischen Modells zu demonstrieren. Der wirtschaftliche Aufschwung in der BSSR trug daher von Anfang an „Fassadencharakter“. Der Platz, den Belarus innerhalb der innersowjetischen Arbeitsteilung einnahm, wurde vor allem durch folgende Faktoren geprägt:

1. Die Republik verfügt mit Ausnahme von Kali- und Steinsalzen über keinerlei relevante Rohstoffvorkommen und ist daher bis heute zu etwa 90 Prozent auf den Import von Rohstoffen und Energieträgern angewiesen, die traditionell aus Rußland bezogen werden. In den 60er Jahren wurden zwar geringe Erdölvorkommen erschlossen und die Erdölförderung erlebte Anfang der 70er Jahre mit einer Fördermenge von jährlich 8 Mio. t einen kurzfristigen Aufschwung. Ende der 70er Jahre sank sie jedoch auf 2 Mio. t pro Jahr ab.⁶
2. Die geographische Lage bedingte, daß zentrale Pipelines, die Öl und Gas nach Ostmittel- und Westeuropa transportieren, über belarussisches Territorium verlegt wurden. Hierdurch wurde gleichzeitig der Aufbau von petrochemischer Industrie in der BSSR möglich. Insgesamt entwickelten sich in der BSSR zahlreiche Branchen, die auf dem Import von Rohstoffen beruhten und ihre Produkte in die anderen Unionsrepubliken oder ins Ausland exportierten. Neben der petrochemischen und chemischen Industrie, deren Produktion zwischen 1951 und 1990 um das 650fache zunahm, handelte es sich hierbei vor allem um den Maschinenbau und die Leichtindustrie.
3. Angesichts des Klimas und der Bodenbeschaffenheit existieren recht günstige Bedingungen für die Entwicklung der Landwirtschaft. Die Lebensmittelindustrie bildete daher einen weiteren Schwerpunkt in der belarussischen Industriestruktur.

Entsprechend den von den sowjetischen Planwirtschaftlern favorisierten Konzepten trug die wirtschaftliche Entwicklung in der BSSR wie auch in den anderen Unionsrepubliken einen einseitigen Charakter. So wurden während der 80er Jahre in der BSSR beispielsweise über die Hälfte aller in der Sowjetunion produzierten Mähdrescher hergestellt, ungefähr die Hälfte des gesamten Kalidüngers, ein Drittel aller Fahrstühle, mehr als ein Viertel der Kunstfasern und Fotoapparate, jedes fünfte Motorrad, jeder sechste Traktor, jedes siebte Fahrrad und Kugellager sowie jeder neunte Kühlschrank und Fernseher. Außerdem hatte die belarussische Wirtschaft einen erheblichen, aber bis heute nicht genau quantifizierbaren Anteil an der sowjetischen Rüstungsindustrie. In der Landwirtschaft war ebenfalls eine

⁵ Vgl. Narodnoe chozjajstvo BSSR v 1971g., Minsk 1972, S. 25; Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1977g., Moskva 1978, S. 10, 37; Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1985g., Moskva 1986, S. 39; Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1987g., Moskva 1988, S. 344; Narodnoe chozjajstvo BSSR v 1988, Minsk 1989, S. 8f; Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1989g., Moskva 1990, S. 355; Narodnoe chozjajstvo BSSR v 1990g., Minsk 1991, S. 5f; Promyšlennost' SSSR, Moskau 1988, S. 113. Siehe außerdem Schroeder, Gertrude E.: Nationalities in the Soviet Economy, in: Haida, Lubomyr/Beissinger, Mark (Hg.): The Nationalities Factor in Soviet Politics and Society, Boulder u.a. 1990, S. 43-71, hier S. 48 (Anm.d.Übs.).

⁶ Štrichi k portretu toplivno-energetičeskogo kompleksa Respubliki Belarus', in: Belorusskaja delovaja gazeta, 27.3.1995.

Spezialisierung zu beobachten. So wurden in den 80er Jahren in der BSSR 12,3 Prozent aller Kartoffeln angebaut und 27 Prozent der Leinenfasern hergestellt.⁷

Das sowjetische Preissystem, das Energie auf dem sowjetischen Binnenmarkt weit unter Weltmarktpreisen handelte, begünstigte, daß die meisten belarussischen Betriebe äußerst energieintensiv arbeiteten und damit die belarussische Abhängigkeit von Energieimporten zusätzlich steigerten. Bereits zu sowjetischen Zeiten war die belarussische Handelsbilanz daher de facto negativ, da der Import von Energieträgern, Strom und Metallen die belarussischen Exporte um ein Vielfaches übertraf. Infolge der niedrigen Energiepreise, die als indirekte Dotationen Rußlands für die belarussische Volkswirtschaft zu bewerten sind, wies die BSSR im interrepublikanischen Handel jedoch nominell einen positiven Saldo in Höhe von 3,1 Mrd. Rubel auf. Allerdings wurden lediglich 9,2 Prozent der ausgeführten Waren ins Ausland exportiert. Im Handel mit ausländischen Partnern war die belarussische Handelsbilanz mit einem Defizit in Höhe von 2,3 Mrd. Rubeln folglich auch in der offiziellen Bilanz negativ. Das Defizit wurde aus den Valutareserven der UdSSR gedeckt und durch den Handelsbilanzüberschuß mit den anderen Unionsrepubliken ausgeglichen.⁸

Das belarussische Wirtschaftswachstum der Nachkriegszeit verdankte sich somit dem besonderen sowjetischen Preisbildungssystem, das gängigen Rentabilitätskriterien widersprach, sowie dem in der UdSSR existierenden Außenhandelsmonopol. International war die belarussische Industrie hingegen nicht konkurrenzfähig, wozu auch die technische Rückständigkeit ihrer Produktionsanlagen beitrug. Dies zeigte sich deutlich nach dem Zerfall der UdSSR, als ausländische Importprodukte auf den GUS-Märkten auftauchten und sich die Energie- und Metalllieferungen aus Rußland zunehmend verteuerten. Verschärft wurde diese Situation dadurch, daß die rußländische Regierung die Binnenpreise auf einem deutlich niedrigeren Niveau hielt, so daß die rußländische verarbeitende Industrie relativ billig mit Rohstoffen und Energie versorgt wurde. Für Belarus bedeutete dies, daß die Produkte der belarussischen verarbeitenden Industrie vergleichsweise teuer waren und die Exporte nach Rußland zurückgingen. Die belarussische Industrie verlor somit ihre traditionellen Absatzmärkte. Um ihre Waren überhaupt abzusetzen, verkauften daher zahlreiche Betriebe ihre Produkte unter dem Herstellungspreis. Nach Einschätzung des belarussischen Ökonomen Leonid Zlotnikov waren Ende 1995 etwa 90 Prozent aller belarussischen Exporte unrentabel.⁹

Aufgrund der veränderten Preisstrukturen hat Belarus in den Handelsbeziehungen mit Rußland seit 1991 regelmäßig ein Defizit zu verzeichnen. Gleichzeitig wuchsen die Schulden gegenüber rußländischen Energie- und Rohstofflieferanten dramatisch an. Am 1. Dezember 1995 beliefen sich die belarussischen Außenhandelsschulden gegenüber rußländischen Produzenten auf 9,5 Billionen Rubel. Da zudem der Anteil von Energie- und Rohstoffeinkäufen an den belarussischen Importen anstieg, war Belarus in seinem Außenhandel immer stärker an Rußland gebunden. So lag der Anteil Rußlands an den belarussischen Exporten in die GUS 1992 bei 60,1 Prozent, 1993 bei 71,9 Prozent, 1994 bei 79,3 Prozent und 1995 bei 78,8 Prozent. Und der Anteil Rußlands an den belarussischen Importen aus der GUS lag 1992 bei 69,8 Prozent, 1993 bei 78,7 Prozent, 1994 bei 86,0

⁷ Vgl. Abramov, I./Bulko, O./Kolesnikova, I., Problemy reformirovanija belarusskoj ekonomiki, Minsk 1996, S. 58ff; Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1989 g., Moskva 1990, S. 446f.

⁸ Vgl. Narodnoe chozjajstvo BSSR v 1990g., Minsk 1991, S. 8ff.

⁹ Zlotnikov, L., V petle populizma: ekonomičeskaja politika rukovodstva Belarusi v gody nezavisimosti, in: Belarus-Monitor, Minsk 1996, S. 15f.

Prozent und 1995 bei 91,0 Prozent. Insgesamt entfielen 1995 56,5 Prozent des gesamten belarussischen Außenhandels auf Rußland.¹⁰

Eine derart einseitige Außenhandelsorientierung entwickelte sich allmählich zu einer direkten Bedrohung der wirtschaftlichen Sicherheit der Republik Belarus. Das Anwachsen der Außenverschuldung gegenüber Rußland für die Lieferung von Rohstoffen und Energieträgern forderte von der Führung des Landes entweder politische oder ökonomische Entscheidungen. Dabei stand sie vor der Wahl zwischen zwei Optionen: Sie konnte entweder auf eine ökonomische Öffnung für andere Märkte setzen oder den Ausweg aus der Krise in einer noch engeren Anlehnung an den zentralen Wirtschaftspartner suchen, von dem weitere Subventionen erhofft wurden. Die zu sowjetischen Zeiten gesammelte Lebenserfahrung veranlaßte freilich alle belarussischen Regierungen nach der Unabhängigkeit dazu, den aussichtslosen Versuch zu unternehmen, die zerstörten Wirtschaftsbeziehungen zumindest auf regionaler Ebene wiederherzustellen, das System der zentralen Wirtschaftsplanung zu reanimieren und das System der staatlich regulierten Preisbildung zu erhalten.

Die Regierung Kebič war zwar 1992 gezwungen, die Preisliberalisierung der rußländischen Regierung unter Egor' Gajdar weitgehend zu übernehmen. Sie versuchte jedoch - nicht zuletzt eingedenk der massiven Arbeiterproteste nach den ersten, bereits zu Sowjetzeiten erfolgten massiven Preiserhöhungen im April 1991 - ihre sozialen Auswirkungen zu begrenzen, indem sie Grundnahrungsmittel rationierte und den Agrarsektor subventionierte. Gleichzeitig wurden Höchstpreise für Produkte von sogenannten Monopolerzeugern festgelegt. Eine entsprechende Liste umfasste 1992 praktisch alle Betriebe, Kolchosen und Sowchosen in der Republik. Die Folgen dieser Politik waren für alle Bürger unmittelbar zu spüren: Eine Reihe von Produkten verschwand vom Markt, die Inflationsrate schnellte nach oben und betrug in den Jahren 1992-94 monatlich 25-26 Prozent.

Im Außenhandel mit den ehemaligen Unionsrepubliken setzte die Regierung Kebič wie auch ihre Nachfolgerinnen auf Barterhandel. Einige der Regierung Kebič nahestehende Unternehmer erhielten außerdem durch ein Quotierungs- und Lizenzierungssystem eine Reihe von Privilegien bei der Abwicklung von Import-Export-Geschäften, die ihnen hohe Gewinne ermöglichten. Diese Neureichen bildeten somit die ersten Inseln des sogenannten großen Business in Belarus. Die Kehrseite dieser belarussischen Variante der ursprünglichen Kapitalakkumulation war eine wachsende Korruption im Staatsapparat.

Die Situation verschärfte sich zusätzlich noch dadurch, daß keine der Regierungen eine aktive Investitionspolitik verfolgte. Zwischen 1992 und 1995 gingen die Investitionen um 40 Prozent zurück. Die unter Regierungsgarantien aufgenommenen internationalen Kredite beliefen sich zwischen 1991 und 1995 auf 425 Mio. US-Dollar. Da die internationalen Finanzorganisationen jedoch keine Fortschritte bei der Durchführung marktwirtschaftlicher Reformen feststellen konnten, stellten sie ihre Hilfe 1996 praktisch sogar ganz ein. Hierdurch wurden auch andere ausländische Investoren weiter abgeschreckt.¹¹

Mitte 1993, als Rußland angesichts der wachsenden belarussischen Energieschulden erstmals seine Gaslieferungen nach Belarus drosselte, wurden der Regierung Kebič allmählich die verhängnisvollen Folgen ihrer bisherigen passiven Wirtschaftspolitik bewußt. Bei der fieberhaften Suche nach einem Ausweg suchte sie die Lösung in der

¹⁰ Vgl. Abramov, I./Bulko, O./Kolesnikova, I., Problemy reformirovanija belarusskoj ekonomiki, Minsk 1996, S. 70.

¹¹ Vgl. Vertreter von Währungsfond und Weltbank verlassen Minsk, in: Belarus-News, 1998, Nr. 3, S. 14f. (Anm.d.Übs.)

Wiederherstellung einer gemeinsamen Rubelzone mit Rußland und in der Einführung der Institution des Präsidenten. Der wirtschaftliche Zusammenbruch sollte also durch finanzielle Hilfe aus Rußland vermieden werden. In den Präsidentschaftswahlen wollte sich Premierminister Kebič darüber hinaus von der Bevölkerung ein Vertrauensvotum für die Durchführung von graduellen ökonomischen Strukturreformen geben lassen. Kebič hoffte, dadurch dem doppelten Druck zu entgehen, den zum einen die aus Kommunisten und Nomenklatura-Vertretern bestehende Mehrheit im 12. Obersten Sowjet, die ihre Zustimmung zu halbherzigen Reformen immer wieder verweigerte, und zum anderen die nationaldemokratische Opposition, die permanent Rücktrittsforderungen an den Premierminister richtete, auf ihn ausübte.

Die Wahl des Populisten Aleksandr Lukašenko zum ersten Präsidenten der Republik Belarus hatte zur Folge, daß selbst die vorsichtigen marktwirtschaftlichen Reformansätze der bisherigen Regierung nicht fortgeführt wurden. In der Anfangsphase seiner Präsidentschaft war davon insbesondere das Privatisierungsprogramm betroffen, für das zum Zeitpunkt der Präsidentschaftswahlen die normativ-rechtliche Basis bereits weitgehend geschaffen war. Es sah vor, daß die Bevölkerung vom zweiten Quartal 1994 an Privatisierungsvoucher erhielt, für die sie dann ab dem dritten Quartal das Recht auf den Erwerb von Aktien in privatisierten Betrieben erhalten sollte. Da Lukašenko jedoch im Wahlkampf immer wieder die Rechtmäßigkeit der unter der Regierung Kebič durchgeführten Privatisierung in Abrede gestellt hatte, konnte er dieses Programm selbstverständlich nicht übernehmen und für alle Privatisierungspläne bis einschließlich 1995 ein. Die mit der Privatisierung betrauten Behörden äußerten das ganze Jahr 1995 hindurch öffentlich Zweifel an der Notwendigkeit, die Privatisierung ohne eine vorherige Neubewertung des Eigentums durchzuführen. Infolgedessen wurde keine normative Basis für die Privatisierung verabschiedet und die hierauf zielenden vorhandenen Konzeptionen nicht umgesetzt.¹²

Am 31. Dezember 1995 unterzeichnete der Präsident schließlich ein Privatisierungsprogramm, das, noch im Hinblick auf die Kreditbedingungen des IWF verfaßt, auch zahlreiche Großbetriebe erfassen sollte.¹³ Im September 1996 präsentierte Aleksandr Lukašenko der Öffentlichkeit jedoch die "Grundlegenden Richtungen der sozio-ökonomischen Entwicklung der Republik Belarus bis zum Jahr 2000", die von der Ersten Gesamtblarussischen Versammlung am 19./20. Oktober 1996 bestätigt wurden. Dieses Programm sah lediglich für Klein- und Mittelbetriebe eine Privatisierung vor. Großbetriebe konnten zwar in Aktiengesellschaften umgewandelt werden, doch sollte der Staat stets ein Kontrollpaket behalten. Außerdem war geplant, Preise und Löhne auch in Zukunft weitgehend staatlich zu regulieren. Dabei sollte insbesondere der agrarindustrielle Komplex zu günstigen Preisen mit Dünger, Benzin, Maschinen, Ausrüstung, Baumaterialien und Futterstoffen beliefert werden, um vor allem die Lebensmittelpreise niedrig zu halten. Der Preisanstieg sollte mit Hilfe einer verstärkten Besteuerung gestoppt werden und Gewinne von Monopolunternehmen sollten in den Staatshaushalt fließen. Das Allheilmittel für alle wirtschaftlichen Probleme sahen die Autoren des Programms jedoch in den im Weltmaßstab niedrigen Preisen für aus Rußland importierte Roh- und Brennstoffe. Darin wurde der

¹² So wurden beispielsweise die Ergebnisse der ersten Aktienversteigerung gegen Voucher, die am 31. März 1995 stattfand, unter maßgeblicher Einflußnahme durch Lukašenko als rechtswidrig annulliert. Anfang 1996 war der belarussische Staat immer noch Eigentümer von 85 Prozent des Produktivvermögens des Landes. Vgl. Pankov, Vladimir: Weißrußland: Zögernde Reformen in einer teilliberalisierten Zentralverwaltungswirtschaft, in: Österreichische Osthefte, 38 (1996), Nr. 2, S. 151-170, hier S. 154ff. (Anm.d.Übs.)

¹³ Ukaz Prezidenta Respubliki Belarus' ot 30 dekabrtja 1995g. No 526: Ob utverždenii Programmy razgosudarstvlenija i privatizacii gosudarstvennych ob'ektov, nachodjaščichsja v respublikanskoj sobstvennosti na 1996 god, in: Sbornik ukazov Prezidenta Respubliki Belarus' (22 julja 1994g. - 31 dekabrtja 1995g.), Minsk 1996.

entscheidende Faktor für die Gewährleistung der Konkurrenzfähigkeit belarussischer Produkte auf internationalen Märkten und für die Einwerbung von ausländischen Investitionen gesehen. Infolgedessen mußte die belarussische Führung unter Aleksandr Lukašenko danach streben, sich durch wirtschaftliche und politische Abkommen mit Rußland eine weitere Vorzugsstellung der Republik Belarus zu sichern.¹⁴

Im ersten Jahr seiner Amtszeit hatte sich der belarussische Präsident gemeinsam mit der von ihm geformten Regierung freilich noch darum bemüht, eine laufende Bezahlung der Energielieferungen aus Rußland zu erreichen und somit einen selbständigen Ausweg aus der Schuldenspirale zu finden. Dank dieser Anstrengungen wurden beispielsweise im März 1995 die rußländischen Gaslieferungen zu 92 Prozent bezahlt. Allerdings hatten die Maßnahmen, die zur Schuldeneintreibung bei den Betrieben angewandt wurden, alle einen administrativen Charakter. So drohte man den verschuldeten Betrieben z.B. mit einer Abkoppelung vom Wärme- und Energieversorgungssystem oder mit einer Nichtauszahlung der Löhne an ihre Belegschaften. Die Ursachen der Kostenstrukturkrise konnten jedoch durch diese Maßnahmen nicht beseitigt werden, so daß wenige Monate später die Schulden wieder anstiegen. Ein ähnliches Schicksal war den zaghaften Versuchen der belarussischen Machthaber, alternative Quellen der Energieversorgung zu erschließen, beschieden, da sie stets auf erbitterten Widerstand von rußländischer Seite gestoßen sind. So sprach sich Präsident Lukašenko beispielsweise, als er sich Anfang Februar 1995 zu einem offiziellen Staatsbesuch in Litauen aufhielt, dafür aus, daß sich Belarus finanziell an dem Bau eines Ölterminals in Klaipeda beteiligen und die Gaspipeline nach Litauen verlängert werden solle, um so größeren wirtschaftlichen Handlungsspielraum für sein Land zu gewinnen. Unmittelbar vor dem Besuch Lukašenkos in Vilnius hatte Rußland völlig unerwartet die Öl- und Gaslieferungen nach Belarus eingestellt und die belarussische Regierung dadurch gezwungen, auf Staatsreserven zurückzugreifen, die eigentlich für die Aussaat vorgesehen waren. Zweifellos hat die rußländische Seite in dieser Richtung ebenfalls mehrfach Druck auf die Regierung Kebič ausgeübt, obwohl dementsprechende Informationen nicht an die Öffentlichkeit gelangten.¹⁵

Die Wirtschaftspolitik Lukašenkos, die den Aufbau eines Marktsozialismus als ihr offizielles Ziel nennt, hat durchaus auch Erfolge vorzuweisen. Hierzu gehörte in den ersten Jahren seiner Amtszeit vor allem die Bekämpfung der Inflation. Der künstlich hohe Wechselkurs des belarussischen Rubels führte jedoch zu einem Abfluß frei konvertierbarer Währungen aus der Republik und zu einer Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftsbedingungen für solch wichtige Branchen wie die für den Export produzierende Nahrungsmittelindustrie. Außerdem wurden die überfälligen Reformen des Finanz- und Kreditwesens aufgeschoben. Insgesamt führte die Wirtschaftspolitik Lukašenkos zu einer totalen Erschöpfung der für die Modernisierung der Wirtschaft zur Verfügung stehenden Ressourcen. So schreitet der Verschleiß der materiellen und technischen Ausstattung der Industrie- und Landwirtschaftsbetriebe unaufhaltsam fort. Die effizient arbeitenden Betriebe leiden unter zu hohen Steuern, die gezahlt werden müssen, um die Pensionen auszuzahlen, den Staatshaushalt zu stabilisieren, die Armee und die ständig sich weiter aufblähende Miliz zu finanzieren. Dem belarussischen Ökonomen Leonid Zlotnikov zufolge steht Belarus daher in nächster Zukunft entweder ein Übergang zu einer Direktverwaltung der Wirtschaft nach

¹⁴ Vgl. Reformy dolžny provodit'sja dlja blaga ljudej! In: Sovetskaja Belorussija, 11.9.1996; Osnovnye napravlenija social'no-ekonomičeskogo razvitija Respubliki Belarus' na 1996-2000 gody, Minsk 1998.

¹⁵ Tretjakov, V., Štrichi k portretu toplivo-energetičeskogo kompleksa Respubliki Belarus', in: Belarusskaja delovaja gazeta, 27. 3. 1995.

kubanischem oder nordkoreanischen Muster oder aber die Initiierung von konsequenten Reformmaßnahmen bevor.¹⁶

2 Auseinandersetzungen um den außenpolitischen Kurs von Belarus in den Jahren 1991-1994

In den ersten vier Jahren nach der Unabhängigkeit war die herrschende Elite in ihrem Bewußtsein gespalten. Einerseits war mit dem Erwerb der Souveränität der Wunsch entstanden, alle sich hieraus ergebenden politischen und wirtschaftlichen Vorteile auch zu nutzen. Andererseits war die belarussische Führung mehr als die Regierungen in den Nachbarländern mit Rußland und insbesondere mit Moskau verbunden. Freilich lassen sich für diese Zeit zwei einflußreiche Gruppierungen innerhalb der herrschenden Elite unterscheiden. Dies waren zum einen die reinen Partokraten aus dem kommunistischen Parteiapparat, die um jeden Preis die Wiederherstellung der Union wollten und vor allem ideologisch argumentierten. Zum anderen handelte es sich um den Staatsapparat und die Wirtschaftselite, die während der Auflösung der Sowjetunion die ideologischen Führungsfiguren der Kommunistischen Partei weitgehend aus ihren vorderen Machtpositionen verdrängen konnten. Dabei standen die sogenannten „roten Direktoren“ in der ersten Reihe. Sie verhielten sich in der Staatslenkung pragmatischer als die ideologischen Kommunisten. Allerdings konnte sich auch diese Gruppe nicht von ihrer sowjetischen Vergangenheit befreien und war dementsprechend nicht zu radikalen Reformen fähig. Stattdessen wählte die Wirtschaftsnomenklatura den einfachsten und für sie vorteilhaftesten Weg. Die Regierung nutzte die jahrzehntelang bewährten Verbindungen mit den rußländischen Machtgruppen, um die Staatswirtschaft dirigistisch zu lenken.

Aufgrund dieser Haltung kam es in Belarus nicht zu einer Interessenkoalition zwischen der Wirtschaftsnomenklatura und den nationaldemokratischen Kräften, die durch drei Parteien - die Belarussische Volksfront (BNF) von Zenon Požnjak, die Belarussische Sozialdemokratische Hramada (Gemeinschaft; BSDH) von Oleg Trusov und die Vereinigte Demokratische Partei von Belarus (ODPB) - im Obersten Sowjet der 12. Legislaturperiode vertreten waren und dort etwa 60 der 360 Abgeordneten stellten. Diese Kräfte traten für den Übergang zur Marktwirtschaft ein, wobei eine rigide Währungspolitik, die Privatisierung des Staatseigentums und das Privateigentum an Grund und Boden im Vordergrund stehen sollten. Auch hinsichtlich der Beziehungen zu Rußland vertrat die nationaldemokratische Opposition eine ganz andere Position, indem sie praktisch jede engere Kooperationsform mit dem östlichen Nachbarn ablehnte.

Gleichwohl hatte es in den ersten Monaten nach der Unabhängigkeit Ansätze für eine Kooperationsbasis zwischen Nomenklatura und Opposition gegeben. Am deutlichsten ist dies an der Vereinbarung zur Gründung eines Antikrisenkomitees vom 12. März 1992 zu erkennen. Diese Vereinbarung wurde von allen wichtigen politischen Akteuren unterzeichnet, so u.a. vom Parlamentsvorsitzenden Stanislav Šuškevič, von Premierminister Vjačeslav Kebič, vom Innen- und vom Außenminister, vom KGB-Vorsitzenden sowie von den Vorsitzenden von BNF, ODPB und BSDH. Mit ihrer Unterschrift bekundeten die Beteiligten ihre Bereitschaft, die belarussische Souveränität gegen alle Eingriffe von außen

¹⁶ Zlotnikov, L.: V petle populizma: ekonomičeskaja politika rukovodstva Belarusi v gody nezavisimosti, in: Belarus-Monitor, Minsk 1996, S. 25.

zu schützen.¹⁷ Damit versuchten die Oppositionsparteien, die Führung des Landes so festzulegen, daß ein Abweichen vom Kurs der Unabhängigkeit nicht möglich sein sollte. Allerdings war bei der Nomenklatura bereits 1991 eine Strategie des Widerstands gegen gesellschaftliche Neuerungen zu beobachten, indem sie den Nationaldemokraten lediglich in den aus ihrer Sicht unwesentlichen Bereichen Einfluß zugestand. Die Volksfront und die ihr nahe stehenden Parteien formulierten so z.B. die staatliche Politik im Bereich der Bildung, der Geistes- und Sozialwissenschaften sowie der Kultur insgesamt. Der Radikalismus, mit dem die Nationaldemokraten dabei ihre Forderungen in der Öffentlichkeit vortrugen, trug ebenfalls dazu bei, einen dauerhaften Kompromiß mit der herrschenden Elite zu verhindern. Diese behielt mit stillschweigender Duldung des Parlamentsvorsitzenden insbesondere die Fragen der Außen-, Personal- und Wirtschaftspolitik unter ihrer ausschließlichen Kontrolle. In den von der Nomenklatura beherrschten Staatsmedien bildete die Integration des postsowjetischen Raumes das herausragende Thema in den Jahren 1991 bis 1994.

Dabei wurde zunächst gleichermaßen die GUS wie die vollständige Wiederherstellung der Wirtschaftsbeziehungen mit Rußland propagiert.

2.1 Die unerfüllten Hoffnungen auf die GUS und die ersten Schritte zu einer vertieften Integration zwischen Belarus und Rußland

Im ersten Jahr nach der Gründung der GUS entwickelten sich die Beziehungen zwischen ihren Mitgliedsländern recht dynamisch. Dafür spricht bereits die Tatsache, daß sich die Räte der Staats- und Regierungsoberhäupter zwischen Ende 1991 und Anfang 1993 neunzehnmal trafen und dabei 302 Dokumente unterschrieben. Knapp die Hälfte dieser Vereinbarungen hatte sozial-ökonomische, etwa ein Drittel militärpolitische und ein Viertel organisatorisch-rechtliche Fragen zum Gegenstand. Analysiert man, welche Länder an der Unterzeichnung teilgenommen haben, so ergibt sich, daß Rußland mit 284 Unterschriften, Kasachstan mit 218, Kirgistan mit 276, Armenien mit 274, Tadschikistan mit 270, Belarus mit 269 und Usbekistan mit 257 Unterschriften am aktivsten waren. Einer wesentlich geringeren Zahl von Vereinbarungen schlossen sich Moldowa mit 190, die Ukraine mit 179, Turkmenistan mit 152, Aserbaidshan mit 70 und Georgien mit 8 unterschriebenen Dokumenten an. Es zeigte sich somit bereits in der Anfangsphase eine „Integration der unterschiedlichen Geschwindigkeiten“.¹⁸

1992 dominierte innerhalb der belarussischen Regierung „der Glaube an die GUS“. Wenn man sich beispielsweise den Wortlaut der Rede von Premierminister Kebič am 22. Oktober 1992 vor dem Obersten Sowjet ansieht, so findet man darin keine einzige gesonderte Aussage zu den belarussisch-rußländischen Beziehungen.¹⁹ Die Beziehungen zu Rußland entwickelten sich in dieser Phase, ohne die belarussischen Beziehungen zu anderen Staaten in den Hintergrund zu drängen. Während des gesamten Jahres 1992 wurde lediglich eine bilaterale belarussisch-rußländische Vereinbarung unterzeichnet, welche die Beseitigung von Wirtschaftsbarrieren regelte.²⁰ Freilich gab es bereits auch Anzeichen für eine wachsende

¹⁷ Vgl. Sahn, Astrid: Politische Konstruktionsversuche weißrussischer Identität. Zur Bedeutung des Rückgriffs auf Geschichte für die unabgeschlossene weißrussische Nationalstaatsbildung, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 42 (1994), Heft 4, S. 541-561, hier S. 547. (Anm.d.Übs.)

¹⁸ SNG: v ožidaniu pozitivnyh peremen, in: Belorusskaja delovaja gazeta, 25.5.1993.

¹⁹ Kebič, V., My dolžny ob'edinit' usilija vo imja glavnogo, in: Narodnaja gazeta, 23.10.1992.

²⁰ Soglašenje meždu Rossijskoj Federaciej i Respublikoj Belarus' o snjatii ograničenij v chozjajstvennoj dejatel'nosti, in: Narodnaja gazeta, 30.1.1992.

Skepsis des Premierministers gegenüber der GUS. So bekannte Kebič angesichts der Tatsache, daß die GUS-Mitgliedsstaaten die bisherigen Vereinbarungen nicht umgesetzt hatten, schon im Frühjahr 1992 offen: „Ich habe Angst vor jeder neuen Begegnung.“²¹

Am 10. Juli 1993 unterschrieben die Regierungschefs von Belarus, Rußland und der Ukraine eine Erklärung über Sofortmaßnahmen zur Vertiefung der wirtschaftlichen Integration. In ihr war die Absicht formuliert, eine Wirtschaftsunion der drei Länder zu gründen, da „die staatlichen Interessen es erfordern, einen einheitlichen Wirtschaftsraum zu erhalten, in dem sich unter marktwirtschaftlichen Bedingungen die Produktion frei entfalten kann und Waren, Dienstleistungen und Kapital frei gehandelt werden“.²² Wie zu erwarten, protestierte die BNF gegen diese Erklärung und die geplante Wirtschaftsunion. Am 11. September 1993 veröffentlichte sie eine Stellungnahme, in der es hieß: „Es handelt sich hier um einen Versuch der Machthabenden, sich der Verantwortung für das Scheitern ihrer Wirtschaftspolitik zu entziehen. Wie die Geschichte gezeigt hat, sind für Belarus jegliche Form von „Union“, „Vereinigung“ und „Gemeinschaft“ mit Rußland, wie auch die GUS eine darstellt, für unsere staatliche und nationale Existenz gefährlich.“²³ Nichtsdestotrotz wurde der Vertrag über die Gründung einer Wirtschaftsunion am 24. September 1993 durch die Staatschefs von neun GUS-Staaten in Moskau unterzeichnet. Hauptziel des Vertrags war es, den Handel zwischen den GUS-Staaten durch Angleichung von Steuer- und Zollgesetzgebung sowie durch gemeinsame Institutionen für den Zahlungsverkehr (Interstaatliche Bank u.a.) zu erleichtern. Eine Währungs- und Zollunion war in diesem Vertrag jedoch lediglich als langfristige Perspektive vorgesehen. Bereits zwei Wochen zuvor hatte Belarus jedoch mit Rußland eine Vereinbarung über die Bildung einer Währungsunion unterzeichnet. Der Oberste Sowjet der Republik Belarus ratifizierte bezeichnenderweise beide Abkommen sowie die ebenfalls im September unterzeichnete Vereinbarung über die Schaffung einer einheitlichen Rubelzone innerhalb der GUS am 18. November 1993 vom Obersten Sowjet der Republik Belarus.²⁴

Damit schien die belarussische Außenpolitik sich 1993 im wesentlichen zwei Hauptrichtungen zu haben: erstens die Ausrichtung auf Rußland und zweitens die Orientierung auf die Entwicklung der Beziehungen innerhalb der GUS. Dabei kam der angestrebten Wirtschaftsunion besondere Bedeutung zu. Allerdings erlitt diese GUS-Linie Anfang November 1993 einen schweren Rückschlag, als Kasachstan und Usbekistan erklärten, nicht an der Wirtschaftsunion mit einer gemeinsamen Rubelzone teilzunehmen. Damit blieb der belarussischen Außenpolitik nur die eine, traditionelle Variante, sich mit Rußland auf jede Art von Beziehungen einzulassen, um im Austausch wirtschaftliche Vergünstigungen zu erhalten. Belarus beteiligte sich zwar weiterhin an der GUS - so stimmten am 18. Januar 1994 238 von 290 Abgeordneten des Obersten Sowjets für die Ratifizierung des GUS-Statuts - doch kam der GUS-Linie keine Priorität mehr zu.

Neben den Regierungsmitgliedern, die für eine äußerst enge Zusammenarbeit mit Rußland eintraten, gab es freilich auch solche, die sich vorrangig darum bemühten, Belarus in das „gesamteuropäische Haus“ zu integrieren. Hierzu gehörte u.a. der damalige belarussische

²¹ Nelegkaja u Viskulej sud'ba, in: Narodnaja gazeta, 9.4.1992.

²² Zajavlenie pravitel'stv Respubliki Belarus', Rossijskoj Federacii i Ukrainy o neotložnych merach po uglubleniju ekonomičeskoj integracii, in: Sovetskaja Belorussija, 13.7.1993.

²³ BNF opjat' protiv, in: Sovetskaja Belorussija, 17.9.1993.

²⁴ Polusuverennyj „zajčik“ pod pricelom rublja i dollara, in: Sovetskaja Belorussija, 19.11.1993; Dogovor o sozdanii Ekonomičeskogo sojuza, in: Vedamasci VS RB, 1994, Nr. 1, Art. 6; Soglašenje ob ob'edinenii deneznoj sistemoj Respubliki Belarus' s deneznoj sistemoj Rossijskoj Federacii, in: Vedamasci VS RB, 1994, Nr. 1, Art. 7.

Außenminister Petr Kravčenko.²⁵ Vor allem seinen Anstrengungen ist es zu verdanken, daß Belarus Anfang 1992 als vollwertiges Mitglied in die KSZE (heute: OSZE) aufgenommen wurde.²⁶ Anfang Oktober 1993 nahm eine belarussische Parlamentsdelegation mit Stanislav Šuškevič an der Spitze an dem Treffen der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer des Europarats teil. Auf diesem Treffen wurden folgende Bedingungen für die Aufnahme von Belarus in den Europarat festgelegt: die Durchführung demokratischer Wahlen auf Mehrparteienbasis zum nationalen Parlament und zu den lokalen Selbstverwaltungsorganen, die Verabschiedung einer neuen Verfassung, die Umsetzung ökonomischer Reformen sowie die Implementierung internationaler Verträge zur Einhaltung der Menschenrechte und zum Schutz nationaler Minderheiten. Für Šuškevič ergab sich die Notwendigkeit des belarussischen Beitritts zum Europarat aus den Geschehnissen im postsowjetischen Raum, insbesondere in Rußland. Dabei hatte er vor allem die gewaltsame Lösung der Konflikts zwischen der Exekutive und der Legislative im Oktober 1993 in Rußland im Blick. Belarus konnte daher seiner Meinung nach nur unter dem Schutzdach Europas Sicherheit finden.²⁷

2.2 Der umstrittene Beitritt zum Taschkenter Sicherheitspakt als Konfliktlinie im Machtkampf zwischen Premierminister Kebič und Parlamentschef Šuškevič

Die Position von Stanislav Šuškevič stand somit im deutlichen Gegensatz zur Position von Vjačeslav Kebič. Im Unterschied zum Premierminister, der die Beziehungen zur GUS für vorrangig hielt, strebte der Parlamentsvorsitzende nicht nur die maximale Einbindung von Belarus in die europäischen Strukturen an. Auch hinsichtlich der Position zur GUS gab es zwischen beiden Differenzen. So sprach sich Šuškevič für ein ausgewogenes Verhältnis zu allen Mitgliedsländern der GUS aus, während Kebič seit 1993 für besondere Beziehungen zu Rußland, Kasachstan und der Ukraine eintrat.²⁸

Diese Meinungsverschiedenheiten wirkten sich auch auf den Verfassungsgebungsprozeß aus. Dieser war für Kebič von zweitrangiger Bedeutung, da er die Hauptaufgaben in der Bildung einer einheitlichen Rubelzone und dem Abschluß einer Wirtschaftsunion mit Rußland sah. Šuškevič setzte sich hingegen in erster Linie für die Verabschiedung einer demokratischen Verfassung ein, da aus seiner Sicht die politische Kursbestimmung vor der ökonomischen erfolgen sollte. Eine Wirtschaftsunion mit Rußland, in dem die Wirtschaftsreformen viel weiter fortgeschritten seien, verlange von Belarus die Festlegung auf das Modell einer „liberal-kapitalistischen“ Gesellschaft, wofür zunächst einmal die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden müßten.²⁹ Dementsprechend vertrat Šuškevič auch die These, daß das Land nicht durch einen falschen Reformkurs, sondern infolge ausgebliebener Reformen in die Krise geraten sei. Demgegenüber sah Premierminister Kebič die Hauptursache der Krise darin, daß die Wirtschaftsbeziehungen

²⁵ Nach dem Amtsantritt Lukašenkos wurde Kravčenko als Außenminister entlassen; im 13. Obersten Sowjet leitete er den Auswärtigen Ausschuß; nach der Auflösung des Parlaments durch den Präsidenten nach dem Verfassungsreferendum vom November 1996 blieb Kravčenko zunächst in der Opposition aktiv, die die Tätigkeit des Obersten Sowjets als Rumpfparlament fortführte. Anfang 1998 ging er jedoch für die Regierung als Botschafter nach Japan.

²⁶ „Vozvraščajas’ v sem’ju evropejskich narodov“, in: Narodnaja gazeta, 15.2.1992.

²⁷ Šuškevič, S., O členstve Belarusi v Sovete Evropy, in: Belaruskaja delovaja gazeta, 19.10.1993.

²⁸ Kamen’ pretknovenija, in: Sovetskaja Belorussija, 5.10.1993.

²⁹ Doživem do pjatnicy, in: Sovetskaja Belorussija, 11.11.1993.

mit den Republiken der ehemaligen Sowjetunion zerrissen seien und dadurch ein Produktionsrückgang eingetreten sei.³⁰

Den ersten Höhepunkt im Konflikt zwischen dem Parlamentsvorsitzenden und dem Premierminister bildete die öffentliche Auseinandersetzung um die Frage, ob Belarus dem im Mai 1992 von Rußland, Kasachstan, Armenien, Tadschschikistan, Usbekistan und Kirgistan in Taschkent unterzeichneten Vertrag über kollektive Sicherheit beitreten sollte. 1992 war Belarus diesem Vertrag fern geblieben. Anfang 1993 wurde die Frage einer militärisch-politischen Union mit Rußland, womit der Taschkenter Vertrag praktisch gleichgesetzt wurde, für Premierminister Kebič jedoch zur entscheidenden Bedingung für eine gute Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Ländern. Darin wurde er von der Mehrheit der Abgeordneten im Obersten Sowjet unterstützt. Als Argument führten die Beitrittsbefürworter vor allem an, daß es nicht sinnvoll sei, das in der UdSSR gewachsene zuverlässige Verteidigungssystem zu zerstören. Dies gelte auch für den Militärindustriellen Komplex, dessen Erhalt für das Überleben der belarussischen Rüstungsindustrie notwendig sei. Die Militärunion erschien damit als logische Folge einer Wirtschaftsunion. Schließlich könne Belarus alleine keine Militärforschung betreiben. In der Republik gebe es zudem nur zwei Militärschulen, was eindeutig nicht ausreichend sei, um die Streitkräfte des Landes mit hochqualifizierten Spezialisten zu versorgen.³¹

Der Parlamentsvorsitzende Šuškevič sprach sich hingegen gemeinsam mit der national-demokratischen Opposition gegen den Beitritt zum Taschkenter Sicherheitspakt aus. Ein solcher Schritt sei nicht mit der Gesetzgebung des Landes zu vereinbaren. Insbesondere widerspreche er der Souveränitätserklärung vom 27. Juli 1990, in der festgeschrieben sei, daß die Republik einen Neutralitätsstatus anstrebe. Da es im Land keine Konfliktherde gebe, die gewaltsam zu eskalieren drohten, sei Belarus im Unterschied zu Rußland oder den zentralasiatischen Staaten auf einen derartigen Sicherheitspakt nicht angewiesen. Die Teilnahme von Belarus an dem kollektiven Sicherheitssystem der GUS hätte daher vor allem zwei Folgen: Dem Land entstünden enorme finanzielle Kosten, um die vereinten Streitkräfte mit zu unterhalten, und belarussische Soldaten müßten an bewaffneten Konflikten außerhalb der Grenzen von Belarus teilnehmen.³²

Die Stichhaltigkeit dieser Argumente bestritt Kebič mit dem Verweis darauf, daß das neue Europa von Integrationstendenzen geprägt sei. Die Idee der Neutralität sei deshalb unter geopolitischen Gesichtspunkten nicht zeitgemäß. Aus seiner Sicht konnte „nur die kollektive Sicherheit unsere Unabhängigkeit garantieren“. In einem Punkt kam der Premierminister jedoch der Position seiner Opponenten entgegen, indem er die Beitrittserklärung mit folgender Klausel versah, die Kampfeinsätze belarussischer Soldaten ausschloß: „Die Bürger der Republik üben ihren Militärdienst ausschließlich auf dem Territorium der Republik oder in den Einheiten der GUS-Streitkräfte aus, die nicht für die regionale, sondern für die strategische Sicherheit der Gemeinschaft zuständig sind.“³³ Mit diesen Einschränkungen versah auch der Oberste Sowjet am 9. April 1993 seinen Beitrittsbeschluß, mit dem er den Parlamentsvorsitzenden beauftragte, das Taschkenter Sicherheitsabkommen zu unterschreiben. Die Durchführung eines Referendums zu dieser Frage, für das sich der Parlamentsvorsitzende Šuškevič eingesetzt hatte, lehnte das Parlament hingegen im Mai

³⁰ Pora rešitel'nych boev, in: Belorusskaja delovaja gazeta, 16.11.1993.

³¹ Belarusi sleduet peresmotret' svoju poziciju v otnošenii Dogovora SNG o kolektivnoj bezopasnosti, in: Zvjazda, 24.3.1993.

³² U SNG otkrylos' vtoroe dychanie? In: Narodnaja gazeta, 16.5.1992; Posle Taškenta, in: Zvjazda, 19.5.1993.

³³ Kebič, V., O nekotorych voprosach social'no-ekonomičeskoj i političeskoj obstanovki v respublike, in: Zvjazda, 20.3.1993.

1993 endgültig ab. Diese Entscheidung des Obersten Sowjets stellte somit die erste schwere Niederlage des Parlamentsvorsitzenden dar.³⁴

Seit Herbst 1993 gewannen die offenen Auseinandersetzungen zwischen Šuškevič und Kebič an Schärfe, da beide damit begannen, sich als Anwärter auf das Amt des Präsidenten zu profilieren, der nach der Verabschiedung der neuen Verfassung im Jahre 1994 zum ersten Mal gewählt werden sollte. Dabei versuchten beide Opponenten, die Verantwortung für die Krise im Lande auf den jeweils anderen zu schieben. Auf der Sitzung des Ministerrats am 4. November 1993 erklärte Premierminister Kebič, daß die Regierung bis zu den nächsten Parlamentswahlen mit besonderen Vollmachten ausgestattet werden müsse, um eine effektive Umsetzung der wirtschaftlichen Umbildungen zu gewährleisten.³⁵ Diese Forderung ergab sich zweifelsohne aus der Absicht des Regierungschefs, das Kräftegleichgewicht in der Republik zu verändern und während der Wahlkampfperiode nicht nur die Exekutive, sondern auch die Legislative zu kontrollieren.

Der sich hinziehende Machtkampf zwischen Šuškevič und Kebič wurde schließlich um die Jahreswende 1993/94 entschieden. Als Anlaß hierfür diente der Bericht von Aleksandr Lukašenko in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des parlamentarischen Sonderausschusses zur Untersuchung der Tätigkeit der kommerziellen Strukturen, die den zentralen und lokalen Machtorganen zugeordnet waren. Lukašenko zufolge hatte Šuškevič zwischen Januar 1992 und Oktober 1993 mit der Bau- und Reparaturverwaltung des Ministerrats, die keine Dienstleistungen für Privatpersonen ausüben durfte, 15 Verträge über Reparatur- und Bauaufträge abgeschlossen. Auf Vorschlag des Ausschusses wurde am 26. Januar 1994 in die Tagesordnung des Obersten Sowjets die Abwahl des Parlamentsvorsitzenden Šuškevič sowie die Amtsenthebung von Premierminister Kebič, den Lukašenko ebenfalls belastet hatte, aufgenommen. Bei der Abstimmung fand sich jedoch nur eine Mehrheit für die Abwahl des Parlamentsvorsitzenden. Damit war der Machtkampf zwischen den beiden zugunsten von Vjačeslav Kebič entschieden, dem damit der Weg zum Präsidentenamt offen zu stehen schien.³⁶

2.3 Die Verträge zur Währungsunion mit Rußland als zentrales Thema des belarussischen Präsidentschaftswahlkampfes

In der Erklärung zur Gründung der GUS vom 8. Dezember 1991 hatten die Regierungen von Belarus, Rußland und der Ukraine festgelegt, daß die wirtschaftlichen Beziehungen und Abrechnungen innerhalb der GUS auf der Grundlage der bereits bestehenden Währungseinheit, d.h. des Rubels durchgeführt werden sollen. Wenn ein Land eine eigene nationale Währung einführen wollte, so hatte es hierzu spezielle Vereinbarungen zu treffen, die garantieren sollten, daß hierbei die wirtschaftlichen Interessen aller GUS-Staaten gewahrt blieben. Rußland war das erste Land, das diese Übereinkunft brach. Bereits 1992 hatte die rußländische Nationalbank, die die alleinige Hoheit über die Bargeldemission

³⁴ Der Parlamentsvorsitzende sandte am 28. Mai 1993 einen Brief an alle GUS-Staatschefs, in dem er diese über den Beschluß von Belarus, dem Taschkenter Abkommen beizutreten, informierte. Da zahlreiche Abgeordnete dies jedoch nicht als Unterzeichnung des Vertrags akzeptierten, kam es im Juni 1993 zum ersten Mißtrauensantrag im Parlament gegen Šuškevič, der nur aufgrund des fehlenden Quorums scheiterte. Vgl. Budet referendum, in: Znamja junosti, 10.4.1993; Dogovor o kollektivnoj bezopasnosti ja podpisał, in: Znamja junosti, 5.6.1993.

³⁵ Kebič, V., Vystuplenie na soveščanii s členami pravitel'stva, in: Sovetskaja Belorussija, 28.1.1994.

³⁶ Kto boitsja komissii A. Lukašenko? In: Sovetskaja Belorussija, 27.1.1994; Spiker otozvan, prem'er ostaetsja, in: Sovetskaja Belorussija, 28.1.1994.

innerhalb der Rubelzone besaß, die Bargeldnachfrage der GUS-Länder nur selektiv bedient, um das Inflationstempo zu drosseln. Belarus war dadurch mit einer akuten Bargeldknappheit konfrontiert worden, auf das die belarussische Nationalbank am 25. März 1992 mit der Herausgabe von eigenen Zahlungskupons reagiert hatte. Diese Zahlungskupons, die aufgrund des auf dem Einrubelschein abgedruckten Hasen auch „*zaičiki*“ (Häschenrubel) genannt wurden, übernahmen anfänglich bei Barzahlungen die Rolle einer Parallelwährung zum rußländischen Rubel, bis sie im November 1993 schließlich zum alleinigen Zahlungsmittel in Belarus erklärt wurden.

In den Monaten zuvor hatte die rußländische Regierung die Teilnahme der anderen GUS-Staaten an der Rubelzone schrittweise erschwert. Seit Juli 1993 wurden die Zentral- bzw. Nationalbanken der Staaten, in denen der Rubel als einziges gesetzliches Zahlungsmittel verwendet wurde, nur dann weiterhin mit Rubelscheinen versorgt, wenn sich das jeweilige Land durch eine spezielle Vereinbarung mit Rußland verpflichtete, eine mit Rußland abgestimmte Währungs-, Kredit- und Finanzpolitik durchzuführen. Ohne eine derartige Vereinbarung besaßen die Zentral- bzw. Nationalbanken die Möglichkeit, über ihre Konten bei der rußländischen Zentralbank Rubel aus der rußländischen Geldmenge zu kaufen bzw. im Rahmen eines von der rußländischen Regierung zur Verfügung gestellten Staatskredits zu erwerben.³⁷ Auf diese Maßnahme reagierte die belarussische Nationalbank am 24. Juli 1993 mit der Verordnung „Über die Herausnahme der Geldscheine der Staatsbank der UdSSR und der Rußländischen Föderation der Jahre 1961-1992 aus dem Geldverkehr“. Damit führte sie eine nationale Quasiwährung ein. Der damalige Vorsitzende der Nationalbank, Stanislav Bogdankevič, kommentierte dieses Ereignis folgendermaßen: „Wir sind aus dem Rubelraum herausgestoßen worden.“³⁸ Für die herrschende Elite stellte sich somit die Frage, ob sie eine echte, d.h. konvertierbare belarussische Währung einführen oder besser versuchen sollte, eine Wiederherstellung der einheitlichen Rubelzone zu erreichen. Offensichtlich intensivierte in diesem Zeitraum die belarussische Führung ihre Aktivitäten in Richtung Rußland. Fast jede Woche waren führende Politiker aus Belarus in Moskau, darunter Premierminister Kebič, der Parlamentsvorsitzende Šuškevič oder der Nationalbankchef Bogdankevič.

Der Nationalbankchef trat dabei engagiert für eine belarussische Währung ein. So erklärte er auf einer Pressekonferenz am 11. September 1993 in Moskau: „Die einheitliche Rubelzone existiert bereits seit über einem Jahr nicht mehr. Sie hat im bargeldlosen Verkehr bereits im Juli 1992 zu existieren aufgehört und im Juli 1993 auch im Bargeldverkehr. Und wenn die BNF sowie die Machthabenden in Regierung und Parlament die Einführung einer nationalen Währung diskutieren, dann irren sie sich und begreifen nicht, daß sie de facto in Belarus bereits eingeführt ist.“³⁹ Stanislav Bogdankevič traf sich damit in seiner Einschätzung mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der rußländischen Zentralbank, der bereits im Juni 1993 erklärt hatte: „Die Gespräche über den Erhalt der Rubelzone gehören der Vergangenheit an. Sie hat de facto aufgehört zu existieren.“⁴⁰

Premierminister Kebič und die meisten Regierungsmitglieder setzten gleichwohl vorrangig auf die Wiederherstellung der Rubelzone. Aus ihrer Sicht waren in Belarus die objektiven Voraussetzungen für die Einführung einer starken eigenen Währung nicht gegeben. Der unmittelbar nach der Einführung zu erwartende Kurssturz würde jedoch automatisch auch

³⁷ V sojuz nerušimyj? Respublik Svobodnych? In: Belorusskaja delovaja gazeta, 22.6.1993.

³⁸ Bogdankevič, S., Monetarizm v Respublike Belarus' grozit stat' realnost'ju, in: Belorusskaja delovaja gazeta, 3.8.1993.

³⁹ Stalker-93, ili predsedatel' Nacbanka v roli provodnika po zone, in: Belorusskaja delovaja gazeta, 14.9.1993.

⁴⁰ Strasti po valjute, in: Belorusskaja delovaja gazeta, 29.6.1993.

einen Zusammenbruch der Idee der nationalen Souveränität bedeuten.⁴¹ Zu diesem Zeitpunkt wurden innerhalb der herrschenden Elite mit der Rubelzone zwei verschiedene Modelle verbunden. Das breitere Konzept sah den Beitritt zu einer Rubelzone vor, der mit Armenien, Belarus, Kasachstan, Rußland, Tadschikistan und Usbekistan mindestens sechs GUS-Staaten angehören sollten. Die zweite Variante strebte lediglich eine Währungsunion zwischen Belarus und Rußland an. Eine solche schien durch die Unterzeichnung der Vereinbarung „Über die Vereinigung des Währungssystems der Republik Belarus mit dem Währungssystem der Rußländischen Föderation“ am 8. September 1993 in greifbare Nähe gerückt. Diese Vereinbarung sah die Einführung der Währungsunion zum 1. Januar 1994 vor. Bis dahin sollten die Voraussetzungen für eine einheitliche Wirtschaftsweise geschaffen werden. Hierzu gehörte die Festlegung eines Wechselkurses, die Abgleichung der Gesetze über Privatisierung, über Eigentum sowie über die Geldregulierung, die Abstimmung der Zoll- und Handelsgesetzgebung sowie der Leitlinien der Währungs- und Kreditpolitik. Außerdem sah die Vereinbarung die Vereinheitlichung der Haushalts-, Preisbildungs- und Steuerpolitik vor. Schließlich sollten einheitliche Methoden zur Regulierung der Gehälter, Renten, Stipendien und der sozialen Absicherung der Bevölkerung ausgearbeitet werden. Während der ersten Etappe der Währungsunion sollten der belarussische und der rußländische Rubel als gleichberechtigte Zahlungsmittel existieren. Anschließend würde der belarussische Rubel allmählich aus dem Geldverkehr verschwinden.⁴²

Das Problem der belarussisch-rußländischen Währungsunion wurde jedoch durch den Konflikt zwischen Präsident Boris El'cin und dem Obersten Sowjet mit seinem Vorsitzenden Ruslan Chasbulatov, der im Oktober 1993 gewaltsam beendet wurde, in den Hintergrund gedrängt. Die Ereignisse des Herbst 1993 in Rußland und die anschließende Neustrukturierung des gesamten politischen Systems hatten zur Folge, daß die Kräfte um Präsident El'cin, die als Sieger aus dem Konflikt hervorgegangen waren, bis Anfang 1994 kein Interesse an den Problemen des benachbarten Belarus und dem konkreten Schicksal des Präsidentenanwärters Kebič hatten. Gleichwohl versuchten alle politischen Kräfte in Belarus, im beginnenden Präsidentschaftswahlkampf mit unterschiedlichen Argumenten die Sympathien der rußländischen Seite zu gewinnen. So erklärten die belarussischen Nationaldemokraten, wie Šuškevič, Poznjak, Trusov u.a., deutlich ihre Unterstützung für El'cin im rußländischen Machtkampf. Dabei hofften sie als Gegenleistung für ihre moralische Unterstützung des rußländischen Präsidenten darauf, daß die Regierung des Nachbarlandes sich nicht in den Verlauf der Präsidentschaftswahlen zugunsten von Premierminister Kebič einmischen würde.

Der Premierminister versuchte seinerseits, die Aufmerksamkeit der rußländischen Regierung dadurch zu gewinnen, daß er die Bereitschaft zur Einführung einer eigenen Währung im Falle des Scheiterns der Währungsunion demonstrierte. So schlug Kebič gemeinsam mit dem Nationalbankchef Bogdankevič und dem stellvertretenden Premierminister Mjasnikovič am 19. November 1993 die Einführung einer nationalen Währung vor, die von den Abgeordneten zunächst abgelehnt wurde, ehe sie am 24. November 1993 den belarussischen Rubel zum alleinigen Zahlungsmittel in Belarus erklärten.⁴³ Gleichzeitig bemühte sich der Premier intensiv darum, die Verhandlungen über die Währungsunion mit Rußland ungeachtet der schwierigen Verhältnisse fortzusetzen. Dabei war klar, daß der 1. Januar 1994 als Termin nicht einzuhalten war, da keine der beiden Seiten die entsprechenden

⁴¹ Interv'ju predsedatelja pravlenija Belvnešekonombanka, in: Belorusskaja delovaja gazeta, 29.6.1993.

⁴² Stalker-93, ili predsedatel' Nacbanka v roli provodnika po zone, in: Belorusskaja delovaja gazeta, 14.9.1993.

⁴³ Vopros o nacional'noj valjute otložen, postanovlenie o putjach vychoda iz krizisa ne prinjato, in: Sovetskaja Belorussija, 20.11.1993. Vgl. auch RFE/RL News Briefs, 22.-26.11.1993, S. 20. (Anm.d.Übs.)

Dokumente vorbereitet hatte und in beiden Ländern noch erhebliche Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Vereinigung der Währungssysteme zu überwinden waren.

Die Verhandlungen über die Währungsunion prägten infolgedessen den gesamten Zeitraum bis zu den Präsidentschaftswahlen. Die belarussischen Staatsmedien versuchten dabei seit Anfang Januar 1994 fast täglich, die Öffentlichkeit der Republik davon zu überzeugen, daß die wirtschaftliche Krise nur in enger Verbundenheit mit Rußland überwunden werden könne. Unverhüllt transportierte die offizielle Propaganda gleichzeitig die Botschaft, daß die rußländische Führung mit keinem anderen belarussischen Politiker außer mit Vjačeslav Kebič zusammenarbeiten würde. So erschien beispielsweise am 14. Januar 1994 in der „Sovetskaja Belorussija“ ein Artikel mit der Überschrift „Vjačeslav Kebič: Rußland nimmt uns an der Hand“, und am 15. Januar 1994 war in derselben Zeitung zu lesen: „Vjačeslav Kebič: Die Souveränität können wir nur im Bündnis mit Rußland erhalten“.

Anfang Februar 1994 fand die nächste Verhandlungsrunde zwischen Belarus und Rußland über die Vereinigung der Währungssysteme statt. Dabei wurde beschlossen, alle relevanten Dokumente bis zum 17. Februar 1994 auszuarbeiten. So verlautete es zumindest aus dem rußländischen Ministerium für die Kooperation mit den GUS-Staaten. In der rußländischen Duma stellte die Abgeordnetengruppe „12. Dezember“ jedoch die Forderung auf, daß der wirtschaftlichen Vereinigung die politische vorausgehen müsse. Gleichzeitig brachte der Finanzminister Boris Fedorov die Idee auf, daß die Einstellung der Bevölkerung beider Länder zur Finanzunion durch ein Referendum erfragt werden solle. Die Verhandlungen zogen sich dementsprechend weiter hin, was dem belarussischen Nationalbankchef Bogdankevič zufolge vor allem darauf zurückzuführen war, daß die rußländische Seite erhebliche Veränderungswünsche gegenüber der Vertragsvariante vom September 1993 vorbrachte. So verlangte sie jetzt, daß die staatlich regulierten rußländischen Binnenpreise für Energieträger und Rohstoffe nicht auf Belarus übertragen, sondern Lieferungen dorthin zu frei ausgehandelten Preisen erfolgen sollten. Strittig war des weiteren die Frage, zu welchem Kurs der belarussische Rubel in den rußländischen umgetauscht werden sollte. Zudem verlangte die rußländische Seite jetzt die Auflösung der belarussischen Nationalbank - ein Ansinnen, gegen das Bogdankevič heftig protestierte.⁴⁴ All diese Punkte wurden im Februar 1994 im belarussischen Zaslavl' in einem „Protokoll über die Meinungsverschiedenheiten“ zur belarussisch-rußländischen Währungsunion festgehalten.⁴⁵

Die Verhandlungen wurden Anfang April weiter fortgesetzt, als sich eine belarussische Regierungsdelegation mit dem stellvertretenden Premierminister Mjasnikovič an der Spitze in Moskau aufhielt. Über die konkreten Ergebnisse dieses Besuchs wurde in der Presse nichts bekannt.⁴⁶ Am 12. April 1994 unterzeichneten Premierminister Vjačeslav Kebič und sein rußländischer Amtskollege Viktor Černomyrdin in Moskau acht Dokumente. Das wichtigste hiervon war der Vertrag über die Vereinigung des Währungssystems der Republik Belarus mit dem Währungssystem der Rußländischen Föderation. Außerdem wurden eine Vereinbarung über die Angleichung der Haushaltssysteme und über die einheitliche Regulierung des Außenhandels sowie fünf Protokolle unterzeichnet. In den Protokollen wurde u.a. die Frage vorübergehender Handelsbeschränkungen, die Festlegung von Quoten und die Lizenzvergabe für bestimmte Waren, die Organisation der Zollkontrolle an den Durchgangsposten an der gemeinsamen Grenze sowie die Bedingungen für den Unterhalt der sich auf belarussischem Territorium befindenden rußländischen Truppenteile und

⁴⁴ Rublevaja zona vnov' v kul'bite? In: Sovetskaja Belorussija, 11.3.1994.

⁴⁵ Rublevaja zona: tri kopejki v razgovor, in: Sovetskaja Belorussija, 22.3.1993.

⁴⁶ Podpisanie budet poetapnym, in: Sovetskaja Belorussija, 8.4.1994.

Militärobjekte geregelt. Die Vereinigung der Währungssysteme sollte in zwei Etappen erfolgen. Zum 1. Mai 1994 sollten die Regelungen in Kraft treten, die die Handelsbeschränkungen betrafen. Nach den Präsidentschaftswahlen in Belarus sollten dann für die Betriebe in beiden Ländern dieselben Preise für Rohstoffe, Energie und andere Produkte gelten.⁴⁷

Mit der Unterzeichnung des zweiten Abkommens über die Währungsunion waren die Debatten jedoch nicht beendet. Bereits am 14. April erklärte Premierminister Kebič auf einer Pressekonferenz, daß die belarussische Seite entgegen dem fünften Punkt des Vertrages nicht beabsichtige, die belarussische Nationalbank in eine Filiale der rußländischen Zentralbank umzuwandeln. Stattdessen bestünde sie auf dem Recht der belarussischen Bank, an der Kursbestimmung in der Kredit- und Emissionspolitik mitzuwirken. Diese Vorschläge würden zwar gegenwärtig von der rußländischen Seite nicht unterstützt, doch werde er sie noch mit Präsident El'cin besprechen. Sollte sich auf dieser Ebene keine Einigung erzielen lassen, sei er bereit, das Volk nach seiner Meinung zu fragen.⁴⁸ Der rußländische Premierminister Černomyrdin erklärte seinerseits im Gespräch mit Journalisten, die gesamte Geld- und Kreditpolitik auf dem Territorium von Rußland und Belarus werde ausschließlich von der Zentralbank Rußlands durchgeführt.⁴⁹ Belarus müsse daher, so der rußländische Finanzminister Dubinin, seine gerade erst am 15. März 1994 verabschiedete Verfassung ändern, derzufolge das Emissionsrecht auf belarussischem Gebiet ausschließlich bei der Nationalbank der Republik lag.⁵⁰

Zu den erbittertesten Gegnern des neuen Vertrages gehörte der belarussische Nationalbankchef Stanislav Bogdankevič. Am 20. Mai 1994 erklärte er kategorisch: „Unter die gegenwärtige Vertragsversion werde ich meine Unterschrift nicht setzen.“⁵¹ Am 23. Mai 1994 legte die Nationalbank fest, daß der belarussische Rubel das einzige Zahlungsmittel auf dem Territorium der Republik Belarus sei. Die Vereinbarung über die Vereinigung der Währungssysteme von Belarus und Rußland bezeichnete Bogdankevič als eine „Totgeburt“. Ihm zufolge gab es nur einen Ausweg: „Wir müssen die Realität anerkennen, die eigene Währung stärken und eine strenge Geld- und Kreditpolitik durchführen.“⁵²

Damit war ein Monat vor den Präsidentschaftswahlen weitgehend offensichtlich, daß die Politik von Vjačeslav Kebič in diesem Bereich gescheitert war. Sie konnte sich folglich nicht als der erhoffte Trumpf im Wahlkampf des Premierministers erweisen. Vielmehr dürfte sie den Vertrauensverlust der Bevölkerung in seine Politik beschleunigt haben und somit in erheblichem Maße zu seiner katastrophalen Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen beigetragen haben. Mit dem eindeutigen Sieg von Aleksandr Lukašenko, der im Wahlkampf ebenfalls die April-Variante kritisiert hatte⁵³, mußten die belarussisch-rußländischen Beziehungen daher vollkommen neu gestaltet werden.

⁴⁷ Vgl. Bell, Claudia: Die russisch-weißrussische Währungsunion, Aktuelle Analysen des BIOst, 1994, Nr. 22, 10.5. (Anm.d.Übs.)

⁴⁸ V. Kebič: „Eto vybor moej žizni, in: Sovetskaja Belorussija, 16.4.1994.

⁴⁹ Zajčik i dvuglavyj orel, in: Sovetskaja Belorussija, 15.4.1994.

⁵⁰ My ničego osobenno ne vyigraem, no i ne proigraem, in: Sovetskaja Belorussija, 21.5.1994.

⁵¹ Sovetskaja Belorussija, 21.5.1994.

⁵² Pust' vyrastet „zajac“, in: Sovetskaja Belorussija, 24.5.1994.

⁵³ Aufgrund dieser inhaltlichen Übereinstimmung blieb Bogdankevič zunächst nach dem Machtwechsel weiter Chef der Nationalbank. Im September 1995 trat er jedoch von seinem Amt zurück, da er die zunehmend dirigistische Wirtschaftspolitik des Präsidenten nicht mehr mittragen konnte. In der Folgezeit wurde Bogdankevič als Vorsitzender der im November 1995 neu gegründeten Vereinigten Bürgerpartei zu einem der wichtigsten belarussischen Oppositionspolitiker.

3. Unter Präsident Lukašenko: Belarus zwischen Reintegration mit Rußland und Konsolidierung der belarussischen Eigenstaatlichkeit

Bereits als Präsidentschaftskandidat hatte Aleskandr Lukašenko aktiv die für die meisten Wähler attraktive These verwendet, daß die Schicksale des belarussischen und des russischen Volkes untrennbar miteinander verbunden seien. Dabei wirkte besonders seine öffentliche Erklärung, er habe als einziger Abgeordneter des Obersten Sowjets der 12. Legislaturperiode gegen die Ratifizierung der Belovežer Vereinbarung über die Gründung der GUS gestimmt.⁵⁴ Wiederholt bezeichnete er die Auflösung der Sowjetunion als einen verbrecherischen Akt und empfahl sich als Garanten für den erfolgreichen Abschluß eines Reintegrationsprozesses. So hatte er bereits am 11. September 1993 auf dem „Ersten Kongreß des Volkes von Belarus“, den die offen für die Wiederherstellung der UdSSR eintretende „Volksbewegung Belarus“ veranstaltete, erklärt: „Leider wurden auf unserem Boden die schändlichen Belovežer Vereinbarungen unterzeichnet. Von hier muß daher auch die Bewegung zur Gründung eines großen Einheitsstaats ausgehen.“⁵⁵ Bei seinem Auftritt vor der rußländischen Staatsduma im Mai 1994 präsentierte er folgende Version des Zerfalls der Sowjetunion: „... Rußland hat als erstes seine Souveränität verkündet, was de facto der Beginn des Zusammenbruchs der UdSSR war. Doch ... wir haben als erste alle Unionsbetriebe und das gesamte Unionseigentum unserer Republik unterstellt, darunter auch das militärische Eigentum auf unserem Territorium. Wir haben als erste Zollposten an der Grenze zu Rußland errichtet, und unsere Regierung hatte es sehr eilig, eigenes Geld in Umlauf zu bringen.“ Für eine Vereinigung in der Zukunft sah Lukašenko vor allem folgende Motive: „Über unser Territorium verlaufen alle wichtigen Kommunikationslinien, darunter auch die Energieleitungen, die Rußland mit Europa verbinden, auf unserem Boden dienen zehntausende rußländische Soldaten ...“ Hieraus folgte der Vorschlag, daß „die drei Parlamente - ich beziehe damit auch das brüderliche ukrainische ein - unverzüglich offizielle Abgeordnetengruppen bilden, um Verhandlungen über einen Mechanismus zur Vereinigung der Bruderrepubliken zu führen!“⁵⁶

Des weiteren gewann Lukašenko die Sympathien der Wähler damit, daß er versprach, der russischen Sprache den Status einer zweiten Staatssprache zu verleihen. Da die Mehrzahl der Bevölkerung im Alltag die russische Sprache verwendete, hatte sie sehr reserviert auf die Versuche der Nationaldemokraten reagiert, den raschen Übergang zum Belarussischen als vorherrschende Amts-, Schrift- und Unterrichtssprache zu erreichen. In den Jahren 1991 bis 1993 fand in den Zeitungen eine ausgedehnte öffentliche Diskussion darüber statt, ob der Staat in der Sprachenfrage Zwang ausüben solle, ob Ein- oder Zweisprachigkeit vorzuziehen sei und ob die Eltern die Unterrichtssprache für ihre Kinder frei wählen dürfen. Als talentierter Populist erkannte Aleksandr Lukašenko die Bedeutung dieses sensiblen sozialen

⁵⁴ Später stellte sich freilich heraus, daß die einzige Gegenstimme vom damaligen Abgeordneten und späteren Vorsitzenden des Verfassungsgerichts Valerij Tichinja kam. Lukašenko hatte sich ebenso wie 25 weitere Abgeordnete lediglich der Stimme enthalten. Allerdings fügte diese Entdeckung der Popularität des Präsidenten keinen Schaden zu. Offensichtlich handelt es sich hier um das aus der Massenpsychologie bekannte Phänomen der selektiven Wahrnehmung: Die Wähler waren so überzeugt von der Richtigkeit ihrer Wahl, daß sie nur die Informationen aufnahmen, die mit diesem positiven Bild übereinstimmten, alle anderen jedoch abwehrten. Vgl. Tichinja, V., Ja ne chotel by, čtoby kto-to segodnja pytalsja prisvoit' moj golos, in: Svoboda, 25.10.1996.

⁵⁵ Ne načalo li povorota, in: Sovetskaja Belorussija, 14.9.1993.

⁵⁶ O čem govoril A. Lukašenko v rossijskoj Dume, in: Narodnaja gazeta, 20.5.1994.

Problems und bewertete es als Indikator für die prorußländischen Sympathien seiner Mitbürger. Selbst Premierminister Kebič hatte es während seiner Amtszeit nicht gewagt, an der Sprachenfrage zu rühren. Vielmehr hatte er die Bemühungen um eine verstärkte Verwendung der belarussischen Sprache unterstützt und in dieser Frage bis 1993 mit der BNF und der national orientierten Intelligenzija zusammengearbeitet. Die russischsprechende Mehrheit der Bevölkerung hatte diese anfängliche Verbundenheit des Premierminister mit der nationalen Idee nicht vergessen, als sie im Juni 1994 zu den Wahlen ging. So sieht auch der polnische Publizist Adam Michnik einen zentralen Grund für den Sieg Lukašenkos in der „zu raschen Derussifizierung, die von Zwang, Chaos und Korruption begleitet wurde.“⁵⁷ Darin habe die Mehrzahl der Bevölkerung eine Gefahr für ihre eigene Sicherheit gesehen. „Und diese Mehrheit hat ihre Stimme einem Politiker mit Charisma gegeben, der gekonnt an die Emotionen der Massen appellierte und ihnen einfache Lösungen für schwierige Probleme versprach.“⁵⁷

Mit diesen Argumenten vermochte der Präsidentschaftskandidat Aleksandr Lukašenko im Wahlkampf, in dem sich mit Ausnahme von Poznjak und Šuškevič alle Kandidaten hinsichtlich ihrer Rußlandfreundlichkeit zu überbieten suchten, seinen zentralen Konkurrenten Kebič der unangemessenen „Souveränitätshascherei“ (*suvereničestvo*) zu beschuldigen. Gleichzeitig versuchte er dadurch, sich dem rußländischen Establishment durch seine eigene prorußländische Orientierung zu empfehlen. Dabei präsentierte sich Lukašenko als ein „slawischer Integrator“, der auch eine Vereinigung der drei slawischen Republiken nicht ausschloß. Gleichzeitig machte er stets deutlich, daß eine solche Variante nur auf gleichberechtigter Basis und unter Wahrung der belarussischen Interessen möglich sei. Dementsprechend hatte Lukašenko ebenfalls zu den heftigen Kritikern des Vertrags über die Währungsunion in der Fassung vom April 1994 gehört und sich damit ebenfalls von Kebič abgehoben.

3.1 Die Neuintensivierung der belarussisch-rußländischen Beziehungen Anfang 1995

Bereits wenige Wochen nach seiner Vereidigung zum ersten belarussischen Präsidenten reiste Aleksandr Lukašenko am 3. August 1994 zu seinem ersten offiziellen Staatsbesuch nach Moskau. Anschließend verkündete er, daß ein neuer Vertrag über die Vereinigung der Währungssysteme bereits ausgearbeitet sei und die neue Variante keine Veränderungen in der belarussischen Verfassung mehr erfordern werde. Es müsse lediglich noch das Implementierungsverfahren des Vertrags genauer bestimmt werden, was in den nächsten zwei Monaten erfolgen würde. Ungeachtet dieser Ankündigung war de facto bis Anfang 1995 eine Pause in den belarussisch-rußländischen Beziehungen zu beobachten. Zwar wurden im Stillen weiterhin Verhandlungen geführt, doch für die Öffentlichkeit war erst im Januar 1995 wieder eine spürbare Aktivierung zu verzeichnen. Am 6. Januar 1995 traf der rußländische Vizepremier Aleksej Bolšakov in Minsk ein, um gemeinsam mit dem belarussischen Premierminister Michail Čigir eine Reihe von Verträgen zu unterzeichnen. Herzstück bildeten hierbei der Vertrag über eine Zollunion und ein Freihandelsabkommen, die als reduzierte Variante der bisher angestrebten Währungsunion zu werten sind. Des weiteren erhielt Rußland für 25 Jahre das kostenlose Nutzungsrecht für die Radaranlage bei Baranoviči und das Marinekommunikationszentrum bei Vilejka.⁵⁸

⁵⁷ Sovetskij orel: o paradoksach kolchoznogo bonapartizma, in: Nezavisimaja gazeta, 16.1.1997.

⁵⁸ Soglašenje o Tamožennom sojuze meždu Respubliki Belarus' i Rossijskoj Federaciej, in: Vedamasci VS RB, 1995, Nr. 26, Art. 356.

Vom 23.-24. Januar 1995 besuchte der rußländische Außenminister Kozyrev Minsk, um mit seinem Amtskollegen Sen'ko die Unterzeichnung des Vertrags über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Kooperation vorzubereiten. Zum Programm des rußländischen Außenministers gehörte auch eine Begegnung mit Vertretern der national orientierten Intelligenzija, die ihre kritische Haltung gegenüber Moskau insbesondere angesichts des Vorgehens in Tschetschenien betonten. Einen weiteren Höhepunkt des Monats bildete schließlich die Anhörung „Über die belarussisch-rußländischen Beziehungen“, die am 26. Januar 1995 in der rußländischen Staatsduma stattfand. An ihr nahmen belarussische und rußländische Abgeordnete teil, außerdem etliche Vertreter belarussischer und rußländischer Ministerien und Behörden sowie eine Reihe unabhängiger Experten. Während dieser Anhörung wurde somit eine Zwischenbilanz der Ergebnisse und Probleme in den belarussisch-rußländischen Beziehungen gezogen, bei der die unterschiedlichen nationalen Interessen beider Seiten sowie die Widersprüche und Potentiale in der bisherigen Entwicklung deutlich sichtbar wurden.⁵⁹

Die rußländischen Teilnehmer versuchten, während dieser Anhörung den belarussischen Teilnehmern zu erklären, warum die Vereinigung der Währungssysteme nicht vollzogen worden sei. Aus Sicht des Vorsitzenden des Duma-Ausschusses für GUS-Angelegenheiten, Konstantin Zatulin, hatte die rußländische Führung Angst, hierbei in ökonomischer Hinsicht zu viel zu verlieren.⁶⁰ Gavriil Popov, der die rußländische Delegation bei den Verhandlungen mit Belarus in dieser Frage geleitet hatte, sah den Hauptgrund, daß die Vereinbarung über die Währungsunion nicht umgesetzt worden war, darin, daß sie der Realität vorausgegriffen habe. Der stellvertretende Vorsitzende der rußländischen Zentralbank vertrat die Ansicht, daß die Vereinigung der Währungssysteme in erster Linie keine wirtschaftliche, sondern eine politische Frage sei. Hierzu merkte der stellvertretende rußländische Finanzminister Aleksašenko an, daß es Belarus gewesen sei, das die bilaterale Währungsunion der Einführung einer Gemeinschaftswährung mit einem zentralen Emissionszentrum analog zur EU vorgezogen habe. Dabei sei die belarussische Seite aber nicht bereit gewesen, die hierfür notwendigen Veränderungen an der belarussischen Verfassung vorzunehmen. Das Haupthindernis für eine Annäherung sah Aleksašenko gleichwohl in der unterschiedlichen Wirtschaftspolitik beider Länder. Belarus sei nicht in der Lage, genau anzugeben, welche wirtschaftlichen Ziele und Aufgaben es in einem bestimmten Zeitraum umsetzen könne. Es gäbe praktisch keine inneren Mechanismen, um die Inflation, das Haushaltsdefizit und die Preisbildung zu kontrollieren. Der wirtschaftspolitische Graben zwischen beiden Ländern könne nicht einfach durch den Willen der Präsidenten und Parlamente aufgehoben werden. Hierfür müsse entweder Rußland Reformen zurücknehmen oder Belarus sie vorantreiben.

Insgesamt stellte Aleksašenko die Beziehungen mit Belarus als kompliziert dar. So erfahre Belarus durch viele Verträge und Vereinbarungen eine Vorzugsbehandlung im Vergleich mit anderen GUS-Staaten. Allerdings seien bisher von der belarussischen Seite keine entsprechenden materiellen Gegenleistungen zu beobachten. So verfolge Belarus beispielsweise unter direkter Verletzung zwischenstaatlicher Abkommen eine Dumping-Politik bei den

⁵⁹ Rossija - Belarus'. Reanimacija prošlogo ili nazad k budućemu, in: Belorusskaja delovaja gazeta, 30.1.1995.

⁶⁰ Diese Äußerung ist freilich nicht als Argument gegen die Integration zu werten. Bei seinem Besuch in Minsk im Januar 1995 hatte er sich vielmehr ausdrücklich für eine Forcierung der Integration ausgesprochen, in der er insbesondere eine Möglichkeit zur Wiedererlangung des rußländischen Großmachtsstatus sah. Ebenso wollte er die Rolle der Duma in diesem Prozeß stärken. Bei der Anhörung warf Zatulin der rußländischen Regierung dementsprechend vor, die Duma nicht ausreichend über die im Januar unterzeichneten Verträge informiert zu haben. Vgl. Proryv vozmožen na "belorusskom fronte", in: Nezavisimaja gazeta, 24.1.1995; Govorit' o političeskoj integraciji Belarusi i Rossii segodnja neumestno, in: Sovetskaja Belorussija, 28.1.1995.

Verbrauchssteuern für alkoholische Getränke, um die belarussischen Produkte auf dem rußländischen Markt zu bevorzugen. Der Vertrag über die Zollunion lasse vollkommen offen, wer die Gewinne erhalte und wie diese verteilt würden. Obwohl die belarussischen Gasschulden sich auf 1,5 Billionen Rubel beliefen, habe die belarussische Seite entgegen mehrmaliger Zusagen bisher keine auf belarussischem Territorium befindlichen Betriebe in das Privateigentum von Gazprom übergeben, um die Schulden hierdurch zu begleichen. Auch der stellvertretende rußländische Minister für Außenhandelsbeziehungen lenkte die Aufmerksamkeit auf die ökonomischen Verluste, die Rußland durch die unterzeichneten Abkommen zu tragen habe. Denn belarussische Betriebe könnten nun rußländische Ressourcen zu Binnenpreisen, die weit unter den Weltmarktpreisen liegen, erwerben. Außerdem entstünden Rußland allein durch den Wegfall der Exportzölle Verluste in Höhe von zwei Mrd. US-Dollar. Zugunsten der Vereinbarungen spräche, daß beide Länder nun im Handel mit dritten Ländern von der Außenwelt als ein Staat wahrgenommen würden. Doch auch hier könnten Probleme entstehen, wenn einige Handelspartner sich weigern würden, das für Rußland geltende Handelsregime auch auf Belarus zu übertragen. Dies gelte z.B. für die Europäische Union.⁶¹

Während somit im ökonomischen Bereich von rußländischer Seite überwiegend Kritik vorgetragen wurde, dominierten hinsichtlich der militärischen Zusammenarbeit die positiven Töne. So betonte der Vertreter des rußländischen Verteidigungsministeriums Generaloberst Gičkin, daß das Abkommen über den zeitweiligen Verbleib rußländischer Truppen in Belarus vom Parlament ratifiziert worden sei. Zum Zeitpunkt der Anhörung seien von den Verteidigungsministerien beider Länder insgesamt 21 Dokumente unterzeichnet worden, deren Umsetzung normal verlaufe. Es existiere ein Memorandum über den gemeinsamen militärstrategischen Raum, das die einheitliche operative und strategische Planung des Kampfeinsatzes der Streitkräfte ermögliche. Ebenso sei ein Dokument in Vorbereitung, das den Einsatz rußländischer Militärvertreter in Betrieben des belarussischen Militärkomplexes zur Abnahme von Militärtechnik erlaube. Außerdem sei für 1995 die Unterzeichnung von vier weiteren Abkommen geplant, die zum einen den Aufenthalt und die Versorgung der in Belarus stationierten rußländischen Truppen, zum anderen die Benutzung von Übungsplätzen in Rußland durch die belarussische Luftwaffe regeln sollten. Abschließend machte Gičkin deutlich, daß Rußland Belarus gegenüber kompromißbereit sein müsse, um zu vermeiden, daß das Land sich der NATO annähere. Denn „dann müssen wir wie im rußländisch-polnischen Krieg eine scharfe Grenze mit den Außenposten St. Petersburg, Smolensk, Voronež und Rostov ziehen. Und niemand weiß, was uns eine solche Grenze kosten wird.“⁶²

Die belarussische Delegation demonstrierte höchst unterschiedliche Einschätzungen der Anfang Januar 1995 unterzeichneten ökonomischen Vereinbarungen mit Rußland. So betonte der Delegationsleiter, der stellvertretende Parlamentsvorsitzende Kuznecov, vor allem die Rolle des belarussischen Präsidenten im forcierten Annäherungsprozeß mit Rußland. Dem gegenüber hob der BNF-Abgeordnete Sergej Naumčik hervor, daß die unterzeichneten Dokumente, insbesondere über die Zollunion und die militärische Kooperation, erst noch vom Parlament ratifiziert werden müßten. Aus Sicht von Naumčik könne bei der gegenwärtigen Version der Zollunion von einer selbständigen belarussischen

⁶¹ Die EU hat mit Rußland ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen abgeschlossen, das auch die Einrichtung einer Freihandelszone vorsieht und am 1. Februar 1996 in Kraft getreten ist. Ein entsprechendes Abkommen wurde - freilich unter Verzicht auf das Ziel einer Freihandelszone - am 6. März 1995 auch mit Belarus abgeschlossen. Allerdings hat die EU es aufgrund der innenpolitischen Entwicklung in Belarus bis heute nicht ratifiziert. (Anm.d.Übs.)

⁶² Rossija - Belarus'. Reanimacija prošlogo ili nazad k buduščemu, in: Belorusskaja delovaja gazeta, 30.1.1995.

Außenhandelstätigkeit nicht mehr die Rede sein. Es sei vielmehr eine Expansion des rußländischen Kapitals zur Eroberung belarussischen Eigentums zu befürchten. Die rußländischen Militärobjecte wurden von der BNF als Stützpunkte kritisiert, die zudem unter ökologischen Gesichtspunkten für die Bevölkerung gefährlich seien. Auch der Vorsitzende der linkszentristischen Fraktion „Belarus“, Gennadij Kozlov, äußerte Kritik an der bilateralen Kooperation. Diese bezog sich u.a. auf die einseitige Einführung einer nationalen Währung durch Rußland im Sommer 1993, die mit Belarus nicht abgesprochenen Änderungen Rußlands am Mehrwertsteuergesetz und die der Zollunion zuwiderlaufende Anordnung des rußländischen Zollkomitees, feste Zollposten an der Grenze zum Vitebsker Gebiet einzurichten.

Die Anhörung zeigte somit deutlich, daß in den belarussisch-rußländischen Beziehungen erhebliche Meinungsunterschiede existierten. Auch der einen Monat später am 21. Februar 1995 erfolgende Besuch des rußländischen Präsidenten El'cin in Minsk, bei dem die Staatsoberhäupter beider Länder den Vertrag über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Kooperation sowie einige weitere Abkommen unterzeichneten, verlief nicht ohne Spannungen. So gestanden der rußländische Vizepremier Bol'sakov und sein belarussischer Amtskollege Mjasnikovič bei der abschließenden Pressekonferenz ein, daß u.a. die Frage, ob für das nach Belarus gelieferte Erdöl Mehrwertsteuer erhoben werden soll, zu den ungelösten Problemen in den bilateralen Beziehungen gehöre. „Für die Mehrwertsteuer setzen sich unsere Erdölförderer ein“, erklärte Aleksej Bol'sakov.⁶³ Wie sich herausstellte, war der rußländische Präsident bis zu diesem Besuch hierüber überhaupt nicht informiert.

Nur zwei Tage nach dem Besuch des rußländischen Präsidenten in Minsk kündigte der belarussische Präsident am 23. Februar 1995 an, daß Belarus seine Abrüstungsverpflichtungen im Rahmen des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) nicht weiter erfüllen werde. Anfang Juli gab Aleksandr Lukašenko außerdem bekannt, daß Belarus den Abzug der verbliebenen SS-18-Raketen nach Rußland vorerst einstellen werde. Auch diese Erklärung erfolgte kurze Zeit nach einer Begegnung mit einem rußländischen Spitzenpolitiker. Im Juni 1995 hatten Aleksandr Lukašenko und Viktor Černomyrdin in einer feierlichen Zeremonie die Grenzsteine zwischen beiden Staaten symbolisch entfernt. Zwar wurde in beiden Fällen von belarussischer Seite mehrmals betont, daß diese Entscheidung keinerlei politischen Charakter trage und nur auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des jungen belarussischen Staates zurückzuführen sei. Allerdings ist im zweiten Fall nicht auszuschließen, daß dieser Schritt mit Rußland im Hinblick auf die geplante NATO-Osterweiterung abgesprochen war. Die belarussisch-rußländischen Beziehungen erhielten damit eine weit über die bilateralen oder die GUS-Beziehungen hinausgehende Bedeutung: Die Integrationspläne wurden von ihren Befürwortern vielmehr wesentlich auch als Reaktion auf die Bestrebungen, Polen und andere ostmitteleuropäische Staaten in die NATO aufzunehmen, verstanden.

Im September 1995 verschob Lukašenko unerwartet die für den 21. September geplante Reise nach Armenien und flog kurzfristig nach Moskau. Dort traf er sich mit dem rußländischen Premierminister Černomyrdin. Anschließend fuhr Lukašenko weiter nach Soči, wo der rußländische Präsident El'cin gerade seinen Urlaub verbrachte. Zu den Gesprächen wurden auch der Verteidigungsminister Gračev, der Direktor des Föderalen Sicherheitsdienstes, Erin, und wahrscheinlich auch Außenminister Kozyrev kurzfristig nach Soči beordert. Die Ergebnisse des Blitzbesuchs von Lukašenko in Rußland wurden ausführlich in der belarussischen Staatspresse dargestellt. Demzufolge lag der einzige Grund für die Reise darin, daß die erste Etappe der Zollunion von der rußländischen Seite nicht zufriedenstellend umgesetzt werde. Damit würde die zweite Etappe der Zollunion verzögert, die die Einführung gleicher Bedingungen für Wirtschaftssubjekte in Belarus und Rußland

⁶³ Nam i ne snilos', in: Belorusskaja delovaja gazeta, 23.2.1995.

vorsähe. Beispielsweise hätten belarussische Betriebe im Auftrag des rußländischen Militärisch-Industriellen Komplexes Waren im Wert von 140 Mrd. rußländischen Rubeln produziert und bereits ein Drittel an die Verbraucher geliefert. Die Auftraggeber hätten hingegen bis heute nicht bezahlt. Um derartige Mängel zu beseitigen, wurden die ersten Vizepremier von Rußland und Belarus, Oleg Soskovec und Michail Mjasnikovič, damit beauftragt, die ökonomischen Fragen in der Kooperation beider Länder zu regeln.⁶⁴

Gleichzeitig war die vieldeutige Aussage zu hören, beide Seiten hätten sich verpflichtet, sich in den nächsten Monaten, d.h. über den Winter, mit Experten zusammzusetzen, um über die zukünftigen bilateralen Beziehungen "nicht nur im Bereich der Wirtschaft, sondern auch im Bereich der Politik" nachzudenken.⁶⁵ Dies veranlaßte einige Journalisten zu der Annahme, in Soči seien auch die Bedingungen für eine Konföderation von Belarus und Rußland erörtert worden, zumal der belarussische Präsident beim Februar-Besuch El'cins in Minsk erstmals über die Notwendigkeit einer politischen Integration gesprochen hatte.⁶⁶ Die Idee einer Konföderation oder einer anderen zwischenstaatlichen Integrationsform schien somit wie selbstverständlich aus den Problemen der wirtschaftlichen und militärischen Kooperation beider Länder zu entstehen.

3.2 Die ambivalenten Resultate der Integrationspolitik am Beispiel der Zollunion

Die nationaldemokratische Opposition hatte, wie bereits gezeigt, den gesamten belarussisch-rußländischen Integrationsprozeß stets als einen „Verrat“ (*zdrada*) an der belarussischen Souveränität kritisiert. Aus Sicht des nominellen Premierministers im Schattenkabinett der BNF, Vladimir Zablockij, verzichtete Belarus durch das Freihandelsabkommen mit Rußland auf zentrale geopolitische Vorteile, die sich aus seiner günstigen Transit- und Kommunikationslage in der Mitte Europas ergeben. Die mit Rußland abgeschlossenen Wirtschaftsvereinbarungen bedeuteten für Belarus nach BNF-Schätzungen jährliche Verluste in Höhe von 2 Mrd. US-Dollar.⁶⁷ Auch die Vereinigte Demokratische Partei (ODPB) erklärte, daß die unterzeichneten Abkommen die belarussische Souveränität einschränke: „Im Zolldienst und beim Grenzschutz werden jetzt auch Vertreter Rußlands dienen. Die rußländischen Sondereinheiten haben das Recht, operative Aktionen auf unserem Territorium durchzuführen. Die Exekutive hat damit faktisch ihre Unfähigkeit eingestanden, die Bewachung der Grenze selbständig zu organisieren.“⁶⁸

Analysiert man die realen Vor- und Nachteile der Zollunion aus belarussischer Sicht, so ergibt sich folgendes Bild. Dank der Zollunion reduzierte sich das belarussische Handelsdefizit gegenüber Rußland 1996 auf 82,5 Mio. US-Dollar. Durch die Zollfreiheit der nach Rußland gelieferten Waren wurden in diesem Jahr etwa 215 Mio. US-Dollar gespart. Beim Import von rußländischem Erdöl wurden insgesamt 160 Mio. US-Dollar, bei Erdgas etwa 420 Mio. US-Dollar gespart. Der ökonomische Gesamteffekt der Zollfreiheit und der

⁶⁴ V sojuz nerušimyj slavjanskich narodov sgonjaet sosedej Velikaja Rus', in: Belorusskaja delovaja gazeta, 25.9.1995; Integracija - doroga v dvuch napravlenijach, in: Sovetskaja Belorussija, 27.9.1995.

⁶⁵ 23 sentjabrja v Soči Aleksandr Lukašenko vstretilsja s gruppoj belorusskich žurnalistov i otvetil na ich voprosy, Belaruskij manitorynh, 27.9.1995.

⁶⁶ V sojuz nerušimyj slavjanskich narodov sgonjaet sosedej Velikaja Rus', in: Belorusskaja delovaja gazeta, 25.9.1995.

⁶⁷ Soglašenija s Rossiej - ugroza gosudarstvennosti Belarusi, sčitaet oppozicija, in: Belorusskaja delovaja gazeta, 30.1.1995.

⁶⁸ Iсполnitel'naja vlast' raspisalas' v nesposobnosti otstaiivat' interesy Belarusi, in: Stalica, 3.3.1995.

niedrigen Preise für Energieträger wird für 1995 auf 696 Mio. US-Dollar und für 1996 auf 795 Mio. US-Dollar geschätzt.⁶⁹ Aufgrund der Größe des rußländischen Marktes, der sich für Belarus mit der Zollunion öffnete, gewinnt das Land zudem an Attraktivität für potentielle ausländische Investoren. Ein Beispiel hierfür ist die 1996 in Form eines Joint Ventures gegründete Niederlassung der amerikanischen Autofirma Ford bei Minsk, die hauptsächlich für den rußländischen Markt produziert. Die Experten des belarussischen Außenhandelsministeriums versuchten außerdem nachzuweisen, daß die Zollunion auch den Export in die Länder außerhalb der GUS, d.h. in das „ferne Ausland“ begünstige, da dieser sich 1995 um 69,4 Prozent erhöht hatte. Allerdings war hier 1996 nur ein Anstieg um 3,9% zu verzeichnen, während der Import um 53,9% zunahm. Das Handelsdefizit gegenüber den Ländern des „fernen Auslands“ belief sich 1996 auf 552,7 Mio. US-Dollar.⁷⁰

Zu den Nachteilen der Zollunion gehörte, daß, da nun die höheren rußländischen Zölle in beiden Ländern gelten sollten, für belarussische Unternehmen die nicht aus Rußland oder der GUS importierten Waren - und dies sind 34,2% des gesamten Imports - teurer wurden. Damit stiegen auch die Produktionskosten der belarussischen Betriebe, die Rohstoffe und Zulieferteile aus Drittländern bezogen. Infolgedessen sank ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Außen- wie auf dem Binnenmarkt. Hinzu kommt, daß sich die Importe aus Rußland weiter verteuerten und in einigen Fällen sogar über den Weltmarktpreisen lagen. Dies galt beispielsweise für Buntmetalle und Gold, von denen in der belarussischen Geräteherstellung große Mengen verarbeitet werden. Die Übernahme der hohen rußländischen Zölle machte außerdem die Suche nach alternativen Erdöllieferanten, die eine Diversifizierung der Erdölversorgung erlaubt hätten, für Belarus inattraktiv. Darüber hinaus erhält das Land für den Transit von rußländischem Gas und Öl durch Belarus nach Europa kein Geld, was bisher durch die Möglichkeit, rußländische Energieträger zu Vorzugspreisen einzukaufen, kompensiert wurde. Die Verlegung der Gasleitung "Jamal-Europa" über belarussisches Gebiet brachte dem belarussischen Bankensystem bisher zwar Einnahmen in Höhe von 2,5 Mrd. US-Dollar. Nach der Fertigstellung der Gasleitung, durch die sich die über Belarus nach Westen exportierte Gasmenge vervielfachen wird, dürfte sich der Verzicht auf die Transitgelder zugunsten niedriger Gaspreise jedoch nicht mehr rechnen. Der Republik dürften dadurch in Zukunft jährlich etwa 410 Mio. US-Dollar verloren gehen.

Freilich bestand die Attraktivität der Zollunion für die belarussische Führung offensichtlich auch in den Gewinnoptionen, die eine Umgehung der bilateralen Absprachen bot. Im Oktober 1996 veröffentlichte der Journalist Pavel Šeremet einen Artikel, in dem er darstellte, daß unter Mitwirkung des Präsidialamtes etliche Firmen gegründet wurden, die vom Staat Vergünstigungen bei der Zollabfertigung von Waren, die aus Drittländern nach Rußland geliefert wurden, erhielten.⁷¹ Die größte Bekanntheit erhielten die Kulturstiftung von M. Esambaev und die Handelsfirma "Torgekspo". Durch die Geschäfte beider Organisationen wurden jedoch sowohl dem belarussischen als auch dem rußländischen Staatshaushalt erhebliche Verluste zugefügt. So gelang es der Esambaev-Stiftung im Laufe eines halben Jahres bis zum 7. Dezember 1995 Waren im Werte von 52 Mio. US-Dollar über belarussisches Territorium nach Rußland zu importieren. Im Dezember 1995 vollzog

⁶⁹ Da die niedrigen Energiepreise den belarussischen Verzicht auf Transitgebühren zur Voraussetzung hatten, läßt sich hieraus freilich auch eine Verlustrechnung machen. So kalkulierte der Minsker Korrespondent der Komsomol'skaja Pravda, A. Gribov, daß die rußländische Seite dank des Zollabkommens jährlich bis zu 480 Mio. US-Dollar an Transitgebühren sparen würde, da Rußland wesentlich mehr Energieträger über belarussisches Territorium transportieren als nach Belarus liefern würde. Vgl. Delovoj vtornik, in: Komsomol'skaja pravda, 21. 2. 1995.

⁷⁰ Alle in diesem und im folgenden Abschnitt angeführten Angaben beruhen auf den mit den offiziellen statistischen Daten des Außenhandelsministeriums durchgeführten Berechnungen von N. Lobanok. Vgl. Vnešnjaia torgovlja diktuet svoi pravila, in: Belorusskaja gazeta, 4.8.1997.

⁷¹ Kogda tajnoe stanovit'sja javnym, in: Belorusskaja delovaja gazeta, 14.10.1996.

die belarussische Regierung plötzlich eine Kehrtwendung. Premierminister Čigir hob persönlich seine eigene Verfügung vom August 1995 auf, durch welche die Stiftung von Steuern, Zöllen und anderen Abgaben bis Ende 1995 befreit worden war. Die Stiftung weigerte sich allerdings, die erhobenen Steuerforderungen von 638 Mrd. Rubeln zu begleichen und erklärte sich für zahlungsunfähig. Ungeachtet dieser Erfahrung wurden weiterhin solche privilegierten Firmen ins Leben gerufen und unterstützt. Am 28. November 1995 unterschrieb der Präsident einen Erlass, durch den die Firma "Torgekspo" besondere steuerliche Vergünstigungen erhielt.

Dem Artikel von Pavel Šeremet zufolge ging ein Teil der Gewinne aus den Handelsgeschäften der genannten Firmen, die unter Vermittlung des Präsidialamtes zustande kamen, in einen Sonderfonds des Präsidenten. Außerdem soll der belarussische Präsident beispielsweise mit Hilfe der Esambaev-Stiftung den rußländischen Präsidentschaftskandidaten Gennadij Zjuganov unterstützt haben. Der belarussischen Staatsanwaltschaft war es allerdings nicht möglich, die Vorfälle gerichtlich zu verfolgen, da der Vertrag über die Zollunion eine Zollerhebung in dem Land, in das die Ware verkauft wurde, vorsieht. Die Unterlagen wurden daher der rußländischen Staatsanwaltschaft übergeben. Als ein indirektes Eingeständnis derartiger Unregelmäßigkeiten kann folgende Äußerung gelten, die Lukašenko bei seiner Reise durch die belarussischen Regionen im August 1995 in Grodno machte: "Ja, ich mußte mehrmals die Vereinbarungen über die Zollunion verletzen, aber ich habe dies lediglich im Interesse des Volkes getan, und wenn es notwendig sein sollte, dann werde ich auch in Zukunft genauso handeln. Und kein Moskau wird mir etwas diktieren!"⁷²

Besonders bezeichnend war folgender Vorfall: Anfang 1996 wurde auf rußländischem Territorium ein Güterzug aus Belarus mit Spirituosen und Tabakwaren, die „Torgekspo“ gehörten, angehalten. Dabei handelte es sich um importierte Waren, die nicht mit Steuermarken versehen und als "belarussische Produktion" deklariert waren, um die Besteuerung bei der Einfuhr nach Rußland zu umgehen. Auf schriftliche Bitte von Lukašenko hin wurden die beschlagnahmten Waren von den rußländischen Behörden zum Rücktransport nach Belarus freigegeben. Anschließend wurden die Waren über die Handelsgesellschaft "Belbakaleja" erneut nach Rußland gesandt. Der belarussische Präsident stand nach diesem Vorfall unter Rechtfertigungszwang, der sich noch Monate später in seinen öffentlichen Äußerungen widerspiegelte. So schlug er am 29. Dezember 1996 in der Fernsehsendung "Resonans" vor, gemeinsam die Grenzen zum Baltikum und zur Ukraine zu schließen. Gleichzeitig erklärte er, persönlich in Belarus die Ausfuhr von 5 Mio. t rußländischem Erdöl verhindert zu haben, die ohne Bezahlung von Abgaben in den Westen geliefert werden sollten.

Laut inoffiziellen Einschätzungen rußländischer Experten betrug die Verluste, die dem rußländischen Staatshaushalt durch solche banditenhaften Aktivitäten in den ersten zwei Jahren seit Abschluß der Zollunion entstanden sind, 5,5 Billionen Rubel. Die Ursache hierfür liegt darin, daß mit Beginn der Zollunion nicht alle Zölle vereinheitlicht wurden. Wenn aber "in einem Staat die Steuer für eine Ware niedriger ist und diese Ware anschließend ungehindert in einen Staat gebracht werden kann, wo die Steuer höher ist, dann wird ... die gesamte Ware, die für den zweiten Staat bestimmt ist, im ersten Staat entzollt", erläuterte der stellvertretende Leiter des rußländischen Zollkomitees V. Draganov in einem Interview.⁷³ Dieser Zustand wurde von der rußländischen Seite aufgrund ihrer geopolitischen Interessen an Belarus lange Zeit geduldet. Doch nach dem Skandal um "Torgekspo" war von

⁷² Lukašenko metit v prezidenty Rossii, in: Svaboda, 25.10.1996.

⁷³ Belorussija, 24.12.1996.

vielen rußländischen Verantwortungsträgern zu hören, daß die Anzahl der rußländischen Zollposten an der Außengrenze von Belarus erhöht werden solle. Der rußländische Innenminister A. Kulikov sprach sich 1997 sogar öffentlich für bewegliche Posten an der belarussisch-rußländischen Grenze aus.

3.3 Die Annäherung an Rußland als Instrument der persönlichen Machtsicherung Lukašenkos und die Gründung der Gemeinschaft von Belarus und Rußland

Als populistischer Politiker ist Aleksandr Lukašenko in seiner innen- und außenpolitischen Aktivität in besonderem Maße darauf angewiesen, seine Popularität stets auf einem hohen Niveau zu halten. Die vom Präsidenten beauftragten Analytiker beobachten daher aufmerksam jede Veränderung in der Popularitätsrate des Staatsoberhauptes und geben konkrete Empfehlungen, durch welche Aktionen man diese steigern könnte. Dabei werden Maßnahmen, die der überwiegenden Bevölkerung unpopulär erscheinen müssen, von propagandistischen Aktionen in Form von Referenda oder Integrationskampagnen begleitet. Hierfür muß das Massenbewußtsein ständig manipuliert werden, was eine umfassende Kontrolle der Massenmedien voraussetzt. Gleichzeitig wird auf alle Reformen verzichtet, die neue, unabhängige Akteure mit Einfluß und Macht hervorbringen oder die den aktiven Protest der Bevölkerung hervorrufen könnten. Im Zweifelsfalle werden die langfristigen wirtschaftlichen Entwicklungsinteressen der politischen Konjunktur und den Bedürfnissen des Machterhalts geopfert. So machte Lukašenko im Dezember 1994 die Preiserhöhung, die die Regierung während seiner Abwesenheit angeordnet hatte, wieder rückgängig. Während der Präsident in seinem ersten Amtsjahr noch mit Hilfe der reformorientierten Mitglieder seiner Mannschaft versuchte, zumindest einzelne Schritte einzuleiten, um Voraussetzungen für eine marktgerechte Reformierung vor allem im Finanz- und Kreditwesen zu schaffen, und beispielsweise Grigorij Javlinskij als Wirtschaftsberater nach Minsk einlud, so war im nächsten Jahr eine Rückkehr zum reinen Dirigismus zu beobachten, der von einem entsprechenden Personalwechsel im Regierungsapparat begleitet wurde. Die Strategie Lukašenkos richtet sich daher offensichtlich in hohem Maße nach den paternalistischen Erwartungshaltungen seiner Wählerschaft, deren Gefangener er bei allen populistischen Manipulationen zugleich ist.⁷⁴

1994 hatten für den Präsidentschaftskandidaten Aleksandr Lukašenko 81,7 Prozent der Wähler und damit mehr als 50 Prozent der Wahlberechtigten gestimmt. Dem Meinungsforschungszentrum "NOVAK" zufolge sank die Popularitätsrate Lukašenkos in seinem ersten Amtsjahr aber auf 25 Prozent. Die Menschen warteten auf das versprochene Wirtschaftswunder, doch stattdessen verschlechterte sich der Lebensstandard bei gleichzeitig galoppierender Inflation weiter. Angesichts dieses Popularitätsverlustes initiierte der Präsident das erste aus einer Serie von Referenda, das er im Mai 1995 gewann. Von den vier zur Abstimmung gestellten Fragen war die Zustimmung bei zweien besonders hoch: Für die Gleichstellung der russischen mit der belarussischen Sprache als zweite Staatssprache stimmten 83,1 Prozent der Referendumsteilnehmer und 82,4 Prozent unterstützten die vom Präsidenten angestrebte wirtschaftliche Integration mit Rußland. In den Meinungsumfragen stieg die Popularitätsrate des Präsidenten während dieser Zeit auf 50 Prozent.

⁷⁴ Vgl. Manaev, O., Po tonkomu l'du. Sociologičeskij portret elektorata Aleksandra Lukašenko, in: Materialy prezentacii belorusskoj asociacii fabrik mysli, Minsk 1997, S. 44-56.

Anschließend sank die Popularitätsrate der Hauptfigur auf der politischen Bühne von Belarus erneut, bis die Unterzeichnung des Vertrags über die Gründung der Gemeinschaft von Belarus und Rußland durch die Präsidenten beider Länder am 2. April 1996 wieder für einen steilen Popularitätsanstieg Lukašenkos sorgte. Im Sommer 1996 kündigte Lukašenko ein neues Referendum an, durch das er die Verfassung ändern wollte, um die Gewaltenteilung aufzuheben und dem Staatsoberhaupt praktisch unbegrenzte Vollmachten zu geben. Die Zustimmung zur Politik des Präsidenten sank in der Folgezeit auf ein Niveau, das einen Sieg über das sich wider-setzende Parlament unwahrscheinlich erscheinen ließ. In dieser Situation fuhr der belarussische Präsident, wie auch in anderen kritischen Situationen seiner politischen Karriere, zur Staatsduma nach Rußland und erklärte am 13. November 1996 von der parlamentarischen Tribüne des Nachbarlandes, daß die Vereinigung der beiden Staaten unmittelbar bevorstände.⁷⁵ Der Sieg des Präsidenten bei dem zweiten Referendum sowie die anschließende Unterzeichnung neuer Integrationsabkommen im April und Mai 1997 stärkten die Dominanz Lukašenkos in der belarussischen Politik in solchem Maße, daß die unabhängigen Meinungsforschungszentren zögerten, die Umfrageergebnisse zu publizieren, um den demokratisch gesinnten Teil der Öffentlichkeit und die Opposition nicht zu demoralisieren.⁷⁶

Das November-Referendum hatte zur Folge, daß die bereits vorhandenen Ansätze für die Entstehung einer Zivilgesellschaft in Belarus weitgehend vernichtet wurden. Nach der Zwangsauflösung des 13. Obersten Sowjets erhielt die Opposition zum herrschenden Regime einen außerparlamentarischen Charakter und war auf die „Straßendemokratie“ angewiesen, wobei sie bei ihren Aktionen stets mit staatlichen Sanktionen rechnen mußte. Während sie bereits früher kaum Einfluß auf die Gestaltung der belarussisch-rußländischen Beziehungen nehmen konnte, mußte ihre Position jetzt nicht einmal mehr offiziell angehört werden. In den Medien vermochte sie hierfür auch kein ausreichendes Forum zu finden, da die unabhängigen Zeitungen nur eine begrenzte Auflage haben und fast ausschließlich in Minsk und z.T. noch in den Gebietszentren verteilt werden. In der Provinz ist die örtliche Presse hingegen weitgehend von den Anweisungen der Exekutive abhängig. 1997 wurden schließlich auch die Nichtregierungsorganisationen als letzter Hort der entstehenden Zivilgesellschaft extremer staatlicher Kontrolle unterzogen und die bedeutendsten von ihnen mit Strafen von bisher ungekanntem Ausmaß belegt. Diese Entwicklung war möglich, weil die gesellschaftlichen Interessen noch nicht strukturiert sind und sich folglich keine effektiven Netzwerke bilden können. In richtiger Einschätzung der belarussischen Mentalität bevorzugt der Präsident die direkte Kommunikation mit seinem Volk ohne jegliche Vermittler, wobei er sich der staatlichen Massenmedien bedient. Die belarussisch-rußländischen Beziehungen bilden dabei in dieser Kommunikation seit seinem Amtsantritt das dominierende Thema.

Freilich verfolgte nicht nur Lukašenko, sondern auch die rußländische Exekutive mit der propagierten Integration beider Länder Interessen des Machterhalts, da sie hoffte, hierdurch der kommunistischen und nationalpatriotischen Opposition Wählerstimmen entziehen zu können. Dementsprechend war die rußländische Regierung insbesondere in den sechs Monaten vor den Präsidentschaftswahlen in Rußland an Integrationserfolgen interessiert. So unterzeichneten Lukašenko und El'cin im Februar 1996 den Vertrag über die sogenannte Nulllösung, demzufolge Belarus gegenüber Rußland keine Ansprüche auf

⁷⁵ Lukašenko, A., Na predatel'stve brat'ev sčast'ja ne postroiš', in: Sovetskaja Rossija, 14.11.1996. So hatte Lukašenko z.B. auch während des Präsidentschaftswahlkampfes in der Staatsduma über seine Sicht der belarussisch-rußländischen Beziehungen gesprochen. Vgl. O čem govoril A. Lukašenko v rossijskoj Dume, in: Narodnaja gazeta, 20.5.1994.

⁷⁶ Vgl. hierzu Sahm, Astrid: Schleichender Staatsstreich in Belarus. Hintergründe und Konsequenzen des Verfassungsreferendums im November 1996, in: Osteuropa, 47. Jg., 1997, S. 475-487. (Anm.d.Übs.),

Kompensationsleistungen für den Abzug der atomaren Raketensprengköpfe mehr erhob. Als Gegenleistung verzichtete Rußland auf die Begleichung der bisher aufgelaufenen belarussischen Schulden für Energielieferungen in Höhe von über 1 Mrd. US-Dollar. Demnach war, so Präsident El'cin gegenüber dem belarussischen Fernsehen, im bilateralen Verhältnis „niemand mehr irgend jemandem etwas schuldig“.⁷⁷

Angesichts der sich nähernden Präsidentschaftswahlen versuchte die rußländische Staatsduma, dem rußländischen Präsidenten die Integrationsinitiative abzunehmen. Am 15. März 1996 erklärte sie die Verordnung des Obersten Sowjets der RSFSR vom 12. Dezember 1991, in der der Vertrag über die Auflösung der Sowjetunion anerkannt worden war, für ungültig. Präsident El'cin bezeichnete diese Entscheidung als skandalös und erklärte, daß weder die Ukraine noch irgendeine andere frühere Unionsrepublik unter die rote Flagge der Sowjetunion zurückkehren würde. Der einzige Präsident im postsowjetischen Raum, der die Entscheidung der Duma öffentlich begrüßte, war Aleksandr Lukašenko. Am 18. März 1996 berief der belarussische Präsident kurzfristig eine außerordentliche Sitzung ein, an welcher der Parlamentsvorsitzende, der Premierminister, der Chef der Präsidialadministration, der Sekretär des Sicherheitsrates sowie die Präsidiumsmitglieder des Parlaments teilnahmen. Auf dieser Sitzung erklärte Lukašenko, daß der Beschluß der Staatsduma den Vereinigungsprozeß von Belarus und Rußland beschleunigen könne, und rief die Parlamentsvertreter dazu auf, eine analoge Entschließung zu verabschieden. Diese Initiative des Präsidenten wurde allerdings nur von der kommunistischen Fraktion im Obersten Sowjet unterstützt.⁷⁸

Präsident El'cin lud seinerseits seinen belarussischen Amtskollegen dringend nach Moskau ein, wo vom 22. bis 23. März 1996 die letzten Details für ein neues Integrationsabkommen, den Vertrag über die Gemeinschaft von Belarus und Rußland, besprochen wurden. Als wichtigste Besonderheit des neuen Vertrags nannte der belarussische Präsident auf der Pressekonferenz in Moskau die Bildung von supranationalen Organen. Dabei handele es sich zum einen um den Obersten Rat als höchsten Organ der Gemeinschaft, dem die Präsidenten, die Premierminister und die Leiter der Legislative angehören würden, und zum anderen um das Exekutivkomitee, das die Entscheidungen des Obersten Rats umsetzen würde. Außerdem solle eine Parlamentarische Versammlung gebildet werden, in dem beide Länder mit derselben Abgeordnetenzahl vertreten wären. Die Entscheidungen der obersten Organe würden, so Lukašenko, ähnlich wie in der Europäischen Union verbindlich sein. Für die gemeinsame Tätigkeit solle es zudem auch einen gemeinsamen Haushalt geben.⁷⁹ Während Aleksandr Lukašenko den geplanten Vertrag damit öffentlich als die Gründung eines belarussisch-rußländischen Staates interpretierte, betonte Boris El'cin, daß der Vertrag lediglich eine Vertiefung der Integration zwischen den beiden slawischen Staaten darstelle, ohne deren Souveränität aufzuheben: „Hier hat jemand einfach etwas durcheinander gebracht“, lautete der deutliche Kommentar des rußländischen Präsidenten am 25. März 1996 vor seiner Abfahrt nach Norwegen.⁸⁰

In der Endfassung des Vertrags über die Gründung der Gemeinschaft von Belarus und Rußland, der am 2. April 1996 in Moskau unterzeichnet wurde, war entsprechend der El'cinschen Äußerungen betont, daß beide Staaten ihre Souveränität uneingeschränkt beibehalten und unabhängige Subjekte des Völkerrechts sind. Es wurde eine Übergangszeit

⁷⁷ Pervyj oficial'nyj vizit Prezidenta Belarusi Aleksandra Lukašenko v RF stal važnejšim političeskim sobytjem našej respubliki, tak i dlja Rossii. Belaruski manitorynh, 4.3.1996.

⁷⁸ Lukašenko prizyvaet podderžat' rešenje Dumy, in: Belorusskaja gazeta, 21.3.1996.

⁷⁹ Prezident Aleksandr Lukašenko na press-konferencii v Moskve izložil osnovnye pozicii proekta novogo dogovora meždu Belarus'ju i Rossiej. Belaruski manitorynh, 25.3.1996.

⁸⁰ Svaboda, 26.3.1996.

von anderthalb bis zwei Jahren verabredet, in der die Einführung einer gemeinsamen Währung vorbereitet werden sollte. Die Leitung des Obersten Rats wurde für die ersten zwei Jahre auf den belarussischen Präsidenten übertragen, die des Exekutivkomitees auf den rußländischen Premierminister. Um die Tätigkeit der neuen Organe zu gewährleisten sollte eine gemeinsamer Haushalt der Gemeinschaft gebildet werden. Allerdings erhielten die Gemeinschaftsorgane entgegen den Vorstellungen des belarussischen Präsidenten lediglich konsultativen Charakter, d.h. sie konnten keine Entscheidung gegen den Willen der Exekutive eines der Mitgliedsländer fällen. Der Vertrag sah außerdem die Möglichkeit vor, in beiden Ländern Referenda über eine mögliche Vereinigung durchzuführen, und war prinzipiell für andere Teilnehmerstaaten offen, zu der sich jedoch vorerst kein weiterer GUS-Staat entschließen wollte.⁸¹

Diese neue Integrationsinitiative löste die größte Welle von Protestkundgebungen der Opposition seit Bestehen der Republik Belarus aus. Am 24. März 1996 nahmen 20.000 bis 30.000 Menschen an einer Demonstration teil, auf der für die Oppositionsführer Sendezeit im Fernsehen verlangt wurde. Die Demonstration wurde schließlich von Sicherheitskräften mit Tränengas und Wasserwerfern aufgelöst. Am 2. April 1996, dem Tag der Vertragsunterzeichnung, folgte eine weitere Großdemonstration, die von den Behörden freilich nicht genehmigt worden war. Höhepunkt der Protestaktion der Opposition war schließlich der Tschernobyl-Marsch am 26. April 1996, bei dem es auch zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizei kam. Um einer Verhaftung zu entgehen, verließ der BNF-Vorsitzende Zenon Poznjak Ende April das Land. Damit bestand für die nationaldemokratische Opposition die Gefahr, noch weiter marginalisiert zu werden.⁸²

Das Parlament trug den neuen Vertrag mit, obwohl es, wie schon im Fall der Zollunion, an seinem Ausarbeitungsprozeß nicht beteiligt worden war. Präsident Lukašenko hatte den Abgeordneten den Inhalt des Vertrags erst kurz vor der Unterzeichnung im Obersten Sowjet in knapper Form vorgestellt. Dabei ging er nicht auf die Frage ein, welchen Charakter der abzuschließende Vertrag habe: ob es sich um eine Konföderation, eine Föderation oder irgendeine andere Form von zwischenstaatlichem oder staatlichem Gebilde handele. Außer den Mitgliedern des Präsidiums des Obersten Sowjets hatte kein Abgeordneter Einblick in den Projektentwurf. Der Vertragstext wurde den Fraktionsvorsitzenden erst vor der Ratifizierung zugestellt, was Zweifel an seiner Echtheit aufkommen ließ. Gleichwohl ratifizierte der Oberste Sowjet bereits am 5. April 1996 den Vertrag über die Gemeinschaft von Belarus und Rußland.

Die Vorgehensweise bei der Ausarbeitung und Unterzeichnung des Vertrags über die Gemeinschaft beider Staaten demonstrierte deutlich einen Grundzug der Machtausübung Lukašenkos. Von Anfang an versuchte er, das Parlament von der Bestimmung des außenpolitischen Kurses fernzuhalten und ihm keine Möglichkeit zur Kontrolle der Politik im Bereich des Außenhandels und der Außenpolitik zu geben. Dabei waren in der 1994 verabschiedeten Verfassung bestimmte außenpolitische Vollmachten des Parlamentes festgeschrieben (Art. 83, Absatz 9). Außerdem war der Präsident beispielsweise verpflichtet, das Parlament über die Umsetzung der Außenpolitik, d.h. über die Realisierung der vom Parlament ausgearbeiteten konzeptionellen Zugänge zu informieren (Art. 100, Absatz 6). Stattdessen stellte die Exekutive in Lukašenkos erstem Amtsjahr sogar die bis dahin gängige Praxis ein, daß der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des 12. Obersten Sowjets

⁸¹ Der Vertrag über die Bildung der „Gemeinschaft“ findet sich in: *Diplomatičeskij vestnik*, 1996, Nr. 5, S. 39-42, deutsch in: *Internationale Politik*, 1997, Nr. 1, S. 80-84 (Anm.d.Übs.).

⁸² Poznjak erhielt bereits im August 1996 in den USA politisches Asyl. Vgl. Dubavec, S. (Hg.), *Menskaja vjasna* 1996, Minsk 1996.

zu den Kollegiumssitzungen ins Außenministerium eingeladen wurde. Nach der Wahl des 13. Obersten Sowjets wurde der neue Ausschußvorsitzende, der ehemalige Außenminister Petr Kravčenko, unter Gewaltanwendung an der Teilnahme an einer erweiterten Kollegiumssitzung, auf der die strategischen Herangehensweisen an die Außenpolitik des Landes erörtert wurden, gehindert. Hingegen legte der Präsident auf dieser Kollegiumssitzung seine Ansichten zur Außenpolitik dar.

Nachdem Lukašenko die Beziehungen mit Rußland durch den Vertrag über die Gemeinschaft gestärkt hatte, begann er die Umverteilung der Machtbefugnisse in Belarus vorzubereiten. Bereits im Juli 1996 sickerten aus inoffiziellen Quellen Informationen in die belarussische Presse, daß von seiten des Präsidenten ein weiteres Referendum vorbereitet würde, um eine neue Verfassung zu verabschieden. Obwohl er früher mehrmals von den „zarischen Vollmachten“ gesprochen hatte, die die 1994 verabschiedete Verfassung ihm als Präsidenten zuweise, waren diese Vollmachten nun offensichtlich nicht mehr ausreichend. Der neue Verfassungsentwurf sah faktisch die Einführung eines direkten Präsidentialregimes vor, mit der der Präsident bereits mehrmals in der Phase vor den Parlamentswahlen im Jahre 1995 gedroht hatte. Die Legislative und die Judikative wurden dabei zu rechtlosen Marionetten, die dem Präsidenten zugeordnet waren. Insbesondere wollte sich die Exekutive das Recht der Gesetzesinitiative aneignen.

Diesen Anspruch begründete der Präsident mit der unzureichenden Kompetenz und Kooperationsbereitschaft des Obersten Sowjets. Damit forcierte Lukašenko künstlich einen Gewaltenkonflikt zwischen Exekutive und Legislative wurde, obwohl er bis dahin vom Parlament stets die Zustimmung zu allen von ihm gewünschten Entscheidungen erhalten hatte. Ein zentraler Grund für dieses massive Vorgehen gegen das Parlament dürfte in der Furcht Lukašenkos liegen, daß die rechtlichen Rahmenbedingungen für die belarussische und rußländische Wirtschaft in Kürze tatsächlich einander angeglichen und dadurch rußländisches Kapital legal nach Belarus gelangen würde, so daß es hier, wie in Rußland, zu einer Umverteilung des Eigentums innerhalb der Eliten käme. Der Präsident würde in diesem Falle die Kontrolle über die Wirtschaft und später auch über die Politik verlieren. Als Indizien für eine solche Entwicklung konnten Lukašenko die 26 Gesetzesentwürfe dienen, mit dem der parlamentarische Ausschuß für Wirtschaftsreformen im 13. Obersten Sowjet die belarussische Wirtschaft in ihren Grundlagen reformieren wollte. Als Argument für die Annahme dieser Gesetze diente den Abgeordneten u.a. die Verpflichtung, die Gesetzgebung von Belarus und Rußland in den Jahren 1996-1997 zu vereinheitlichen. Obwohl die Fraktion der Kommunisten sich widersetzte, gelang es dem Parlament während seiner knapp einjährigen Tätigkeit immerhin, drei Reformgesetze, nämlich „Über die Sanierung von Unternehmen“, „Über den Konkurs“ und „Über die Durchführung von Konkursen“, zu verabschieden. Außerdem wurde aktiv an dem Entwurf eines neuen Zivilkodexes gearbeitet, der zu 90 Prozent mit dem rußländischen übereinstimmte.⁸³

Die rußländische Opposition nahm in dem sich zuspitzenden Konflikt zwischen Exekutive und Legislative von Anfang an die Seite von Aleksandr Lukašenko ein. Um den altkommunistischen Teil der Wählerschaft zugunsten des Präsidenten zu mobilisieren, erklärte beispielsweise der Vorsitzende des Duma-Ausschusses für Sicherheitsfragen, Viktor Iljuchin, öffentlich, daß es einen CIA-Plan gäbe, Lukašenko zu stürzen. Die

⁸³ Für diese Annahme spricht auch, daß Lukašenko sein Veto einlegte, als die beiden Kammern der nach dem Verfassungsreferendum neu gebildeten Nationalversammlung diesen Zivilkodex im Sommer 1997 verabschiedeten. Zur Begründung schrieb der Präsident im Juli 1997, daß in der neuen Version des Zivilkodexes Ausführungen enthalten seien, die nicht der Stellung des Präsidenten in Fragen der zivilrechtlichen Regulierung entsprächen, wie sie in der Verfassung vom November 1996 festgelegt sei. Vgl. Graždanskij kodeks - žertva politiki? In: Belorusskij rynok, 4.8.1997.

Liberaldemokratische Partei Žirinovskijs verbreitete beleidigende Verleumdungen über den belarussischen Parlamentsvorsitzenden Semen Šareckij. Der Auftritt Lukašenkos in der Duma am 13. November 1996 wurde von allen Fraktionen mit Ausnahme der liberaldemokratischen Jabloko-Fraktion um Grigorij Javlinskij befürwortet. Die Vertreter von Jabloko und einige andere demokratisch orientierte Abgeordnete, die eine Verlegung der Rede auf die Zeit nach dem Referendum verlangt hatten, verließen während des Auftritts daher demonstrativ den Saal, um gegen die Einmischung des rußländischen Parlaments in den innenpolitischen belarussischen Konflikt zu protestieren.⁸⁴ In seiner Rede, die in allen elektronischen Medien in Belarus übertragen wurde, bezichtigte Lukašenko mehrmals die rußländischen Massenmedien der Lüge, da sie falsche Informationen über die belarussische Führung verbreiten und die antipräsidentiale Opposition unterstützen würden. Gleichzeitig brachte der Präsident zum wiederholten Male seine Anschuldigungen gegen die Opposition vor, die für den Gewaltenkonflikt verantwortlich sei. Neu darin war die unzutreffende Behauptung, der Präsident habe dem Parlament die Vorschläge zur Verfassungsänderung, einige Monate bevor er das Referendum initiiert habe, vorgelegt. Die Abgeordneten hätten die Vorschläge des Präsidenten jedoch nicht einmal in die Tagesordnung aufgenommen. Dadurch sei er praktisch dazu gezwungen gewesen, sich an das Volk zu wenden.⁸⁵ Am Ende seiner Rede wandte sich Lukašenko an die Duma-Abgeordneten mit dem Vorschlag, Anfang 1997 eine gemeinsame Sitzung der Parlamente beider Länder durchzuführen. Anschließend sollten die interparlamentarische Versammlung, die Präsidenten und die Regierungen beider Länder über den weiteren Verlauf der Integration und, falls notwendig, die Vereinigung der beiden Völker entscheiden.⁸⁶

Die rußländische Exekutive beschränkte sich in Erinnerung an die blutigen Moskauer Ereignisse vom Herbst 1993 zunächst darauf, ihren belarussischen Partner vor der Anwendung gewaltsamer Mittel zu warnen. Als die Ereignisse in Minsk kurz vor dem Referendum zu eskalieren drohten, entschied sich die rußländische Führung schließlich dazu, sich als Vermittler in dem Minsker Konflikt zu engagieren. Am 21. November 1996 kamen Premierminister Viktor Černomyrdin sowie die Vorsitzenden der Duma und des Föderationsrats, Gennadij Seleznev und Egor' Stroev, nach Minsk. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich bereits mehr als 70 Abgeordnete des Obersten Sowjets schriftlich dafür ausgesprochen, ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten einzuleiten. Formal trugen die von rußländischer Seite geführten Vermittlungsgespräche den Status einer Sitzung des Obersten Rats der Gemeinschaft beider Länder, der allerdings in einer erweiterten Runde tagte. Die Abgeordneten des Obersten Sowjets, die Initiatoren des Amtsenthebungsverfahrens waren, hatten ihren Vertretern bei den Verhandlungen strikte Anweisungen gegeben, sich auf eine Einstellung dieses Verfahrens nur dann einzulassen, wenn die Aufhebung aller verfassungswidrigen Präsidialerlasse und die Wiederherstellung von Rechtsstaatlichkeit gewährleistet sei. Gleichwohl sagten der Parlamentsvorsitzende Semen Šareckij und der kommunistische Fraktionsführer Sergej Kaljakin im Namen des Obersten Sowjets ebenso wie der Vorsitzende des Verfassungsgerichts Valerij Tichinja zu, das

⁸⁴ Lukašenko hatte die Einladung zu einer Rede vor der Duma bereits im April 1996 erhalten, als sich der politische Konflikt in Belarus noch nicht abgezeichnet hatte. Den Zeitpunkt wählte der belarussische Präsident dann ausschließlich im Hinblick auf den innenpolitischen Machtkampf.

⁸⁵ Diese Version vertrat Lukašenko in der Folgezeit auch mehrmals gegenüber Repräsentanten der westlichen Botschaften, des Europäischen Parlaments und des Europarats. Tatsächlich verhielt es sich so, daß der Präsident zwar am 8. August 1996 den Entwurf zur Verfassungsänderung im Parlament eingebracht hatte, doch seine Vorschläge beinhalteten eine grundsätzliche Änderung der Regeln, nach denen das Verfassungsgericht zusammengesetzt wurde. Da der Tagesordnung zufolge bereits zwei Richter des Verfassungsgerichts nachgewählt werden sollten, beschloß das Parlament, die Verfassungsinitiative des Präsidenten erst während der zweiten parlamentarischen Sitzungsperiode im Herbst zu behandeln.

⁸⁶ Lukašenko, A., Na predatel'stve brat'ev sčast'ja ne postroiš', in: Sovetskaja Rossija, 14.11.1996.

Amtsenthobungsverfahren unter der Bedingung einzustellen, daß die Referendumsergebnisse keinen bindenden, sondern nur beratenden Charakter hätten. Gleichzeitig stimmten sie dem Vorschlag zu, innerhalb von drei Monaten eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen, in der entsprechend der unterzeichneten Vereinbarung der Präsident a priori über eine Mehrheit verfügt hätte. Die Vereinbarung hätte somit lediglich die verzögerte Realisierung der Verfassungspläne von Lukašenko bedeutet.

Bei der notwendigen Bestätigung des in der Nacht vom 21. auf den 22. November 1996 ausgehandelten Abkommens durch den Obersten Sowjet war es jedoch die präsidentennahe Fraktion „Soglasie“ (Eintracht), die durch ihre Stimmenthaltung die Annahme verhinderte. Nichtsdestotrotz beschuldigte Viktor Černomyrdin umgehend in der Öffentlichkeit den gesamten Obersten Sowjet und vor allem die oppositionellen Abgeordneten, die gefundene Übereinkunft gesprengt zu haben. Dank der Verhandlungen hatte Lukašenko somit Zeit gewinnen und sich dabei noch den Bürgern gegenüber als kompromißbereit demonstrieren können. Gleichwohl wurde der Erfolg des präsidentialen Verfassungsentwurfs beim Referendum am 24. November 1996 zusätzlich durch zahlreiche Gesetzesverstöße und direkte Fälschungen gesichert. Zwei Tage später wurde der Oberste Sowjet aufgelöst, wobei ebenfalls die formalen Regeln nicht eingehalten wurden: Für die Auflösung des Parlaments stimmten lediglich 103 Abgeordnete, während laut Verfassung die Zustimmung von zwei Dritteln der gewählten Abgeordneten, d.h. 133, notwendig gewesen wäre. Die präsidententreuen Abgeordneten wurden in die neue Repräsentantenkammer aufgenommen, zu denen folglich keine direkten Wahlen stattfanden.

Rußland war das einzige Land, das die Ergebnisse des Referendums und die Legitimität der neuen Institutionen umgehend anerkannte, während die übrigen Mitgliedsstaaten der OSZE sowie der Europarat und die EU weiterhin die 1994er Verfassung und den 13. Obersten Sowjet als Legislative anerkannten. Infolge dieser zunehmenden internationalen Isolierung verstärkte sich der politische Einfluß Rußlands auf Belarus. Der endgültige Abzug der 18 noch verbliebenen Raketensprengköpfe, der im Sommer 1995 gestoppt worden war, sah daher wie eine Gegenleistung für die Unterstützung aus, die die rußländische Führung Lukašenko im innerbelarussischen Konflikt hatte zukommen lassen.

3.4 Die Unterzeichnung des Unionsvertrags und die Zunahme der Konflikte zwischen den Führungen beider Länder

Auch die rußländische Exekutive startete Anfang 1997 eine neue Integrationsinitiative. Am 13. Januar 1997 sandte Präsident El'cin seinem belarussischen Amtskollegen einen Brief, in dem er eine komplexe Vorgehensweise in den Fragen der Wirtschaftsintegration vorschlug. Dabei ging es zum wiederholten Male darum, eine einheitliche normative Rechtsbasis in beiden Ländern zu schaffen. Im Vordergrund stand diesmal vor allem die Vereinheitlichung der Zivilgesetzgebung und die Einführung einer einheitlichen Steuergesetzgebung. Konkret wurde Lukašenko vorgeschlagen, die Industrieinteressen von Belarus und Rußland abzustimmen, wozu auch die Ausarbeitung einheitlicher Bilanzen im Energie- und Brennstoffbereich gehören sollte. Im Produktionsbereich wurde die Gründung transnationaler Korporationen sowie die Entwicklung gemeinsamer Programme zur Förderung von Joint ventures in der Gemeinschaft bis zum Jahre 2005 angeregt. Gleichzeitig wurde direkt ausgesprochen, daß die gegenwärtig existierende Zollunion mit Belarus für Rußland verlustreich sei. Der Verfasser des Briefes erinnerte daran, daß die

Vereinheitlichung der Zollgesetzgebung beider Länder bereits Mitte 1995 hätte abgeschlossen sein sollen. Deshalb schlug El'cin die Einführung eines einheitlichen Haushaltssystems vor, um die Strukturpolitik abzustimmen. Dadurch sollte später die Vereinheitlichung des Finanz- und Kreditsystems sowie die Einführung einer gemeinsamen Währung innerhalb der Gemeinschaft möglich werden. Diesbezüglich rief Boris El'cin dazu auf, in nächster Zeit eine Sitzung des Obersten Rats der Gemeinschaft abzuhalten, um das von Experten ausgearbeitete Programm zur Synchronisierung der Wirtschaftsreformen in Rußland und Belarus zu erörtern.

In dem Schreiben wurde schließlich auch vorgeschlagen, supranationale Gemeinschaftsorgane zu gründen. Das Exekutivkomitee solle ein System der Verwaltungsorgane ausarbeiten, um rasch eine Regierung der Gemeinschaft zu bilden, falls die Vereinigung der beiden Staaten bei einem für Ende 1997 anzusetzenden Referendum befürwortet werden sollte.⁸⁷ Das Schreiben El'cins brachte Lukašenko in eine schwierige Lage, da es den Einstieg in die reale Vereinigung der beiden Länder in einen Staat verlangte und hinreichend strenge Rahmenbedingungen für die weitere Annäherung formulierte. Der belarussische Staatschef war offensichtlich nicht bereit, sich auf eine so klare Zielvorgabe einzulassen, und mußte erstmals öffentlich erklären, daß der Erhalt der Souveränität und der Staatlichkeit von Belarus sowie die gleichberechtigten Beziehungen beider Länder Integrationsbedingungen seien. Ebenso unterstrich er, daß eine Inkorporation von Belarus durch Rußland vollkommen inakzeptabel sei.⁸⁸

Um den rußländischen Druck auszugleichen, traf sich Lukašenko am 17. Januar 1997 in Gomel mit dem ukrainischen Präsidenten Kučma. Die in Gomel unterzeichneten Abkommen verletzen in vielerlei Hinsicht die Bedingungen der Zollunion zwischen Belarus und Rußland. Wenig später verkündete der belarussische Präsident eine neue Initiative, indem er der NATO im Zusammenhang mit der Osterweiterung den Abschluß eines Sonderabkommens mit seinem Land vorschlug.⁸⁹ Diese Handlungen waren nicht mit Moskau abgestimmt und lösten daher Mißfallensäußerungen bei der rußländischen Führung aus. Nichtsdestotrotz nannte Boris El'cin bei seiner Jahresansprache vor der Föderalen Versammlung am 6. März 1997 im Kreml die wirtschaftliche und politische Annäherung an Rußland als die Hauptaufgabe der rußländischen Außenpolitik. Das laufende Jahr, so die Prognose des rußländischen Präsidenten, werde ein Jahr der großen Entscheidungen für

⁸⁷ Boris El'cin predložil Aleksandru Lukašenko faktičeskoe ob'edinenie Rossii i Belarusi, in: Nezavisimaja gazeta, 14.1.1997.

⁸⁸ In diesem Zusammenhang müssen auch die Veränderungen in der öffentlichen Meinung - freilich nicht in den tiefer sitzenden Werthaltungen und Grundorientierungen - berücksichtigt werden, die auftraten, als Lukašenko und seine engste Umgebung in dieser Phase in den Massenmedien vom Wert der Souveränität sprachen und ihr Ansinnen betonten, die Beziehungen zu Rußland nach den Prinzipien der EU zu gestalten. Bei einer Meinungsumfrage, bei der das NISEPI im Sommer 1997 1433 repräsentativ ausgewählte belarussische Bürger befragte, sprachen sich 85 Prozent für die Unabhängigkeit und Souveränität des belarussischen Staates aus und nur 13 Prozent dagegen. Für eine „gute Nachbarschaft“ von Belarus und Rußland waren 41 Prozent der Respondenten, 25 Prozent unterstützten die Idee einer „Union der zwei Staaten“ und 16 Prozent wollten die Vereinigung von Belarus und Rußland in einen Staat. 54 Prozent der Befragten glaubten, daß sich durch eine Integration mit Rußland die wirtschaftliche Situation von Belarus verbessere, 12 Prozent erwarteten das Gegenteil und 34 wußten keine eindeutige Antwort auf diese Frage. Diese Ergebnisse sind nur auf den ersten Blick erstaunlich. Im ambivalenten Bewußtsein, das für die Mehrheit der Bevölkerung typisch ist, können die Werte Souveränität und Integration leicht miteinander koexistieren. Zentrale Bezugsfigur bleibt dabei stets Aleksandr Lukašenko mit seinen häufig wechselnden Ansichten und Werten. Zum Zeitpunkt der Meinungsumfrage lag seine Popularitätsrate bei 45,4 Prozent. Vgl. Ignat'ev, L., U Aleksandra Lukašenko - po-prežnemu samyj vysokij rejting, in: Zvjazda, 7.8.1997.

⁸⁹ Integracija: južnoe napravlenie, in: Belorusskaja delovaja gazeta, 20.1.1997; Nakanune vstreči 7 marta dvuch rukovoditelej Belorussii i Rossijskoj Federacii, in: Nezavisimaja gazeta, 7.3.1997.

Moskau und Minsk.⁹⁰ Einen Tag später, am 7. März 1997 trafen sich Aleksandr Lukašenko und Boris El'cin in Moskau. Anfänglich war geplant, daß die beiden Präsidenten bereits bei dieser Begegnung einen Vertrag über die Gründung einer Konföderation der zwei ostslawischen Staaten unterzeichnen. Dabei sollte es eine gemeinsame Staatsbürgerschaft und ein gemeinsames Parlament geben, ein gemeinsamer militärisch-strategischer Raum eingerichtet und die Volkswirtschaften verbindlich vereinheitlicht werden. Aufgrund der Meinungsverschiedenheiten, die insbesondere innerhalb der rußländischen Führung darüber herrschten, welche Variante der belarussisch-rußländischen Integration zu bevorzugen sei, wurde die Vertragsunterzeichnung jedoch auf einen späteren Termin verschoben.

Zur selben Zeit verstärkten auch die linken und linkszentristischen Kräfte in Rußland ihre Integrationsrhetorik. Mitte März 1997 trug Oleg Rumjancev auf der Sitzung des Moskauer politologischen „Klub-93“ eine Analyse der drei möglichen Integrationsszenarien vor. Bei dem ersten handelte es sich um den „vorsichtigen Weg,“ der lediglich die sogenannte „rechtliche Gestaltung der Gemeinschaft“ abzuschließen wünschte. Diese Variante hatte nach Einschätzung Rumjancevs zur Folge, daß die beiden Länder sich zu langsam aus den vollkommen amorphen Strukturen der GUS befreien würde. Auch der Charakter der zukünftigen Union - ob Konföderation oder internationale Organisation - sei in diesem Fall nicht klar. Die zweite Variante sei die „vereinigende“. Sie sehe entweder die Vereinigung von Belarus und Rußland in einen Staat oder den freiwilligen Beitritt von Belarus zu Rußland vor. Eine solche Variante sei zwar attraktiv, aber nicht realistisch, weil dafür die rußländische Verfassung von 1993 geändert werden müßte. Hierzu seien die rußländische Führung und die Bürokratie jedoch nicht bereit. Als drittes Szenario nannte Rumjancev schließlich das „provisorische“. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sei es sinnvoll, die Gemeinschaft in eine Union, d.h. Konföderation, umzuwandeln. Dadurch würde eine zwischenstaatliche Integrationsform zweier souveräner Staaten entstehen, die über ausreichende Vollmachten und Institutionen verfügt.⁹¹

In seiner Rede vor der Parlamentarischen Versammlung der Gemeinschaft von Belarus und Rußland, die ebenfalls im März 1997 in Minsk stattfand, präsentierte Lukašenko eine neue Idee. Er schlug vor, eine geopolitische Achse „Minsk-Moskau-Peking“ zu bilden, die als Gegengewicht zur NATO agieren sollte.⁹² Außerdem sprach sich der Präsident dafür aus, im Statut der zukünftigen Union ihren Status als Völkerrechtssubjekt festzuschreiben. Das Oberhaupt der Union solle das Recht erhalten, internationale Verhandlungen zu führen und internationale Verträge abzuschließen. Gleichzeitig erteilte Lukašenko Moskau zum wiederholten Male den Rat, die „konservative belarussische Erfahrung“ zu nutzen und das Tempo der Privatisierung in Rußland an das in Belarus anzugleichen.⁹³ Des weiteren beschuldigte er den rußländischen Premierminister Viktor Černomyrdin, das Märchen von den Milliardenverlusten, die Rußland durch die Zollunion entstünden, in Umlauf gebracht zu

⁹⁰ Prezidentskoe poslanie na samom dele okazalos' novatorskim, in: Nezavisimaja gazeta, 7.3.1997.

⁹¹ Integracija Rossii i Belorussii: neobchodimost' i vosmožnosti. Iz nekotorych scenarijev sblizenija dvuch stran predstoit vybrat' optimal'nyj, in: Nezavisimaja gazeta, 20.3.1997.

⁹² Dieselbe Absicht, das Ausbleiben von Integrationsvertiefung durch Erweiterung des Integrationsraumes in der Rhetorik zu kompensieren, läßt sich auch den Bemühungen der belarussischen Führung des Jahres 1998 zuschreiben, Jugoslawien zur Teilnahme an der belarussisch-rußländischen Integration zu gewinnen. (Anm.d.Übs.)

⁹³ In einem aufsehenerregenden Interview mit Journalisten des Krasnojarsker Fernsehen am 30. August 1995 hatte der Präsident beispielsweise erklärt, daß die in Rußland begonnenen Reformen vom Westen initiiert worden seien, um sich die dortigen Rohstoffe anzueignen, die gesamte Wirtschaft zu zerstören und einen Konkurrenten auszuschalten. Die Privatisierung habe in Rußland lediglich zu einer Verschleuderung von Staatseigentum geführt. Abschließend sagte Lukašenko Rußland eine Deprivatisierung voraus, um eine stabile Macht in Rußland zu erhalten. Vgl. Interv'ju prezidenta Belarusi Aleksandra Lukašenko s žurnalistami Krasnojarskogo televidenija. Belaruskij manitorynh, 31.8.1995.

haben, und schlug vor, ihn durch eine Person zu ersetzen, die der Idee der Integration in größerem Maße verbunden sei. Hinsichtlich der gemeinsamen Staatsbürgerschaft sprach sich Lukašenko dafür aus, nichts zu überstürzen und zunächst einmal eine Staatsbürgerschaft der Gemeinschaft, die parallel zur belarussischen und rußländischen Staatsbürgerschaft existiere, zu etablieren. Dieser Vorschlag war nicht weiter verwunderlich, da die Einführung einer gemeinsamen Staatsbürgerschaft dem rußländischen Kapital automatisch den Zugang zum belarussischen Eigentum eröffnet hätte.⁹⁴

Ende März 1997 waren schließlich die Entwürfe der neuen Integrationsabkommen ausgearbeitet, deren Ziel die Bildung einer Union beider Staaten sein sollte. Für die Ausarbeitung des Entwurfs des Statuts der Union, das vorübergehend als Vertrag bezeichnet wurde, waren von rußländischer Seite der Vizepremier Valerij Serov, der Minister für GUS-Angelegenheiten Aman Tuleev und der stellvertretende Außenminister Boris Pastuchov verantwortlich. Die Endvariante des Textes war vom Vertreter des Präsidenten im Verfassungsgericht, Sergej Šachraj, ausgearbeitet worden. Gemeinsam mit dem Entwurf des Vertrags über die Union von Belarus und Rußland erhielt Präsident El'cin eine erläuternde Notiz. In ihr hieß es, der Westen habe bis zum Juli 1999, d.h. bis zur Aufnahme neuer Mitglieder in die NATO, keine wirtschaftlichen und politischen Möglichkeiten, um die Entwicklung der belarussisch-rußländischen Integration zu behindern. Die Union beider Staaten habe erhebliche militärstrategische Vorteile, insbesondere könne dadurch eine zuverlässige Luftabwehr gewährleistet, der rußländische Einfluß in der baltischen Region erhalten und der Osterweiterung der NATO etwas entgegengesetzt werden. Gleichzeitig würde der Vereinigungsprozeß die Menschen im Lande von den schwierigen Lebensbedingungen, der fehlenden Planungssicherheit im Alltag, den Folgen des Zerfalls der UdSSR sowie dem Tschetschenienkrieg ablenken. Der Patriotismus und das Vertrauen in den Präsidenten würden zunehmen. Die Opposition würde hingegen durch diesen Integrationsakt ihren wichtigsten Trumpf verlieren, während der Präsident das Thema Integration bis zur Jahrtausendwende besetzen würde. Insgesamt würde somit das Ansehen Rußlands in der GUS und in der ganzen Welt steigen. Beinahe nebenbei stellten die Autoren der Erläuterung fest, die Union von Rußland und Belarus sei zwar eine Union, verkörpere aber zwei Staaten und zwei Systeme. Rußland und Belarus würden jeweils ihre staatliche Souveränität behalten. Die Union somit den Normen der Europäischen Union.⁹⁵

Trotz dieser Erläuterung konnte sich der Entwurf Šachrajs nicht durchsetzen. Antolij Čubajs vermochte in seiner Eigenschaft als erster stellvertretender Premierminister Boris El'cin davon zu überzeugen, daß der Vertragsentwurf die persönliche Macht des rußländischen Präsidenten bedrohe. In der Šachraj-Variante war nämlich vorgesehen, daß die Entscheidungen mit Stimmenmehrheit getroffen werden, so daß die Möglichkeit bestand, daß die Position des rußländischen Präsidenten in für die Union und Rußland lebenswichtigen Fragen nicht berücksichtigt werden würde und der belarussische Präsident als Vorsitzender des Obersten Rats ohne jegliche Wahlen somit zum faktischen Staatsherrn Rußlands geworden wäre. El'cin sandte daraufhin ein persönliches Schreiben an den belarussischen Präsidenten, das Lukašenko gemeinsam mit einem neuen Entwurf am 1. April 1997 vom Sekretär des rußländischen Sicherheitsrats Ivan Rybkin in Minsk überreicht wurde. Der bisherige Vertrag wurde wieder als Statut verfaßt und lediglich zur Paraphierung vorgeschlagen. Als Trostpflaster für den belarussischen Präsidenten war außerdem ein Memorandum beigelegt, in dem eine volksweite Erörterung des Statuts und seine anschließende Annahme Ende Mai 1997 für sinnvoll erklärt wurde. Nach der Abreise Rybkins flog Aleksandr Lukašenko umgehend nach Moskau und versuchte vergeblich, sich

⁹⁴ Integracija, in: Nezavisimaja gazeta, 13.3.1997.

⁹⁵ Važnejšij proekt utočnaetsja na chodu, in: Nezavisimaja gazeta, 1.4.1997.

noch am Abend des 1. April mit Boris El'cin zu treffen. Im Ergebnis wurde am 2. April 1997 lediglich ein allgemeines Abkommen über die Gründung der Union unterzeichnet und der ausgehöhlt Entwurf des Statuts paraphiert.⁹⁶

Die volksweite Erörterung des Statutsentwurfs wurde wenige Tage später, am 7. April 1997 eröffnet, als der rußländische Außenminister Evgenij Primakov Minsk besuchte. Allerdings waren hieran seit dem 2. April weitere Veränderungen vorgenommen worden. Dabei wurden vor allem die Vollmachten der höchsten Unionsorgane, zur sofortigen Umsetzung verbindliche Entscheidungen zu treffen, stark eingeschränkt.⁹⁷ In den Wochen, die zur volksweiten Erörterung bestimmt waren, brachten beide Seiten mehrmals ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck. Aleksandr Lukašenko erklärte u.a., die Erörterung sei unsinnig, da er das Statut nicht unterschreiben werde, wenn es noch wesentliche Veränderungen erfahre. Während seiner Reise durch das Minsker Gebiet im April kritisierte der belarussische Präsident in seinen Reden die rußländische Führung, „die zur Vereinigung nicht bereit ist“, wobei er insbesondere die beiden „integrationsfeindlichen“ Vizepremiere Čubajs und Nemcov im Blick hatte. Er erwähnte auch die vereinzelt Äußerungen von Gouverneuren der rußländischen Gebiete, die eine Konföderation ablehnten und stattdessen den Beitritt von Belarus zu Rußland mit dem Status eines Föderationssubjekts wollten. Derartige Vorschläge, betonte der Präsident, widersprächen jedoch der belarussischen Verfassung.⁹⁸

In der zweiten Aprilhälfte sprachen sich auch der Vertreter des rußländischen Präsidenten im Verfassungsgericht, Sergej Šachraj, der stellvertretende Dumavorsitzende, Aleksandr Šochin, und Präsident Boris El'cin selbst für die Gründung eines einheitlichen föderativen Staates als Endziel des Integrationsprozesses aus. Diesen Vorschlag lehnte der belarussische Präsident ebenfalls heftig ab. Seine Argumente waren dabei für die Mehrheit der Bevölkerung überaus logisch und überzeugend. Neben dem Verlust der Souveränität würde die Festschreibung eines derartigen Endziels auch bedeuten, daß man weder die Ukraine noch andere GUS-Staaten jemals für einen Beitritt zur Union gewinnen könne. Zudem sei die rußländische Regierung bisher jedesmal zurückgewichen, wenn es um die Einrichtung von für beide Länder zuständigen Organen ging. Lukašenko argwöhnte daher, die rußländische Führung beabsichtige, ihn vor dem rußländischen Volk in einem schlechten Lichte, d.h. als Gegner der Integration darzustellen.⁹⁹

Einen Tag vor der Unterzeichnung des Statuts fuhr Aleksandr Lukašenko am 22. Mai 1997 nach Minsk, um die noch offenen Fragen endgültig zu klären. Im Laufe der Begegnung mit der rußländischen Führung entstand folgender Kompromiß: In der Endfassung des Textes wurde nicht festgelegt, was das Ergebnis der Unionsgründung sein soll. Zwar wurde die freiwillige Vereinigung beider Staaten als eine Entwicklungsperspektive bezeichnet, doch blieb damit sowohl der Zeitrahmen als auch die Frage, ob es sich um eine Föderation oder eine Konföderation handeln solle, offen. Außerdem wurde beschlossen, daß Entscheidungen des Obersten Rats der Union nur dann rechtskräftig werden, wenn sie von beiden Präsidenten unterschrieben worden sind. Mit diesen beiden zentralen und einigen weiteren

⁹⁶ Paraphierung bezeichnet in der Diplomatsprache die Unterzeichnung des Textes eines ausgehandelten, noch nicht genehmigten Vertrags. (Anm.d.Übs.) Der Vertragsentwurf ist abgedruckt in: Kommersant-daily, 1.4.1997; die Endfassung des „Unions“-Vertrags findet sich in: Rossijskaja gazeta, 3.4.1997.

⁹⁷ Am 9.4.1997 wurde der Statutsentwurf in den Zeitungen beider Länder veröffentlicht. Vgl. Ustav Sojuza Belarusi i Rossii. Proekt, in: Respublika (Minsk), 9. April 1997; Rossijskie vesti (Moskau), 9.4.1997.

⁹⁸ Kommentiruetsja vyskazyvanie prezidenta Belarusi Aleksandr Lukašenko o tom, što rukovodstvo Rossii segodnja ne gotovo k ob'edineniju dvuch gosudarstv. Belarusski manitorynh, 21.4.1997.

⁹⁹ 10 maja s učastiem Aleksandra Lukašenko prošel telemost „Moskva-Minsk“, Belarusski manitorynh, 12.5.1997; Aleksandr Lukašenko: „K sozdaniju edinogo gosudarstva ne gotovy ni Rossija, ni Belaruss“, in: Belarusskaja delovaja gazeta, 22.5.1997.

Änderungen unterzeichneten Aleksandr Lukašenko und Boris El'cin am 23. Mai 1997 im Kreml das Statut der Union von Belarus und Rußland.¹⁰⁰ Die Repräsentantenkammer der belarussischen Nationalversammlung war das erste parlamentarische Organ, das den Vertrag und das Statut am 30. Mai 1997 ratifizierte, und zwar einstimmig ohne vorherige Diskussion. Am 6. Juni 1997 folgte ihr die rußländische Staatsduma. Der Vorschlag der Jabloko-Fraktion, die Ratifizierung auszusetzen, bis in Belarus ein legitimes Parlament gewählt worden sei, wurde dabei von der Mehrheit der Abgeordneten abgelehnt. Am 10. Juni 1997 wurden die Integrationsdokumente schließlich vom rußländischen Föderationsrat und dem belarussischen Republiksrat ratifiziert. Einen Tag später traten die Vereinbarungen über die Union beider Länder mit dem Austausch der unterschriebenen Dokumente durch den belarussischen Präsident Lukašenko und den rußländischen Außenminister Primakov in Minsk offiziell in Kraft.

Auf der ersten Sitzung der Parlamentarischen Versammlung der Union von Belarus und Rußland, die in Brest stattfand, äußerte sich Aleksandr Lukašenko zufrieden über die unterzeichneten Dokumente, wobei er betonte, daß hierbei die Souveränität und die Selbständigkeit beider Seiten in der Entscheidungsfindung gewahrt worden sei: „... Nochmals: Der vollständige Erhalt der Souveränität von Belarus und Rußland bei der Entscheidung aller die staatliche Entwicklung betreffenden Fragen ist ein zentraler Grundzug unserer Union.“¹⁰¹ Im Zeichen einer Vergangenheitsnostalgie besuchten die Versammlungsmitglieder die Residenz Viskuli, wo am 8. Dezember 1991 die Erklärung über die Gründung der GUS unterzeichnet worden war, und verabredeten, die Hymne der ehemaligen UdSSR zur Hymne der bilateralen Union zu erklären.

Die durch die Unionsverträge in den belarussisch-rußländischen Beziehungen hergestellte Harmonie hielt nicht lange an. Im Sommer 1997 kam es beinahe zu einer offenen Konfrontation zwischen dem belarussischen und dem rußländischen Präsidenten. Auslöser war die Verhaftung von Mitarbeitern des rußländischen Fernsehsenders ORT, die unter Federführung von Pavel Šeremet im August 1997 eine Reportage über die Durchlässigkeit der belarussisch-litauischen Grenze drehten. Aleksandr Lukašenko beschuldigte aus diesem Anlaß zum wiederholten Mal die rußländischen Medien und einen Teil der rußländischen Führung, einen „Informationskrieg“ gegen Rußland zu führen. Hierauf reagierte die rußländische Seite mit latenten und offenen Sanktion gegen den unberechenbaren „Satelliten“. Deutlichstes Zeichen hierfür war die Verweigerung der Landeerlaubnis und damit ein faktisches Einreiseverbot für Aleksandr Lukašenko, als dieser nach Lipeck und Jaroslavl' fliegen wollte, um sich mit den dortigen regionalen Spitzenpolitikern zu treffen. Zuvor war bereits der offizielle Besuch des belarussischen Präsidenten in Kaliningrad von rußländischer Seite abgesagt worden. Daraufhin wurde der belarussische Journalist Pavel Šeremet mit der Auflage das Land nicht zu verlassen, im Oktober 1997 aus der Untersuchungshaft entlassen.¹⁰²

¹⁰⁰ Boris El'cin deržit slovo - sensacii net, in: Izvestija, 24.5.1998; Što zmjanilasja u statue paslja usenarodnaha abmerkavannja? In: Zvezda, 30.5.1997. Für den endgültigen Wortlaut des Statuts siehe: Ustav Sojuza Belarusi i Rossii, in: Sovetskaja Belorussija, 27.5.1998.

¹⁰¹ Belarus' i Rossija snova vmeste! Vystuplenie Prezidenta Respubliki Belarus' A.G. Lukašenko na pervom zasedanii pervoj sessii Parlamentskogo sobranija Sojuza Belarusi i Rossii, in: Sovetskaja Belorussija, 17.6.1997.

¹⁰² Am 28. Januar 1998 wurde Pavel Šeremet gemeinsam mit seinem Kollegen Dmitrij Savadskij, der bereits im September aus der Untersuchungshaft entlassen worden war, zu zwei Jahren bzw. 18 Monaten Haft auf Bewährung wegen illegaler Grenzüberschreitung verurteilt. Die anderen fünf vorübergehend verhafteten Journalisten konnten als rußländische Staatsbürger in Belarus nicht vor Gericht gestellt werden. (Anm.d.Übs.)

4 1998 - ein wechselhaftes Jahr ohne Integrationsfortschritte

Die Entwicklung der belarussisch-rußländischen Beziehungen im Jahre 1998 wurde vor allem durch den zweifachen Regierungswechsel in Rußland geprägt. Diese Veränderungen waren um so bedeutsamer, als offensichtlich wurde, daß der rußländische Präsident El'cin die Politik seines Landes gegenüber dem unberechenbaren belarussischen Nachbarn längst nicht mehr vollständig kontrollierte. Vielmehr schien es Aleksandr Lukašenko durch die Verstärkung der belarussischen Präsenz in den rußländischen Regionen zunehmend zu gelingen, eine seinen Vorstellungen entsprechende Integrationspolitik von unten zu betreiben. So betonte Lukašenko bei seiner Begegnung mit Präsident El'cin am 22. Januar 1998, daß Belarus mit 55 Regionen erfolgreich zusammenarbeite. Bereits im Dezember 1997 waren in fünf rußländischen Regionen - Kaliningrad, Krasnodar, Murmansk, St. Petersburg und Tjumen - Filialen der belarussischen Botschaft in Rußland eröffnet worden. Ende Juli 1998 lud der belarussische Präsident 40 Gouverneure rußländischer Regionen zum „Slawischen Basar“, einer Mischung aus Messe und Kulturfestival, nach Vitebsk ein, von denen immerhin neun der Einladung folgten, während andere Regionen Vertreter entsandten.

Indem Lukašenko diese und andere regionalen Erfolge den mageren Ergebnissen der von den Staatsoberhäuptern beider Länder unterzeichneten Integrationsdokumente gegenüberstellte, schob er die Verantwortung für dieses weitgehende Scheitern ausschließlich der rußländischen Spitze zu. Dieser Eindruck einer gegen den rußländischen Präsidenten gerichteten Strategie wurde auch dadurch verstärkt, daß die belarussische Führung vor allem zu den rußländischen Regionen Kontakt pflegte, die von Vertretern des links-patriotischen Lagers beherrscht werden, für die Lukašenko als dynamisch-junger Staatsmann ein positives Gegenbild zu dem kranken El'cin darstellt. Gleichzeitig dürfte der belarussische Präsident sich mit seinen regelmäßigen Reisen durch die rußländischen Provinzen auch auf eine eventuelle Teilnahme an rußländischen Präsidentschaftswahlen vorbereiten. Angesichts der offensichtlichen populistischen Erfolge Lukašenkos als eines starken Führers bei der politischen Opposition des Landes waren die Einflußmöglichkeiten der rußländischen Führung auf den belarussischen Präsidenten begrenzt. Infolgedessen reagierte sie auf die verbalen Eskapaden des belarussischen „enfant terrible“ höchstens mit kurzfristigen Mißfallensäußerungen. Vielmehr plädierte Präsident El'cin im Januar 1998 sogar für eine Aufnahme von Belarus in den Europarat. Eine entschiedenere Position nahm der Kreml lediglich in den strategischen Fragen der wirtschaftlichen und militärpolitischen Zusammenarbeit ein.

Besonders deutlich zeigte sich dies während der kurzen Amtszeit des jungen, parteilosen Technokraten Sergej Kirienko als rußländischer Premierminister. Im Unterschied zu seinem Vorgänger Viktor Černomyrdin, der sich insgesamt stets loyal zur Person Aleksandr Lukašenkos und seiner Politik verhalten hatte, nahm Kirienko bei seinem einzigen Besuch in Minsk im Juni 1998 den belarussischen Machthabern gegenüber eine härtere Position ein. Diese ist in enger Verbindungen mit den Bemühungen Kirienkos, den rußländischen Staatshaushalt durch verstärkte Steuereinnahmen zu sanieren, zu sehen. Infolgedessen verlangte er auch von der belarussischen Führung entschiedener als seine Vorgänger eine Begleichung der Schulden für rußländische Energielieferungen, die sich im Juni 1998 auf 430 Mio. US-Dollar beliefen. Auch die Leitung des rußländischen Gasmonopolisten „Gazprom“, die von der neuen Regierung mit erheblichen Steuerforderungen konfrontiert wurde, verhandelte mit der belarussischen Führung über Mechanismen der Schuldentilgung, wobei die rußländische Seite vor allem an einer Übertragung von Eigentumsrechten interessiert war. Gleichzeitig wollte sie den Barteranteil der belarussischen Zahlungen erheblich senken. Im Laufe der Gespräche konnte die belarussische Führung Anfang August

1998 jedoch erreichen, daß für Belarus dieselben Bedingungen wie für die rußländischen Regionen gelten sollen. Dementsprechend muß Belarus nur 26 Prozent der rußländischen Gaslieferungen in harten Devisen bezahlen. Hinsichtlich der Tilgung der Altschulden einigten sich beide Seiten, Arbeitsgruppen bis Anfang September mit der Ausarbeitung von möglichen Verfahren zu beauftragen. Die wenig später ausbrechende Finanzkrise in Rußland, die am 22. August 1998 zur Entlassung Kirienkos aus dem Amt des Premierministers führte, rettete die belarussische Führung wieder einmal vor einer harten Durchsetzung der rußländischen Zahlungsforderungen.¹⁰³

Der Amtsantritt von Evgenij Primakov als neuer Premierminister führte umgehend zu einer Belebung der Beziehungen zwischen den Regierungen beider Länder. Bereits während der kurzfristigen Interimszeit von Viktor Černomyrdin als geschäftsführender Premierminister hatte Aleksandr Lukašenko am 31. August 1998 die Hoffnung geäußert, die Krise möge die Integrationsprozesse beschleunigen, da das Unglück verdeutliche, daß die ostslawischen Länder nur gemeinsam den Weg ökonomischer und politischer Stabilisierung beschreiten könnten.¹⁰⁴ Wie Černomyrdin hatte auch Primakov in seiner Eigenschaft als Außenminister die belarussische Führung im Verfassungskonflikt vom November 1996 stets unterstützt und sich für die internationale Anerkennung der neuen politischen Verhältnisse in Belarus eingesetzt. Selbst während des Konflikts um die Botschafterresidenzen in Drozdy, der Ende Juni 1998 zum Abzug der Botschafter der USA und der EU aus Minsk führte, nahm das rußländische Außenministerium keine dezidierte Position ein, obwohl die belarussische Seite eindeutig die Wiener Konvention über diplomatische Beziehungen verletzt hatte. Primakovs erster Staatsbesuch als Premierminister führte ihn denn auch bezeichnenderweise am 30. September 1998 nach Minsk. Gegenüber der Öffentlichkeit demonstrierten beide Seiten vollständige Meinungsübereinstimmung und sprachen sich für eine Marktwirtschaft mit sozialem Antlitz aus. Dies kann als Indiz dafür gewertet werden, daß es in Rußland in den nächsten Jahren keine entschiedenen Wirtschaftsreformen geben und sich die rußländische Wirtschaftspolitik stattdessen an dem belarussischen Entwicklungsmodell orientieren wird. In einem solchen Falle würden die zentralen Barrieren verschwinden, die bisher einer forcierten Annäherung beider Staaten und ihrer Vereinigung in eine sanfte Konföderation oder sogar Föderation im Wege standen. Voraussetzung hierfür ist freilich, daß der belarussische Präsident rechtliche Garantien erhält, die ihm eine Teilnahme an den Präsidentschaftswahlen in Rußland erlauben würden, da er sich kaum um den Preis eines realen Machtverlustes auf eine reale Integration einlassen dürfte. Allerdings dürften weder die rußländische Führung noch die bekanntesten Präsidentschaftsanwärter, wie Aleksandr Lebed' und Jurij Lužkov, daran interessiert sein, sich Aleksandr Lukašenko zum Konkurrenten im Machtkampf zu machen.

¹⁰³ Angst vor dem Winter. Belarus und Gasprom verhandeln über Gaslieferungen, in: Belarus-News, 1998, Nr. 3, S. 9; „Gazprom“ pošel na kompromiss, in: Belorusskij rynek, 12.10.1998.

¹⁰⁴ Aleksandr Lukašenko o situacii v Rossii, in: Sovetskaja Belorussija, 1.9.1998.

Chronologie

8. Dezember 1991 Die Staatsoberhäupter von Belarus, Rußland und der Ukraine El'cin, Kravčuk und Šuškevič, unterzeichnen im Belovežer Naturschutzgebiet nahe Minsk Abkommen über die Auflösung der Sowjetunion und die Gründung einer Nachfolgeorganisation, der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).
27. Januar 1992 Übereinkommen über die Bildung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes zwischen Rußland und Belarus.
20. Juli 1992. Unterzeichnung einer 25 Punkte umfassenden Vereinbarung zwischen Belarus und Rußland. Davon betreffen 19 Punkte die Regulierung wirtschaftlicher Fragen.
22. Januar 1993 Die Staatschefs von Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgistan, Rußland, Tadschikistan und Usbekistan unterzeichnen die GUS-Statuten.
9. April 1993 Der Oberste Sowjet von Belarus beschließt, daß das Land dem im Mai 1992 in Taschkent unterzeichneten GUS-Vertrag über kollektive Sicherheit beitrifft.
- August 1993 Gazprom drosselt angesichts der wachsenden belarussischen Schulden erstmals seine Gaslieferungen nach Belarus. Nach intensiven Regierungsverhandlungen zwischen Belarus und Rußland werden die Lieferungen gegen Monatsende wieder in vollem Umfange aufgenommen. Im Oktober 1993 kommt es jedoch bereits zu den nächsten Lieferungs-drosselungen.
8. September 1993 Belarus und Rußland unterzeichnen einen Vertrag über die Vereinigung ihrer Währungssysteme, der zum 1. Januar 1994 in Kraft treten soll.
24. September 1993 In Moskau unterzeichnen die Staatsoberhäupter von sechs GUS-Staaten einen Vertrag über die Gründung einer Wirtschaftsunion.
24. November 1993 Der Oberste Sowjet von Belarus erklärt den belarussischen Rubel zum einzigen Zahlungsmittel in der Republik.
12. April 1994 Premierminister Kebač und sein rußländischer Amtskollege Černomyrdin unterzeichnen in Moskau einen neuen Vertrag über die Vereinigung der Währungssysteme. Allerdings erklären beide bereits zwei Tage später, daß ihre Staaten Teile dieser Vereinbarung in der bisherigen Form nicht einhalten könnten.
3. August 1994 Aleksandr Lukašenko, der am 10. Juli zum ersten Präsidenten von Belarus gewählt wurde, erklärt bei seinem ersten Staatsbesuch in Moskau, es müsse ein neuer Vertrag über die Währungsunion ausgehandelt werden.

6. Januar 1995 Der rußländische Vizepremier Aleksej Bolšakov und der belarussische Premierminister Michail Čigir unterzeichnen in Minsk u.a. den Vertrag über eine Zollunion und ein Freihandelsabkommen, die als eine reduzierte Variante der bisher angestrebten Währungsunion zu bewerten sind.
14. Mai 1995 In Belarus werden bei einem von Lukašenko initiierten Referendum zur Einführung des Russischen als zweite Staatssprache, zur Einführung neuer, an die Sowjetzeit angelehnter Staatssymbole, zur wirtschaftlichen Annäherung an Rußland sowie zur Erweiterung der präsidentialen Vollmachten alle Fragen mit großer Mehrheit angenommen.
- Juli 1995 Lukašenko gibt die Einstellung des Abzugs der verbliebenen SS-18-Raketen aus Belarus nach Rußland bekannt. Nach Neuverhandlungen der Abzugsbedingungen erfolgt der endgültige Abzug schließlich Ende 1996.
28. Februar 1996 Belarus und Rußland unterzeichnen Abkommen über die Tilgung der gegenseitigen finanziellen Ansprüche, das auch als „Nulllösung“ bezeichnet wird. Belarus verzichtet dabei auf Kompensationsleistungen für den Abzug der atomaren Raketensprengköpfe nach Rußland. Rußland streicht im Gegenzug die angelaufenen Schulden für Energielieferungen in Höhe von über 1 Mrd. Dollar.
15. März 1996 Die rußländische Staatsduma erklärt auf Antrag der Kommunisten die Auflösung der Sowjetunion durch das Belovežer Abkommen vom 8. Dezember 1991 für ungültig.
29. März 1996 Unterzeichnung eines Vertrags über eine Viererunion zwischen Rußland, Belarus, Kasachstan und Kirgistan.
2. April 1996 Unterzeichnung eines belarussisch-rußländischen Vertrags über die Gründung einer Gemeinschaft unter Beibehaltung der vollen Souveränität beider Staaten. Dieser Vertrag löst in Minsk mehrere Protestkundgebungen der Opposition mit bis zu 25.000 Teilnehmern aus.
13. November 1996 Lukašenko spricht vor der rußländischen Staatsduma, um seine Position im belarussischen Verfassungskonflikt zu erläutern. Außerdem kündigt er die baldige Vereinigung der beiden Staaten an.
- 21.-22. Nov. 1996 Der rußländische Premierminister Černomyrdin versucht im Verfassungskonflikt zwischen Exekutive und Legislative in Minsk zu vermitteln und agiert dabei deutlich zugunsten Lukašenkos. Nachdem kein dauerhafter Kompromiß erreicht werden konnte, erkennt Rußland als einziges OSZE-Mitglied die Ergebnisse des umstrittenen Verfassungsreferendums vom 24. November 1996 an.

13. Januar 1997 Präsident El'cin schlägt seinem belarussischen Amtskollegen in einem Brief eine neue Integrationsinitiative vor.
2. April 1997 Die Staatschefs von Belarus und Rußland unterzeichnen in Moskau einen Vertrag zur Gründung einer "Union" zwischen Rußland und Belarus. Gleichzeitig paraphieren sie den Entwurf des Unionsstatuts, der in den folgenden Wochen öffentlich diskutiert werden soll.
23. Mai 1997 Das Statut der "Union von Belarus und Rußland" wird von den Staatschefs beider Länder in Moskau unterzeichnet.
- Sommer 1997 Die Verhaftung einer Gruppe von Fernsehjournalisten des rußländischen Staatsfernsehens ORT, die eine Reportage an der belarussisch-litauischen Grenze drehen, führt zu heftigen Spannungen in den belarussisch-rußländischen Beziehungen.
- Juli 1998 Beim einzigen Staatsbesuch des im März d.J. ernannten rußländischen Premierministers Kirienko in Minsk werden vor allem die wirtschaftlichen Probleme in den bilateralen Beziehungen diskutiert.
- Juli 1998 Präsident Lukašenko lädt 40 Gouverneure zum „Slavischen Basar“, einer Mischung aus Messe und Festival, nach Vitebsk ein. Immerhin neun Gouverneure leisten der Einladung Folge.
30. September 1998 Der neue rußländische Premierminister Primakov begibt sich zu seinem ersten Staatsbesuch im neuen Amt nach Minsk.

Publikationen des Forschungsschwerpunktes Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa an der Universität Mannheim

Studien zu Konflikt und Kooperation im Osten

- Band 1 Astrid Sahn, Die weißrussische Nationalbewegung nach der Katastrophe von Tschernobyl (1986-1991), LIT Verlag, Münster 1994, 150 S., ISBN 3-89473-831-6
- Band 2 Manfred Sapper, Die Auswirkungen des Afghanistan-Krieges auf die Sowjetgesellschaft. Eine Studie zum Legitimitätsverlust des Militärischen in der Perestrojka, LIT Verlag, Münster 1994, 480 S., ISBN 3-8258-2053-x
- Band 3 Heribert Seubert, Zum Legitimitätsverfall des militarisierten Sozialismus in der DDR, LIT Verlag, Münster 1995, 350 S., ISBN 3-8258-2325-3
- Band 4 Ninel Danos, Wirtschaft und Verteidigung: Bestandsaufnahme des Umbruchs in Osteuropa, LIT Verlag, Münster 1995, 142 S., ISBN 3-8258-2037-8
- Band 5 Frank Wilhelmy, Der Zerfall der SED-Herrschaft. Zur Erosion des marxistisch-leninistischen Legitimitätsanspruches in der DDR. LIT Verlag, Münster 1995, 340 S., ISBN 3-8258-2456-X
- Band 6 Egbert Jan, Issledovanija problem mira v period i posle konflikta „Vostok-Zapad“. Stat' i poslednich 20 let, Moskva 1997, 346 S., 48.80 DM, ISBN 3-78258-3042-X

Veröffentlichungen in anderen Buchreihen

- Bernhard Moltmann/Astrid Sahn/Manfred Sapper (Hg.), Die Folgen von Tschernobyl. Herausforderungen und Auswege, Verlag Haag und Herchen, Frankfurt 1994, 207 S., ISBN 3-86137-141-3
- Mariana Hausleitner, Die sowjetische Osteuropapolitik in den Jahren der Perestrojka, Campus, Frankfurt-New York, 309 S., ISBN 3-593-35200-1
- Egbert Jahn/Rudolf Wildenmann (Hrsg.), Stability in East Central Europe? Stabilität in Ostmitteleuropa? Studien zur gesellschaftlichen Entwicklung, Bd. 13, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1995, 213 S., ISBN 3-933293-12-X
- Manfred Sapper, Großmachtspolitik ohne Großmachtressourcen. Rußlands Irak- und Nahostpolitik, HSK-Report 1/1999, Hessische Stiftung Friedens und Konfliktforschung, 1999, 54. S., 12.00 DM ISBN 3-933293-12-X

FKKS-Sonderveröffentlichungen

- Periodika der Sozialwissenschaften und Zeitgeschichte aus Ostmittel- und Osteuropa. Bibliographie und Verzeichnis der Bestände in Baden-Württemberg und Hessen, April 1997
- Egbert Jahn/ Astrid Sahn/ Manfred Sapper (Hg.), Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa. Momentaufnahmen der Transformation Europas, Dezember 1997
- Gerard Holden, International Relations During and After the Cold War. A Comparative Approach to Intellectual History and Culture, März 1998

Untersuchungen des FKKS

- FKKS 1/1992 Egbert Jahn, Der Umbruch in Osteuropa. Eine Herausforderung an Politik, Wirtschaft und Wissenschaft
- FKKS 2/1992 Manfred Sapper, Das sowjetische Militär und die Nationalitätenkonflikte
- FKKS 3/1992 Arvydas Juozaitis, The Lithuanian Independence Movement and National Minorities
- FKKS 4/1992 Egbert Jahn, Nationalismus und Demokratie - Einheit oder Widerspruch?
- FKKS 5/1993 Astrid Sahn, Die Auswirkungen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl in der Republik Belarus', der Russischen Föderation und der Ukraine. Eine Orientierungshilfe
- FKKS 6/1994 Peter Bonin, Rußland und der Krieg im ehemaligen Jugoslawien
- FKKS 7/1995 Olga Wassiljewa, Konflikte im Nordkaukasus. Ursachen, Verlauf und Perspektiven
- FKKS 8/1995 Alexander Grossman, Den Krieg gewonnen, den Frieden verloren? Rußland und der 50. Jahrestag des Sieges im Zweiten Weltkrieg
- FKKS 9/1995 Astrid Sahn, Die gescheiterten Parlamentswahlen in Belarus. Eine regional differenzierende Analyse
- FKKS 10/1996 David Oberhuber, Rußlands Nuklearsektor zehn Jahre nach Tschernobyl. Kontinuität im Wandel
- FKKS 11/1996 Michael Zimmermann, Zigeunerpolitik im Stalinismus, im „realen Sozialismus“ und unter dem Nationalsozialismus. Eine Untersuchung in vergleichender Absicht
- FKKS 12/1996 Gediminas Vitkus, Lithuanian-Russian Relations in 1990-1995. A Study of Lithuanian Foreign Policy
- FKKS 13/1997 Alexandr Kokejew/Georgi Otyrba, Der Weg in den Abchasien-Krieg
- FKKS 14/1997 Franz Preißler, Demokratische und autoritäre Einstellungen in der rußländischen Gesellschaft. Eine Studie zur politischen Kultur
- FKKS 15/1997 Elke Siehl, Privatisierung in Rußland
- FKKS 16/1997 Olaf Atja Lemmingson, Die Entwicklung von Bankensystem und Finanzmarkt in Rußland
- FKKS 17/1998 Johannes Baur, Kampf ums Öl? Wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen der Rußländischen Föderation im Kaspri-Raum
- FKKS 18/1998 Irina Bugrova, Politische Kultur in Belarus. Eine Rekonstruktion der Entwicklung vom Großfürstentum Litauen zum Lukašenko-Regime
- FKKS 19/1998 Olga Abramova, Integration zwischen Realität und Simulation. Die belarussisch-rußländischen Beziehungen seit 1991
- FKKS 20/1999 Rolf Peter, Zwischen Konflikt und Kalkül. Die „nationale Frage“ in Kasachstan
- FKKS 21/1999 Guido Houben, Drogen in Rußland. Überlegungen zu Staat, Gesellschaft, organisiertem Verbrechen und internationaler Kooperation
- FKKS 22/1999 Manfred Sapper (Hg.), Rußland und der zweite Tschetschenienkrieg. Fakten, Hintergründe, Interpretationen